

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

# Politische Berichte



31. März 1989  
Jg. 10 Nr. 7

G 7756 D  
Preis:  
2,50 DM

## *Kommunales Wahlrecht*

**CDU/CSU  
verstärken  
die Hetze  
gegen Ausländer**

*Seite 7*

## *DDR*

**SED kritisiert  
marktwirtschaftliche  
Positionen**

*Seite 14*

## *SPD-Programmentwurf*

**Viel Utopie  
über die Arbeit,  
nichts reales  
über das Kapital**

*Seite 19*

## *Türkei*

**Erklärung der  
Gefangenen  
im Prozeß gegen  
Dev Sol**

*Seite 31*



Vom 13. bis 18. März berichteten zwei Vertreter der baskischen Frontorganisation Herri Batasuna auf sechs Veranstaltungen über den Befreiungskampf.

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/21 1658

## Inhalt 7/89

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
<b>Regierungspolitik:</b> Die kleine Krise der Koalition und die großen Pläne der Rechten.....	5
<b>Kommunales Wahlrecht:</b> CDU/CSU verstärken Hetze....	7
<b>Bundesmarine:</b> Im Mittelmeer festgesetzt.....	7
<b>Katastrophenschutz:</b> Notstandsgesetze verschärft.....	7
<b>Kommunaldebatte im Bundestag:</b> Regierungskoalition für scharfe Kommunalaufsicht.....	8
BDI schlägt neue Kommunesteuer vor.....	9
<b>Hungerstreik:</b> Solidarität zeigen!.....	10

## Auslandsberichterstattung

<b>Südafrika/Azania:</b> Kampagne der Gewerkschaften gegen Todesurteile.....	12
Erneut Gefangene im Hungerstreik.....	13
<b>El Salvador:</b> Wahlsieg der Arena-Partei.....	13
<b>DDR:</b> SED-Positionen gegen Marktpreise.....	14
<b>USA:</b> Streik bei Eastern Airlines.....	14
<b>Kosovo:</b> Widerstand gegen Verfassungsreform.....	15
<b>Ungarn:</b> Gewerkschaften gegen negative Reformfolgen... ..	15
Internationale Meldungen.....	16

## Aus Verbänden und Parteien

<b>Veröffentlichungen:</b>	
Wirtschaftsinstitut gegen TV-Nachrichten.....	18
Geschichte der DAG und HBV.....	18
„Zwei Seiten des Fortschritts“.....	18
<b>SPD-Programmwurf:</b> Viel Utopie über die Arbeit, nichts über das reale Kapital.....	19

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
<b>Frankfurt:</b> Wird antifaschistische Politik Niederschlag finden?.....	22
<b>BEB:</b> ESSO und SHELL wollen mehr.....	22
<b>Öffentlicher Dienst:</b> ÖTV will umfassende Reformen.....	23
<b>Einzelhandel NRW:</b> Kapitalisten zum Manteltarif.....	23
<b>Kommunales Ausländerwahlrecht:</b> Selektieren und abspalten. Auseinandersetzung hält an.....	24
„Volkstrauertag“: „Feierstunde“ gerät unter Druck.....	25
<b>Kurdistan:</b> Veranstaltungen zur Solidaritätswoche.....	25
<b>Schichtarbeit von Frauen:</b> Blüm will Drei-Schicht-Arbeit für Industriearbeiterinnen.....	26
ILO-Konventionen zum Nachtarbeitsverbot für Frauen.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
<b>Antifaschismus:</b> Antifaschistische Aktionskonferenz.....	29

## Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

<b>Film: Geld:</b> Geld braucht der Mensch.....	30
<b>Ein Fisch namens Wanda:</b> Schlau sein führt zu reich sein..	30
<b>Die Waffen der Frauen:</b> Laufbahn für Frauen mit Hilfe netter Chefs?.....	30
<b>Spanischer Film:</b> Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs.....	31
<b>Dev-Sol-Prozeß in der Türkei:</b> Erklärung der Gefangenen..	31

## Spezialberichte

<b>Herri Batasuna:</b> Politisch erfolgreiche Veranstaltungen fördern antiimperialistisches Bündnis.....	34
Communique von ETA vom 23.1.1989.....	36
Der Inhalt der Alternative KAS ist nicht verhandelbar.....	38

## Wachsende Solidarität mit Hungerstreikenden

Mit vielen Aktionen und Veranstaltungen unterstützen immer mehr Menschen und Organisationen den Hungerstreik der politischen Gefangenen. Im folgenden ein kleiner Ausschnitt der Solidaritätsbekundungen. — (mal)

**Elmshorn.** Am 15. März fand eine Veranstaltung mit 70 Teilnehmern statt, zu der verschiedene Organisationen eingeladen hatten. U.a. die Grünen, BWK, Rote Hilfe, Volksfront. Zwei Resolutionen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der inhaftierten Kurden wurden verabschiedet.

**Hannover.** Über 250 Teilneh-

BWK und Volksfront führen vor der Kundgebung einen Informationsstand am Rathausplatz durch.

**Hildesheim.** Am 3.4. führt ein Bündnis von bisher elf Organisationen eine Veranstaltung mit einem Anwalt und Angehörigen der politischen Gefangenen durch. Einige hundert Exemplare des informierenden Flugblatts wurden schon auf dem Ostermarsch am 25.3. verteilt.

**Vorbereitet werden:**

01.04. Freiburg. Kundgebung, Rathausplatz  
02.04. Bruchsal. Vor der JVA

08.04. Stuttgart. Süddeutsche Hungerstreik-Demonstration

14.04. Freiburg. Demonstration ab KaJo



Das Transparent für Zusammenlegung vor dem Hamburger Hungerstreikbüro vor der Entfernung durch die Polizei.

mer besuchten am 21.3. eine Informationsveranstaltung des Hungerstreiksplenums. Eine Protestresolution gegen die Haftbedingungen ging an die Justizminister der Länder und des Bundes. Das Hungerstreikplenum plant, ab dem 27.3. für die nächsten zwei Wochen täglich eine Stunde vor dem Justizministerium zu demonstrieren.

**Bielefeld.** Filmtage gegen die Inhaftierung, Isolierung, für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen finden vom 3.3. bis 1.4. in der Kamphof-Hütte statt.

**Aichach.** Anlässlich des Hungerstreiks findet am 2.4. eine Kundgebung vor der JVA statt. Die Volksfront unterstützt diese Kundgebung.

## Einladung zu einem Arbeitstreffen

Das Treffen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird vorbereitet von

- Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik
- Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik
- Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Bildungspolitik
- BWK

\*

**Ort:** Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz 14

**Zeit:** Samstag, den 5. Mai 1989, von 8 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr

\*

Die Teilnehmer sollen sich in zwei Arbeitsgruppen mit fol-

genden Themen beschäftigen:

**Arbeitsgruppe I:** Das deutsche Beamtenrecht und die Dienstrechtsreform (im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt) / Strukturreform des öffentlichen Dienstes und „Zukunft des öffentlichen Dienstes“ (u.a. die Rolle der neuen Techniken für den ÖD) / Tarifpolitik der ÖTV (grundsätzlich und aktuell)

**Arbeitsgruppe II:** Produktive — unproduktive Arbeit: über die Anwendbarkeit dieser Kategorien auf den öffentlichen Dienst und die sich daraus ergebenden Konsequenzen / Die Thesen der VSP zum öffentlichen Dienst / Privatisierung im öffentlichen Dienst — Wie sie vorbereitet und durchgesetzt wird, am Beispiel der Gesundheitspolitik.

**Anmeldung:** GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln  
Bitte angeben, ob eine Übernachtungsmöglichkeit von Freitag auf Samstag gewünscht wird.

### VW-Betriebsräte gegen Ausländerfeindlichkeit

Auszüge einer Resolution, die am 28.2.89 von der Betriebsräteversammlung der Volkswagen AG verabschiedet wurde:

„... Gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Neofaschismus! Mit großer Sorge sehen wir ausländerfeindliche Tendenzen und Entwicklungen in der Bundesrepublik immer stärker werden. Die Wahlen in Berlin

haben gezeigt, daß Ausländerfeindlichkeit von einer latenten Stimmung zu einer offenen politischen Kraft geworden ist. Diese Kraft droht die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik weiter nach rechts zu verschieben ... Deshalb fordern wir: ... 2. Der soziale Wohnungsbau ist in großem Umfang neu zu beleben. Wir brauchen erheblich mehr Wohnraum zu bezahlbaren Mieten.

3. Die sozialpolitischen Rückschritte in den Bereichen der sozialen Sicherung sind zu korrigieren.

*Zur Erreichung der längst überfälligen Gleichstellung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger fordern wir zuallererst die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer.*

... Weitgehender Verzicht auf aufenthaltsbeendende Maßnahmen, z.B. wegen des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe ... Konsequente Verwirklichung des Grundrechts auf Asyl.

*Wir lehnen es ab, Asylbewerber, Asylberechtigte, Aussiedler und Ausländer gegeneinander auszuspielen.*

Wir fordern alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, durch die von uns aufgezeigten Schritte den Sumpf der Ausländerfeindlichkeit trockenzulegen, damit Rechtsextreme und Neonazis keine Chance haben.

Die Ausländerfeindlichkeit bekämpfen heißt, die Demokratie sichern! — (mal)

### Schmücker-Prozeß: BGH hebt Urteil auf

Der BGH hat jetzt zum dritten Mal das Urteil der Westberliner Landgerichte im sog. Schmücker-Prozeß aufgehoben — 1974 war der für den Verfassungsschutz arbeitende Ulrich Schmücker erschossen worden; zuletzt 1986 waren dafür Ilse Schwipper zu lebenslänglich und ihre Mitangeklagten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Auch das dritte Verfahren hatte die immer dunklere Rolle des Verfassungsschutzes nicht aufgeklärt. Das u.a. rügt auch der BGH: Behörden hätten die Beweisaufnahme belastet und behindert, indem sie für die Unerreichbarkeit von Zeugen und Beweismitteln gesorgt hätten. Auch habe das Gericht die Vernehmung eines LKA-Beamten verweigert. Dessen Aussage hätte aufklären können, daß der Verfassungsschutz den Kronzeugen, der seit geraumer Zeit für ihn arbeitete, zu einem Geständnis veranlaßt und ihm dafür Straffreiheit für einen Raubmord zugesagt hat. Doch hat der BGH die Verdunklungspolitik der Behörden und auch die lange Prozeßdauer (seit Februar 1976) nicht als Verfahrenshindernisse gewertet und deshalb nicht die Einstellung des Verfahrens verfügt — der vierte Prozeß soll nun im Herbst beginnen.

— (scc)

Anzeige

**Ergebnisse  
der 9. ordentlichen  
Delegiertenkonferenz  
des  
BWK  
März 1989**

zu beziehen über:  
GNN-Verlagsgesellschaft  
Zülpicher Straße 7  
Postfach 260 226  
5000 Köln 1

Preis: 3,00 DM

### Für die Trennung von Staat und Kirche

Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten hat den iranischen Hinrichtungsbefehl gegen den Schriftsteller Rushdie in einer Presseerklärung als weltweite Bedrohung von Meinungs- und Redefreiheit verurteilt: „Der Hinrichtungsbefehl ... ist nicht nur eine Bedrohung von Meinungs- und Redefreiheit weltweit, er erinnert uns an das dunkle Zeitalter der Inquisition in Europa ... Wir fordern alle Menschen auf, extremistischen und fundamentalistischen Religionsbestrebungen entgegenzutreten, die den Grundkonsens eines pluralistischen und demokratischen Staates durch die Verbreitung mittelalterlicher Vorstellungen vom ‚Gottesstaat‘ in Frage stellen.“ Die Erklärung vom 23.3. enthält aber nicht nur ein Bekenntnis zum „demokratischen Staat“, sie erhebt auch Forderungen gegen die enge Verzahnung von Kirche und Staat in der BRD: „Wir fordern die *Trennung von Staat und Kirche*, von Staat und Religionsgemeinschaften, als Voraussetzung für ein friedliches Miteinander unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Gruppierungen. Dies schließt auch die Abschaffung der massiven Privilegien christlicher Großkirchen in der Bundesrepublik ein.“

— (mal)



Am 21. März, dem Internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, gaben die christlichen Kirchen und der DGB eine gemeinsame Erklärung heraus. Sie wandten sich gegen die zunehmende Ausbreitung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Ein Ausdruck davon seien ausländerfeindliche Parolen, vor denen auch etablierte Parteien nicht zurückschreckten. Die Kirchen und der DGB warnten die Parteien davor, ablehnende Stimmungen gegen Ausländer, Asylsuchende und Aussiedler zum Stimmenfang zu mißbrauchen. — (mal)

## Aktuell in Bonn

### Gegen IGM- und DFG/VK

Mit heftigen Angriffen haben Verteidigungsminister Scholz, Kanzler Kohl, Dregger und die FDP-Fraktion im Bundestag auf einen Aufruf der IG Metall und der Kriegsdienstverweigererorganisation DFG/VK reagiert, den diese vor den Ostermärschen veröffentlicht hatte. Darin hatten beide zur „massenhaften, hunderttausendfachen Kriegsdienstverweigerung“ aufgerufen, die Abschaffung jeder Form von Gewissensprüfungen für Verweigerer und eine Verkürzung der Wehr- und Zivildienstpflicht auf ein Jahr gefordert. Dregger behauptete, damit beuge sich die IG Metall „ins Verfassungsabseits“, Scholz drohte DGB-Chef Breit und Steinkühler, ein solcher Aufruf „mißachte“ das Grundgesetz. Steinkühler distanzierte sich: Der Aufruf sei durch keinen Gewerkschaftsbeschluß legitimiert.

### BRD mit NATO-Kommando

Zum zweiten Mal seit Gründung des Verbandes hat am 20.3. ein BRD-Admiral das Kommando über das „Ständige Einsatzgeschwader Atlantik“ der NATO übernommen. Admiral Laudien, vorher Leiter des Zerstörergeschwaders der Bundesmarine, leitet ein Jahr lang „den wichtigsten integrierten Flottenverband der NATO“ (FAZ, 21.3.) mit mehr als zehn Schiffen, darunter sechs bis neun Zerstörern, „im gesamten Bündnisgebiet“ bei nationalen und internationalen Übungen. Diese dienen vor allem der politischen Pression: Das Geschwader

demonstrierte die „politische Geschlossenheit“ der NATO, wo immer nötig, nennt das die FAZ.

### Airbus-Mittel frei

Noch vor der Übernahme von MBB durch Daimler-Benz hat der Haushaltsausschuß des Bundestages die zwischen Bundesregierung und Konzern vereinbarten Mittel für das Airbus-Programm bewilligt. Mit den Stimmen aller CDU/CSU und FDP-Abgeordneter bewilligte der Ausschuß am 17.3. 4,4 Mrd. DM für das Airbus-Programm. Die Abgeordneten mußten entscheiden, ohne den Vertrag mit Daimler gesehen zu haben: Wirtschaftsminister Haussmann hatte die Herausgabe mit dem Argument verweigert, er sei noch nicht unterzeichnet.

### Türkeihilfe: 580 Mio. DM

Am 8. März hat der Verteidigungsausschuß des Bundestages eine neue „Türkeihilfe“ beraten. Unter dem Titel „Rüstungs-sonderhilfe“ soll die türkische Regierung in den Jahren 1990 bis 1992 insgesamt 580 Mio. DM erhalten. Damit sollen 150 Kampfpanzer Leopard I umgerüstet, instandgesetzt und in die Türkei geliefert werden. Hinzukommen acht Bergepanzer mit Ersatzteilen und Grundausstattung.

### Kohl wieder großdeutsch

Der „Verband für das Deutschtum im Ausland (VDA)“ plant für Oktober einen Kongreß unter dem Thema „Gibt es eine Zukunft für die Deutschen in Südost- und Osteuropa?“ Als Schirmherr habe Kanzler Kohl schon zugesagt, teilte der Verband jetzt in Bonn mit. Zahlreiche Vertreter „deutscher Volks-

gruppen“ in diesen Staaten sollten zu Wort kommen, heißt es. Das werden die Vertriebenenverbände sein. Der VDA selbst gehört schon lange zur äußersten Rechten. 1945 von den Alliierten als NS-Organisation verboten, verfügt er heute über enge Verbindungen zu Schlesiern, „Deutsch-Südwestlern“, „Deutsch-Chilenen“, zum Witikobund usw. Kohls Angebot, den Schirmherr zu machen, bekräftigt den Kurs der Bundesregierung auf Förderung rechter, neofaschistischer und revanchistischer Kräfte.

### Wirtschaftsminister für Thyssen

Die Wirtschaftsminister von Bund und Ländern haben sich für die Thyssen-Bahn „Transrapid“ stark gemacht. Auf ihrer Konferenz in Bremerhaven forderten sie am 18.3. die Bundesregierung auf, noch vor der Sommerpause über den Bau einer der beiden vorgeschlagenen Transrapid-Strecken (Hamburg-Hannover oder Essen-Köln-Bonn) zu entscheiden. Nur so könne Thyssen auch an Exportaufträge für den Transrapid kommen, erläuterten die Minister ihren einstimmigen Beschluß. Ob die neue Strecke als Privatbahn oder durch die Bundesbahn betrieben werden soll, ließen die Minister offen.

### Wohnungs-Investorenfutter

Die Koalitionsbeschlüsse „zur Förderung des Wohnungsbaus“ fördern die Spekulation im Wohnungsbau weiter. So sollen die Abschreibungssätze für Wohngebäude erhöht werden, was den steuerlichen Anreiz für gewerblichen und privaten Wohnungsbau erhöht. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau (950 Mio. DM im Jahr 1990) sollen zu meist über den sog. „dritten Förderungsweg“ vergeben werden, was heißt: Belegungsbindung für diese „Sozialwohnungen“ von in der Regel sieben Jahren. In München, Hamburg-Wedel und Frankfurt werden die Mieterhöhungen der vergangenen Jahre nun mit einem regional erhöhten Wohngeld „ausgeglichen“.

### Was kommt demnächst?

Im Bundestag ist bis 17. April Osterpause. Die nächste Sitzung des Bundesrats ist für den 21. April vorgesehen. Vorher, am 28.3., reist Wirtschaftsminister Haussmann nach Genf zur nächsten Runde der Verhandlungen über ein neues Welthandelsabkommen (GATT). Staatssekretär Otto Schlecht reist am 30.3. für zwei Tage nach Finnland, um die wirtschaftliche Anbindung des Landes an die EG voranzutreiben. Am 31.3. ist Stoltenberg in Washington zur Frühjahrstagung von Weltbank und IWF. Zwei Gewerkschaftstermine: Am 8. April beginnt der Gewerkschaftstag der IG Medien. Er dauert bis 15.4. Am 8. Mai veranstaltet die IG Metall eine Großkundgebung gegen Rassismus und Ausländerhetze. Am folgenden Tag beginnt die 2. Ausländerkonferenz der IGM.



Die NATO soll sich nach Presseberichten auf die Modernisierung der Kurzstreckenraketen geeinigt haben. Wenige Tage vorher bekräftigte NATO-Oberbefehlshaber Galvin (Bild: mit Bundeswehr-Admiral Wellershoff) die Notwendigkeit neuer Kurzstreckenwaffen: „Insbesondere brauchen wir ein Nachfolgemodell für die ‚Lance‘ mit größerer Reichweite und Zuverlässigkeit“. Damit sei die NATO in der Lage, „tiefer in das Territorium des Feindes einzudringen“. (FAZ, 22.3.)



## Regierungspolitik

# Die kleine Krise der Koalition und die großen Pläne der Rechten

Die politische Rechte in der BRD ist dabei, eine schwierige Aufgabe zu lösen. Die Etablierung einer faschistischen Partei steht kurz vor dem Gelingen, aber der Abscheu vor der damit verbundenen Politik führt zu erheblichen Stimmeinbußen für die traditionelle Rechte, d.h. für die christlich-konservative und liberal-konservative Rechte. Neben ihnen bildet sich eine faschistische, nationalistische, völkische Rechte. Das Fundament für diese Parteibildung wurde zum einen durch rigorosen Liberalismus, Elitepropaganda und Konkurrenzvergötzung des Lambsdorff-Liberalismus geschaffen, zum anderen durch die völkische und deutschnationale Ordnungspolitik, für die Zimmermann bürgt. Die Wahlerfolge, die Republikaner und NPD vor allem bei jungen Wählern und da vor allem bei männlichen erzielen konnten, zeigen das Ausmaß der existenziellen Verängstigung, die beim konservativ eingestimmten Fußvolk vorhanden ist. Es ist ja immer noch der Mann, der es entweder zu einem Einkommen bringt, das ihm die Familiengründung ermöglicht, oder aber als gescheiterte Person gilt. Die strikteste Auslieferung an die Obrigkeit, die Bereitschaft, sich uferlos gebrauchen zu lassen, scheinen in solchen Existenzkrisen als Weg — zu Arbeit, Fortkommen, Laufbahn. Untrennbar dazu gehört die Ideologie der Begünstigung. Die oft übersehene Kehrseite der Ausländerfeindlichkeit ist nämlich die Begünstigung der guten, wahren, echten, richtig gesonnenen Deutschen. Diese Sachverhalte sind bekannt, besonders bei den bürgerlichen Strategen. Wollten die Regierungsparteien der faschistischen Parteibildung das Wasser abgraben, so wäre sonnenklar, wie das zu geschehen hätte. Es müßte nur politisch klargestellt werden, daß es sich nicht lohnt. Würde völkische Gesinnung z.B. Laufbahnhindernis im öffentlichen Dienst, bei der Polizei, in der Bundeswehr, so wäre das Problem weit, weit unter die Fünf-Prozentgrenze gedrückt. Es ist deswegen äußerst interessant zu beobachten, daß die großen bürgerlichen Parteien wie CDU, CSU und FDP sich auch dann nicht so verhalten, wenn ernste Interessen auf dem Spiele stehen, d.h. daß an Faschisten vergangene Stimmen zur Bildung von Mehrheiten fehlen. Im Gegenteil, die Vorkämpfer der Richtung — hier Lambsdorff und Möllemann, dort Zimmermann und ein Bildungsminister wie Mayer-Vorfelder in Baden-Württemberg — gehen den Weg der faschistischen

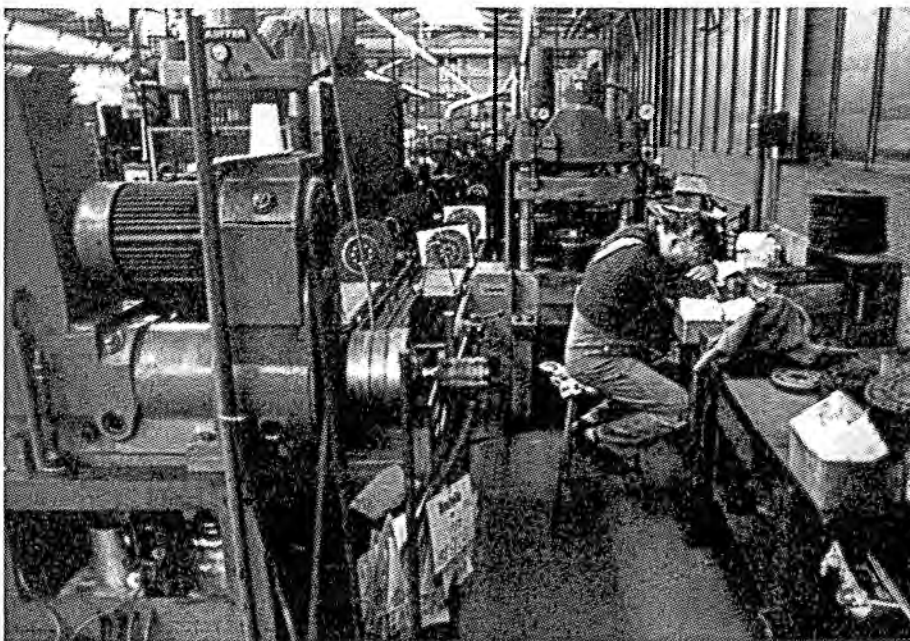
Mobilisierung weiter, eine Abgrenzung zum Faschismus findet nicht statt. Im Gegenteil, Repräsentanten des Bildungsbürgertums wie Hildegard Hamm-Brücher halten den Zeitpunkt für richtig, vor einem neuen Koalitionswechsel der FDP zu warnen, und Vertreter aller möglichen Parteien überschlagen sich dabei, die Republikaner als nicht-faschistisch zu hofieren. Höchstens daß man bestrebt ist, sog. Protestwähler heimzuziehen.

## Heimholung von Protestwählern

Die sozialpolitischen Maßnahmen zur Beruhigung der Anhänger sind gemischt.

Sie bestehen erstens in einer Anhebung des Kindergeldes für das zweite

Aufwand für Haushaltshilfen mit bis zu 12000 DM pro Jahr steuerlich zur Geltung gebracht werden kann. Einschränkung wurde festgelegt, daß die Hilfe sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein muß, daß im Haushalt entweder ein Schwer- oder Schwerstpflegebedürftiger leben muß, oder bei Alleinerziehenden ein Kind unter zehn Jahren, bzw. in einer Familie zwei Kinder unter zehn Jahren. Das Finanzministerium schätzt, daß die Regelung, die ab dem 1.1.90 gelten soll, in ca. 100000 Fällen in Anspruch genommen werden wird. Diese Maßnahme zielt eindeutig auf den akademischen Mittelstand, dem staatlicherseits bedeutet wird, daß man seine besonderen Bedürfnisse versteht, fördert und zementieren will. Die Haushaltshilfe als Überlast-



Regierungsgrundsatz: Wer sich wehrt und/oder nicht volldeutsch ist, wird hier nichts.

Kind um dreißig DM pro Monat ab dem 1. Juli 1990. Diese vorgezogene Erhöhung wurde aus dem Bereich der CDU-Sozialausschüsse betrieben, um der christlich-konservativen Familie Respekt zu erweisen. Wenn auch die 30 DM pro Monat in Betracht der tatsächlichen Kosten für die Erziehung ein eher symbolischer Betrag sind, läßt sich immerhin behaupten, es werde was für die Familie getan. Schon allein, weil es ja das zweite Kind ist, das gefördert wird, ist die Gefahr auch verringert, daß etwa Alleinerziehende Personen in den Genuß der Leistung kämen und mithin nicht die Familie unterstützt würde, sondern bloß das Kind.

Zweitens wurde beschlossen, daß der

lösung kommt für den weit überwiegen- den Teil der Bevölkerung nicht in Frage. Die politische Alternative zum Haushalt mit Hilfe wären öffentliche Erziehungseinrichtungen hoher Qualität.

Die dritte Maßnahme besteht in einer Anhebung des Wohngeldes, verbunden mit einer Erhöhung der Abschreibesätze für Wohnungsbauinvestitionen. Diese Maßnahme ist ein echtes CSU-Produkt. Sie bricht Notlagen auf den ersten Blick die Spitze, denn der großstädtische Wohnungsmarkt versetzt immer mehr Menschen in Existenzangst. Auf den zweiten Blick führt sie öffentliche Mittel direkt in die Taschen der Grundeigentümer. Das Wohngeld kann gar nichts anders auslösen als weitere Mietsteigerungen. Die



Der menschenverachtende Liberalismus der „Angebotspolitik“ hat das Aufkommen der Faschisten gefördert.

beschleunigte Abschreibung von Investitionen im Mietwohnungsbau führt gewiß zu verstärkten Investitionen, sie werden aber ganz ohne Zweifel in den Bereich hochwertigster Um- und Ausbauten fließen, denn dafür gibt es ein zahlungskräftiges Publikum. Die Mieten in den Großstädten werden infolge dieser Beschlüsse nur noch weiter steigen, für die gehobenen und zahlungsfähigen Nachfrager wird sich die Situation weiter verbessern, ebenso für die Anleger.

### Zwischen Solidität und Popularität

Zum Streit über diese Maßnahmen kam es in der Koalition, weil ums Haar der Grundsatz der finanzpolitischen Solidität verletzt worden wäre, dem diese Koalition ihren festen Rückhalt bei der Kapitalistenklasse verdankt. Das Grundgesetz hält in Artikel 115 fest, daß die Neuverschuldung des Bundes die Summe der Investitionen im selben Jahr nicht übersteigen dürfe. Mit diesem Artikel war der Regierung Schmidt 1981 gedroht worden. Der Artikel läuft darauf hinaus, daß Mittel für den Bereich „Soziales“ durch Steuern aufzubringen sind. Eine Regelung, wonach Steuern auf den Lohn und aus der Massenkauftkraft dementsprechend für soziale Dienste auszugeben wäre, besteht nicht. Die finanzpolitische Solidität arbeitet durch Anwendung staatlicher Gewalt Masseneinkommen, die überwiegend aus Lohn- und Gehaltszahlungen entstanden, zu Investitionshilfen oder Wirtschaftshilfen um. Die drei oben geschilderten Maßnahmen genügen diesen strengen Anforderungen natürlich

nicht. Wenn es sich auch nicht um Sozialreformen handelt, sondern um operative Begünstigungspolitik, fließen doch staatliche Mittel in die Sphäre der Lohn-einkommen zurück. Davon verspricht sich die Regierungskoalition Popularität. Die Regierungskunst bestand darin, die Mittel so fließen zu lassen, daß allgemeine Bedürfnisse der Werktätigen, wie Wohnen und Erleichterung der Kindererziehung, selektiv gefördert werden, so daß die Maßnahme nicht das Sozialbewußtsein fördert, sondern bestimmte Bevölkerungsschichten an den Staat bindet. Nachdem dies ausgetüftelt war, konnten Solidität und Popularität miteinander verbunden werden.

### Die Wirkung bei Wahlen

Die sozialpolitischen Maßnahmen werden schon allein wegen ihres selektiven Zuschnittes nicht dazu führen, daß die Regierungskoalition verprellte Wähler von rechts außen zurückgewinnt. Ihr Ziel ist es eher, standesbewußte Anhänger der Sozialdemokratie für die Koalitionspolitik zu interessieren. Eine weltanschauliche Konfrontation mit den sozialpolitischen Vorstellungen der äußersten Rechten wurde nicht nur vermieden, es hat eher eine Art Schulter-schluß gegeben. Die Gelder, die ausgesetzt wurden, um Leute aus dem Osten in die BRD zu locken, sollen jetzt gekürzt werden. Ebenso die Rentenabkommen, die mit einigen dieser Länder bestehen. Dies wird auch von rechts außen gefordert, wo man auf strenger Aussiebung von Deutsch-Simulanten und echten Deut-

schen, denen geholfen werden müsse, besteht. Der Gedanke, daß nachgewiesenes, wahres Deutschtum die Voraussetzung sein muß, wird durch die Mittelkürzung unterstrichen. Es soll dabei um einen Betrag von immerhin 400 Millionen DM gehen. Inzwischen hört man Stimmen, die anregen, wenn schon die Lage der Deutschen im Osten gebessert werden solle, wäre es doch besser, das an Ort und Stelle zu bewirken. Geringere Geldmittel, verbunden mit außenpolitischem Druck, könnten hier viel ausrichten. Damit ist eine direkte Verbindung mit der rechtsaußen stehenden Ideologie geschaffen, nach der jede deutschstämmige Person im Ausland als ein Vorposten des Deutschtums, des deutschen Wesens, des deutschen Interesses zu fördern und nach Möglichkeit zu schützen ist.

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Koalition sollen bei Wahlen nicht den Faschisten das Wasser abgraben, sondern bei der SPD Klienten abholen. Ob es klappt, weiß man nicht, aber vorgesehen ist es so. Gäbe es überhaupt eine Sozialpolitik mit klarer antifaschistischer Zielsetzung? Änderungen, die auf eine Besserung der Lage der ganzen werktätigen Bevölkerung zielen und deren gemeinsamen Interessen nachkommen, würden eine solche Wirkung haben. Sie müßten unbedingt in Konfrontation mit der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Staat, mit den Kapitalisten, mit allen Mächten der Ordnung durchgesetzt werden. Sie wären mit einer loyalistischen, gegenüber vorgesetzten Mächten knechtischen Haltung, die für Faschisten grundlegend ist, unvereinbar. Die Politik der Solidität, die Politik der Härte gegenüber der Arbeiterbewegung hingegen zielt auf die Festigung der breiten Basis für faschistische Parteien.

### Ausweg Ordnungspolitik

Daß die Regierungspolitik darauf zielt, mittels faschistischer Parteibildung eine Mehrheit von SPD und Grünen zu verhindern, wird am klarsten in der Gangart, die die CSU in Sachen Ordnungspolitik anschlügt. In die Diskussion um die Regierungsumbildung hinein trägt der Generalsekretär der CSU, Huber, den Parteistandpunkt. Es müßten weitere wichtige Entscheidungen getroffen werden: „Bei der Inneren Sicherheit das Gesetz gegen Vermummung und passive Bewaffnung; schnell wirksame Maßnahmen gegen den Asylmißbrauch, ein Ausländergesetz, das Rechtsklarheit vor allem bei den Nachzugsbestimmungen schafft und damit verhindert, daß die Bundesrepublik zum Einwanderungsland wird.“ Die Botschaft lautet: wer sich a.) entweder wehrt oder b.) nicht volldeutsch sein will, wird hier nichts. — (maf)

## Kommunales Wahlrecht CDU/CSU ver- stärken Hetze

Mit der Ankündigung, gegen das kommunale Wahlrecht für Ausländer in Hamburg und Schleswig-Holstein Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu erheben, hat die CDU ihre ausländerfeindliche Propaganda verstärkt. Die CDU will einen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht stellen. Das bedeutet, daß 156 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — ein Drittel der Mitglieder des Bundestages — einen solchen Antrag stellen müssen.

Der Justitiar der CDU/CSU-Fraktion Langner erklärte, daß sie außerdem einen Antrag auf einstweilige Anordnung stellen wolle. Damit will die CDU/CSU die Einführung des kommunalen Wahlrechts bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März nächsten Jahres verhindern. Das Bundesverfassungsgericht wird vermutlich im Herbst dieses Jahres entscheiden, wenn die Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen im vollem Gange sind, die Kandidaten aufgestellt werden. Die CDU behauptet, „es geht um eine zentrale Frage des Staatsganzen“ und um eine „demokratiewidrige Fremdbestimmung“. Diese Argumente sind unsachlich, hetzerisch und auf Stimmungsmache angelegt. Die angekündigte Verfassungsklage wäre gleichzeitig eine Plattform für die NPD, DVU und Republikaner, auch im Europawahlkampf die rassistische Hetze gegen Ausländer zu intensivieren. Die CDU/CSU-Fraktion hatte am 7. März einstimmig beschlossen, die Verfassungsklage einzureichen, also vor dem hessischen Wahlergebnis. Offensichtlich ist die CDU/CSU vom Ausgang der Wahlen nicht sonderlich beeindruckt.

Eine Woche nach dem Wahlergebnis haben die hessischen Unternehmerverbände vor der „Politisierung der Ausländerfrage“ gewarnt und Ministerpräsident Wallmann aufgefordert, ein Spitzengespräch mit den Tarifparteien zu führen. Die Kapitalisten wollen keineswegs einlenken: „Integrations-Ziel sollte nicht ein kommunales Wahlrecht für Ausländer sein, sondern eine bessere Einbürgerungspolitik“.

Die CDU/CSU will die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts isolieren, mit der angeblichen Verfassungsfeindlichkeit drohen, um den Widerstand gegen die ausländerfeindliche Politik zu brechen. Gleichzeitig wird sie in den nächsten Wochen einen Gesetzentwurf zur Verschärfung der Ausländergesetze einbringen und behaupten, daß das neue Gesetz eine Einbürgerung erleichtern würde. Mit dieser Taktik will sich die CDU/CSU einerseits den Anspruch verschaffen, sie würde im

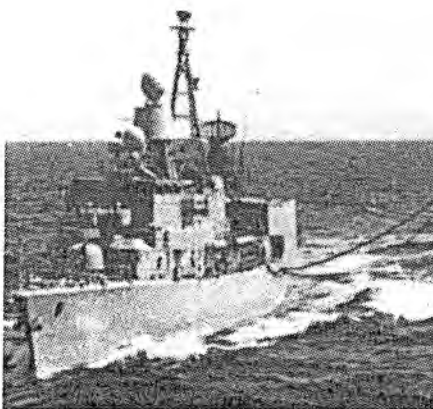
Rahmen der bestehenden Ordnung Ausländer integrieren, andererseits verschafft sie den faschistische Organisationen viel Platz für Hetze, Drohungen und Überfälle auf ausländische Arbeiter.

Die SPD hat einen eigenen Gesetzentwurf zu den Ausländergesetzen vorgelegt, der nach Presseberichten ein Niederlassungsrecht vorsieht, aber erst nach acht Jahren und mit einer ausgeklügelten mehrstufigen Aufenthaltserlaubnis. Ausweisungsgründe wegen politischer Betätigung u.ä. sollen bestehen bleiben. Der Gesetzentwurf muß noch eingehender untersucht werden. Zu befürchten ist aber, daß die SPD die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht fallen lassen wird. Die IG Metall startet jetzt eine „Kampagne gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ und will am 8. Mai, dem Vorabend der IG Metall-Ausländerkonferenz, eine Großkundgebung unter dem Leitsatz „Ja zum Miteinander — für Offenheit und kulturelle Vielfalt bei uns in Europa“ durchführen. So erfreulich eine solche Veranstaltung sein mag, auffällig ist trotzdem, daß die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht nicht im Mittelpunkt steht.

Quellenhinweis: Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion v. 8.3.89 — (jöd)

## Bundesmarine Im Mittelmeer festgesetzt

Im Oktober 1987 schickte die Bundesregierung erstmalig einen Einsatzverband der Bundesmarine auf Einsatzfahrt ins Mittelmeer. Es galt die Freiheit der Meere vor dem Hintergrund des Golf-Krieges zu sichern, hieß es als Begründung. Denn sowohl die 6. US-Flotte als auch Kriegsschiffe anderer WEU-Staa-



Fregatte „Rheinland-Pfalz“, z.Zt. Flaggschiff des NATO-Verbandes Atlantik

ten beteiligten sich direkt mit Drohgebärden gegen den Iran und Geleitschutz für Handelsschiffe am Krieg. Die BRD rückte mit zunächst drei Kriegsschiffen ins Mittelmeer nach. Es war die erste „Einsatzfahrt“ der westdeutschen Marine seit ihrem Bestehen.

Seither befinden sich mit einigen Un-

terbrechungen ständig Flottenverbände der Bundesmarine im Mittelmeer. Im Sommer 1988 begannen die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Iran und Irak, die US-Einheiten im Golf wurden in Folge der Waffenruhe von 26 auf sieben gekürzt. Sie kehrten ins Mittelmeer zurück, weil die USA statt Schiffeskororten zum Prinzip „Raumdeckung“ übergingen. Spätestens jetzt wäre der Bundeswehreininsatz, folgt man der Anfangsbegründung der Armeeführung, nicht mehr notwendig gewesen. Stattdessen brach im Oktober 1988 ein neuer dreischiffiger Verband im Tausch für einen anderen ins Mittelmeer auf. Niemand regte sich mehr auf, während die erstmalige Entsendung noch zu Auseinandersetzungen im Bundestag geführt hatte.

Auf diesem leisen Wege hat die Bundesmarine weitere Fortschritte gemacht. Inzwischen gibt es einen Einsatzverband der NATO im Mittelmeer, an dem die Bundeswehr beteiligt ist. Auch die Kaliber der Einsätze sind gewachsen. Anfang März ist ein Verband aus sechs Schiffen (zwei Fregatten, zwei Zerstörer, zwei Versorger) unter nationalem Kommando ins Mittelmeer gefahren, um dort im Raum Kreta verschiedene Übungen durchzuführen. Nach Beendigung der Übungen wird der Zerstörer „Hessen“ zum NATO-Verband stoßen und dort bis Juni bleiben. Das Flottenkommando in Glücksburg erklärt, die Marine unterstreiche mit ihrer Anwesenheit im Mittelmeer „die Bedeutung des Seegebietes für die gemeinsame Verteidigung“. Durch die Etablierung der Marine im Mittelmeer wird es zunehmend wahrscheinlicher, daß in weiteren Konflikten im Mittelmeerraum und in Nahen Osten BRD-Militär bei der imperialistischen Bewältigung dieser Konflikte beteiligt sein wird.

Übrigens operieren noch zwei weitere BRD-Fregatten als Bestandteil des NATO-Einsatzverbandes Atlantik auf den Weltmeeren. Das Kommando dieses NATO-Verbandes hat gerade der BRD-Admiral Laudien übernommen.

Quellenhinweis: NiD (Nachrichten- und Informationsdienst Jugend/Militär/Gefängnisse 12/88, 13/88, 22/88, 06/89, bw-aktuell 16 u. 23/88 — (jok)

## Katastrophenschutz Notstandsgesetze verschärft

Die Bundesregierung hat inzwischen den vom Innenministerium im September 1988 vorgelegten „Entwurf zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes und anderer Vorschriften“ (Katastrophenschutzergänzungsgesetz) mit Änderungen beschlossen und am 10.3.89 an den Bundesrat auf den Weg gebracht. Es handelt sich dabei um die seit den Notstandsgesetzen 1968 einschneidendste

Verschärfung in Sachen innerer Kriegsvorbereitung. Deshalb muß stark beunruhigen, daß die Opposition, insbesondere in den öffentlichen Diensten und seitens der ÖTV, die diese Gesetzesverschärfungen seit nunmehr über 10 Jahren erfolgreich bekämpft hat, sich in den letzten Monaten dagegen kaum rührt.

Was sind die Kernpunkte der Gesetzesänderung? Wir haben dazu im einzelnen bereits in den Politischen Berichten 24/88 bei Veröffentlichung des Ministeriums-Entwurfs Stellung genommen. Hier deshalb nur nochmals kurz zusammengefaßt: eine allgemeine Dienstverpflichtungsmöglichkeit, und zwar für Männer wie Frauen, wird eingeführt. Die Weisungsbefugnisse des Bundes gegenüber Ländern und Kommunen wie auch im „Ersatzfall“ und bei Übungen gegenüber den freiwilligen Hilfsorganisationen werden ausgeweitet. Umfassende Gesundheitssicherungsmaßnahmen einschließlich einer Meldepflicht aller in Gesundheitsberufen Ausgebildeten werden eingeführt. Das Beamtenrecht wird auf den Kriegsbedarf ausgerichtet, bis hin zur Kasernierungsmöglichkeit

von Beamten und zum Einsatz bei zivilen NATO-Behörden im Ausland.

Bezüglich der Dienstverpflichtungsmöglichkeit möchten wir auf ein verfassungsrechtliches Problem hinweisen, dessen Überprüfung sich im Kampf gegen diesen Entwurf schon lohnen würde: Im §9a heißt es: „(1) Die Katastrophenschutzbehörde kann Männer und Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr verpflichten, bei der Bekämpfung von Gefahren und Schäden, die im Verteidigungsfall drohen, Hilfe zu leisten, wenn die vorhandenen Helfer nicht ausreichen ... (3) Die Verpflichtung darf einen Zeitraum von zehn Tagen im Vierteljahr nicht überschreiten.“ Die Begründung hierfür ist aufschlußreich: „Verfassungsrechtliche Grundlage für die Heranziehung ist Artikel 12 Abs. 2 GG. Die Ermächtigung richtet sich nach dem jeweiligen örtlichen Bedarf. Sie darf nicht mit der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht im Zivilschutz auf der Grundlage des Artikels 12a Abs. 1 GG verwechselt werden. Sie kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die Zahl der vorhandenen

Helfer im Einzelfall nicht ausreicht ... Absatz 3 enthält eine Beschränkung der Hilfeleistungspflicht auf zehn Tage im Vierteljahr. Diese zeitliche Eingrenzung ist erforderlich, weil sich die Verpflichtungen auf der Grundlage des Artikels 12 Abs. 2 GG im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen Dienstleistungspflicht halten müssen. Dies bedeutet nach der überwiegenden Meinung im Schrifttum, daß nur vorübergehende Heranziehungen zur Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen möglich sind.“ Warum dieser Begründungsaufwand? Würde eine allgemeine Dienstverpflichtung mit Art. 12a begründet (wie noch im Entwurf Sept. 88!), müßten die Einschränkungen auf den Spannungs- und Verteidigungsfall (erst letzterer ermöglicht überhaupt Verpflichtung von Frauen im Sanitäts- und Heilwesen) bzw. die Bindung an Zweidrittelmehrheit im Bundestag (Art. 80a Abs.1 GG) beachtet werden. Der Versuch, mit Hilfe des Art. 12.2 all dies zu umgehen, ist lt. Kommentar zum GG (Maunz-Düring und Alternativkommentar Luchterhand) zumindest sehr umstritten. — (mab)

## Kommunaldebatte im Bundestag

# Regierungskoalition für scharfe Kommunalaufsicht

48 Fragen der SPD und 54 Fragen von CDU/CSU und FDP zur Lage der Kommunen lagen der Bundesregierung seit Ende 1987 vor. Im November 1988 schließlich waren alle Antworten da und gaben dem Bundestag am 26. Januar 1989 Diskussionsstoff. Die Grünen beurteilten sie kaum, sondern stellten ihre Forderungen dar. Die SPD suchte sich die Antworten heraus, die ihre Lagebeurteilung stärken und umging damit die Kritik. Wir wollen dies an den Schwerpunkten Selbstverwaltung und Gewerbesteuer zeigen.

Die SPD-Anfrage hält zur Lage fest: „Immer häufiger wird von kommunaler Seite beklagt, das Recht der Kommunen auf Autonomie, ihre Bedeutung als dritte Säule in unserem Bundesstaat sei gefährdet. Eine entscheidende Ursache dafür ist, daß Städten, Gemeinden und Kreisen nach einer Phase der Konsolidierung durch zahlreiche belastende Beschlüsse des Bundes eine Finanzkrise droht.“ Sie leitet ihre Kritik an dem Abbau kommunaler Handlungsmöglichkeiten mit einem Loblied ein: „Die bisher starke kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland hat zu kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Vielfalt geführt, die — im internationalen Vergleich betrachtet — als einmalig eingeschätzt wird.“

Wen die SPD wohl heranzieht, um solche internationalen Vergleiche zu ma-

chen? Es gibt Länder mit mehr kommunaler Autonomie! Die SPD setzt jedoch Autonomie mit Selbstverwaltung gleich. Selbstverwaltung aber, wie sie die bundesdeutschen Gesetze festlegen, heißt: Kommunen können gebunden an die Staatsanweisungen selbst tätig werden. Um den Grad der Einbindung geht es der SPD, er ist ihr finanziell zu wenig abgesichert, aber sie hat nichts Grundsätzliches dagegen.

Darauf kann die Regierungskoalition aufbauen und bietet sich als die besseren Kommunal-Aufseher an: „Die Bundesregierung hat deshalb bereits nach dem Regierungswechsel 1982 erklärt: Länder und Gemeinden sollen wieder mehr zu

ihrem Recht kommen. Die Mitverantwortung des Bundes für die Funktionsfähigkeit und den Handlungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltung hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode erneut bekräftigt.“ Sie stellt verschiedene Statistiken zusammen, die beweisen sollen, wie positiv sich seit Kohls Antritt die Kommunalfinanzen entwickelt hätten. Dabei nimmt sie Oppositionskritik gleich vorweg und fügt hinzu: „Der Konsolidierungserfolg wäre ohne die strenge Aufgabendisziplin der kommunalen Entscheidungsträger und ohne die ständige Überprüfung der von den Kommunen selbst beeinflussbaren Ausgabenblöcke nicht möglich gewesen. Er ist zugleich ein überzeugender Ausdruck dafür, daß kommunale Selbstverwaltung von den Kommunalpolitikern auch als haushaltswirtschaftliche Selbstverwaltung verstanden wird.“

Hinter dem Wort „Aufgabendisziplin“ stehen umfangreiche Sparmaßnahmen, die gegen zahlreiche Widerstands-



Während das Europäische Parlament Kommunalwahlrecht für alle Ausländer — auch Nicht-Europäer — beschloß und die EG-Kommission einen Richtlinienvorschlag zum Wahlrecht für Europäer vorlegt, bleibt die Regierungskoalition dabei: Kein Wahlrecht für Ausländer, sie hätten genug politische Rechte!



## BDI schlägt neue Kommunesteuer vor

Die „*Revitalisierung der Gewerbesteuer*“ — das heißt die Wiederherstellung des alten Zustandes der Gewerbesteuer vor Abschaffung der Lohnsummensteuer und vor Einführung der Freibeträge lehnt der Bundesverband der Industrie (BDI) ab, da dies „alle von der Wirtschaft beanstandeten Nachteile und Fehler der Gewerbesteuer wie Ertragsunabhängigkeit, fehlender Grenzgleichgewicht, nationale und internationale Wettbewerbsverzerrungen aufrechterhalten und tendenziell verstärken“ würde.

Das Modell *Wertschöpfungssteuer* führe mit der vorgesehenen Kombination der Steuerbemessungsgrundlage aus Personalkosten, Zinsen, Mieten, Pachten und Gewinnen dazu, daß „der Anteil der ertragsunabhängigen Komponenten auf über 80 Prozent anstiege. Schwerpunktartig würden die Löhne, Gehälter und die Lohnnebenkosten besteuert. Dies erzeuge Rationalisierungsdruck im Personalbereich und hätte entsprechend negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.“

Der *Kronberger Kreis* will eine dreiteilige Gemeindesteuer, deren Bemessungsgrundlage das Betriebseinkommen (Betriebssteuer), der Einheitswert des Grundvermögens (Grundsteuer) und die Einkommensteuerschuld der Bürger (Einwohnersteuer) ist. Dies kommt den BDI-Vorstellungen sehr nah, da die von ihm vertretenen Firmen extrem wenig Steuer zu zahlen hätten und die Kosten durch eine Einwohner-

steuer abgefangen würden. Er lehnt sie aber ab, weil die Betriebssteuer als Wertschöpfungssteuer geplant ist.

Die *Anrechnungs-Modelle*, die die Gewerbesteuer formal beibehalten, sie aber entweder auf die Umsatzsteuer oder auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer anrechnen, hält der BDI nicht mehr für aktuell, da ein Versuch von Rheinland-Pfalz dazu fehlgeschlagen sei.

Das Modell des Instituts „*Finanzen und Steuern*“, die Gewerbesteuer abzuschaffen und die Umsatzsteuer zugunsten der Gemeinden entsprechend zu erhöhen, empfindet der BDI als zeitgemäß. Da es jedoch kein Recht der Kommune vorsieht, die Höhe der Steuerbelastung selbst festzulegen (Hebesatzrecht), sei es nicht durchsetzbar.

Das Modell des Landes Niedersachsen ist für Abschaffung der Gewerbesteuer und für finanziellen Ausgleich der Gemeinden durch eine Erhöhung der Umsatzsteuerbeteiligung. Das Hebesatzrecht soll dann für eine andere Steuer gelten. Das Land Niedersachsen will dafür die Einkommensteuer umgewandelt haben in eine Gemeindeeinkommensteuer mit kommunalem Hebesatzrecht. Der BDI kritisiert auch dieses Modell nicht prinzipiell, sondern bemängelt die unterschiedliche Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften. Er befürchtet, daß die Kommunen nicht mitmachen.

Nach Bewertung vorliegender Modelle bietet der BDI sein *Kombinationsmodell* an. Dieses lautet:

„Einen Kompromiß bietet das vom BDI vorgeschlagene Kombinationsmodell. Es

beteiligt die Gemeinden am Gesamtaufkommen der Umsatzsteuer nach einem Schlüssel, der das örtliche Betriebsvermögen und die örtliche Lohnsumme berücksichtigt. Dieser grundgesetzlich abgesicherte Steuerverbund wird durch eine inhaltlich reformierte, im Wege der Senkung der Steuermaßzahlen auf ein Drittel des bisherigen Aufkommens reduzierte Gewerbeertragssteuer ergänzt. Das Hebesatzrecht dieser kommunalen Zusatzsteuer auf den Gewinn wird mit dem Hebesatz der Grundsteuer gekoppelt. Dieses Modell hat die Interessen von Wirtschaft und Gemeinden gleichermaßen im Auge und wird den unternehmerischen und gemeinde-spezifischen Anforderungen gerecht:

— Die von der heutigen Gewerbesteuer ausgehenden Belastung der Unternehmer würde hinsichtlich ihrer ertragsunabhängigen Komponente völlig, in ihrem ertragsabhängigen Teil weitgehend beseitigt.

— Die Gemeinden erlitten keine Haushaltseinbußen; darüber hinaus würde die Neuordnung zu einer Verstärkung ihrer Einnahmen führen.

— Die räumliche Verteilung der Einnahmen würde verbessert.

— Das Hebesatzrecht der Gemeinden bliebe unangetastet.

— Aus der gewerblichen Ansiedlung erhielten die Gemeinden Steuereinnahmen, die ihr Interesse an Unternehmensansiedlungen und der damit verbundenen Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen fördern würden.“

Jahresbericht 1988 des BDI

aktionen in Kommunen von den Stadtverwaltungen durchgesetzt werden. Sind Stadträte nicht bereit, Leistungskürzungen, Stellenabbau und Gebührenerhöhungen zu beschließen, schreitet die staatliche Kommunalaufsicht ein und droht mit Ablehnung des Haushalts, in einigen Fällen mit Einsatz eines Staatskommissars. Die SPD bringt dies nicht zur Sprache. Damit bleibt die „haushaltswirtschaftliche Selbstverwaltung“ ohne Kritik, und Kommunen, die ihren Haushalt nicht so machen wollen, ohne Unterstützung.

### Zur Gewerbesteuer

Die SPD legt das Gewicht darauf, die Aufgabenzunahme der Kommunen zu zeigen und daraus die Notwendigkeit der Verbesserung der Kommunalfinanzen zu begründen. Das ist wenig gegenüber den Regierungsvorhaben. Die CDU wiederholt des Kanzlers Garantie, daß die Gewerbesteuer erst abgeschafft wird, wenn ein gleichwertiger Ersatz gefunden ist, und wirbt in der Debatte für das Modell des Kronberger Kreises, das eine Einwohnersteuer für alle an die Stelle der Gewerbesteuer für Kapitalisten setzt. Die CDU gibt das als besonders kommunalfreundlich aus. Wenn nämlich eine

Kommune selbst entscheiden könnte, ob sie ein Schwimmbad baut, so sei es auch sinnvoll, daß sie entscheiden darf, welche Steuerbelastung sich damit für alle Bürger ergibt. Würde man die Gewerbesteuer durch eine Einwohnersteuer oder Gemeindesteuer ersetzen, so wären alle betroffen, und die Räte kämen nicht mehr in der Versuchung, „zusätzliche Ausgaben zugunsten vieler zu beschließen und sie mit Steuererhöhungen für wenige zu finanzieren“.

Die Gewerbesteuer regelt Zahlungen der großen Betriebe an die Kommunen zum Ausgleich der starken Belastungen und Sonderleistungen, die diese mit diesen Betrieben haben. Die von der CDU anvisierte Steuer schafft dies ab, setzt Betriebe aller Art gleich, richtet neben der hohen Steuerbelastung der Werkstätten eine weitere Steuer ein und greift mit der Steuergestaltung tief in die Rechte der Räte ein. Das gibt die CDU sogar zu: „... Es wird den Räten Anreiz zur sparsamen Haushalts- und Wirtschaftsführung sein, und es wird den Bürgern Anlaß sein zur Überprüfung ihrer Ansprüche.“

Kein kritisches Wort der SPD dazu! Sie fordert Beendigung der Debatte um die Abschaffung der Gewerbesteuer. Die

Regierung selbst hätte bewiesen, daß diese Steuer keine Standortnachteile bringen würde, denn in ihrer Antwort hätte sie aufgrund der SPD-Anfrage ja aufstellen müssen, daß es ähnliche örtliche Steuern auch in Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, USA und Japan gibt. Ist das Kapitalistenargument Standortnachteil mit Ländervergleichen erledigt?

Die SPD äußert sich zu einer viel entzündlicheren Antwort dagegen nicht. Die Bundesregierung erklärt hier, daß sie „die Hebesatzgestaltung der Gemeinden im Zusammenhang mit den einzelnen Stufen der Steuerreform genau beobachten (wird). Sollten sich dabei einseitig Belastungsverschiebungen zu Lasten der Gewerbesteuerzahler ergeben, so wird die Bundesregierung prüfen, welche Maßnahmen zu treffen sind.“ Damit kündigt sie an, daß sie gegen Kommunen einschreiten will, die die Hebesätze entsprechend ihren Bedürfnissen festsetzen. Da wäre doch eine Anfrage fällig, auf welcher rechtlichen Grundlage dies geschehen soll und welche einzelnen Maßnahmen die Bundesregierung hier vorhat!

Quellenhinweis: Drucksachen 11/2822, 11/3247, Plenarprotokoll 11/122. — (baf)

## Hungerstreik

**Solidarität zeigen!**

Gegen die Forderungen der Gefangenen kann nichts rechtliches vorgebracht werden. Auch offizielle Äußerungen kommen nicht daran vorbei. Behörden kriminalisieren trotzdem und gerade deswegen die Solidarität. Proteste und jede Solidaritätserklärung wirken gegen die lebensgefährdende Hinhaltetaktik der Verantwortlichen. — (Herausgeberkonferenz)

30.03., Hannover, Kundgebung — 01.04., Freiburg und Westberlin, Kundgebung, Frankfurt und Bielefeld, Demonstration — 02.04., Bruchsal, Knastkundgebung — 02.04., Aichach, Knastkundgebung — 07.04., Westberlin, Frauenkundgebung an der Plötze — 08.04., Westberlin, Großdemonstration — 08.04., Freiburg, Demonstration

**Aktuelle Stunde im Bundestag**

**Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 17.3.89** (Aktuelle Stunde betr. politische Reaktion auf den Hungerstreik von Gefangenen aus der Rote-Armee-Fraktion und anderen)

... **Wolfgang (FDP):** ... Die FDP-Bundestagsfraktion ist der Meinung, daß eine Behandlung dieses Themas heute hier im Interesse aller Betroffenen niemandem dienlich und nicht hilfreich ist ... Wir werden uns an dieser Debatte deshalb nicht beteiligen ...

**Engelhard, Bundesminister der Justiz:** ... Nach allem, was wir wissen, müssen wir den Willen der Hungerstreikenden, ihre Forderungen durchzusetzen, ernst nehmen. In einer solchen Situation muß derjenige, der politische Verantwortung trägt — dies ist neben den für den Strafvollzug zuständigen Justizministern der Länder auch der Bundesjustizminister — eine klare Meinung über die gebotene und angemessene Reaktion des Staates haben. Er muß seine Linie eng mit den anderen Verantwortlichen in Bund und Ländern abstimmen, aber er darf auf keinen Fall öffentlich darüber sprechen. Das berechnete öffentliche Informationsbedürfnis muß im Interesse einer Lösung der schwierigen Lage vorübergehend zurückstehen ...

**Dr. Schmude (SPD):** ... Wenn Vorwürfe wegen der Haftbedingungen erhoben werden, wenn von Sonderhaftbedingungen, von Isolation, von Einschränkungen, von Haftunfähigkeit und von anderem gesprochen wird, gibt es ja nur die beiden Alternativen: Sie sind richtig, oder sie sind falsch; in jedem Fall sind sie von öffentlichem Gewicht. Ist daran etwas richtig, so ist es zu ändern, besser heute als morgen. Ist es falsch, wovon ich in weitestem Umfang ausgehe, dann ist zu erläutern, warum es falsch ist, der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft zu geben, sind Vorwürfe zu entkräften, nicht erst bei Zuspitzung, sondern von Anfang an ... Wo besondere Haftbedingungen erforderlich sind, da soll man das Erfordernis auch sichtbar machen ...

**Seising (CDU/CSU):** Hier sind also Menschen auf dem Weg, in furchtbarer Verblendung das eigene Leben wegzuworfen, um wieder andere Menschen gegen diesen Staat und gegen unsere Gesellschaft zu mobilisieren. Jeder, der heute in einen Hungerstreik tritt, weiß von unserer Rechtslage. Diese heißt: Mit dem Eingreifen eines Arztes ist so lange nicht zu rechnen, wie der Gefangene diesem ärztlichen Tun widerspricht oder gar Widerstand leistet. Das freie Selbstbestimmungsrecht der Gefangenen wird anerkannt, wenn es um seine Person und um sein Leben geht. Der einzelne hat gegenüber dem Staat auch keine Pflicht zur Erhaltung des eigenen Lebens. Eine Rechtspflicht zum Weiterleben besteht nicht. Insoweit darf der Staat erst dann eingreifen, wenn sich der Betroffene selbst nicht mehr helfen kann, es sei denn, er wünscht von sich aus Hilfe anderer ... Ich möchte wünschen, daß die inhaftierten RAF-Mitglieder einsehen, daß die gegenwärtigen Haftbedingungen bestehenbleiben müssen. Ich bin überzeugt, daß nur so Möglichkeiten zur Selbstbesinnung des einzelnen oder der einzelnen geschaffen werden oder erhalten bleiben können.

**Dr. Penner (SPD):** ... Ich weiß ..., daß gerade bei schwersten Straftaten der Strafcharakter der Sühne gewichtig ist, auch weil das Ansteigen übermächtig werdender privater Vergeltungssuche gerade dadurch aufgefangen wird. Das darf jedoch nicht als Brücke für schematisiertes Handeln verstanden werden. Strafvollzug und Strafvollstreckung erlauben nach dem geltenden Recht differenziertes Vorgehen auch bei Tätern, die gefährlich sind, die gefährlich gewesen sind oder die sich gefährlich gebärden. In diesem Rahmen ist es nicht verantwortungslos, sondern eher das Gegenteil mit zu bedenken, wie sich ein Handeln oder Unterlassen von Behörden für oder gegen die innere Sicherheit auswirken kann. Gerade deshalb ist es wichtig, daß die nun nicht gerade für weltentrückte Duseleien und Verschwommenheiten ausgewiesenen Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik dabei Anstöße geben, um aus den Problemen herauszukommen. ... Gewiß dürfen wir nicht der Gefahr erliegen, beklagte Sachverhalte für gegeben zu erachten, weil sich die beschwerdeführenden Häftlinge größerer öffentlicher Aufmerksamkeit sicher sein können als andere. Aber ebenso falsch wäre es, auch nur den Eindruck unbeweglicher Prinzipienreiterei zu erwecken, wenn es denn so wäre. Wir möchten dazu ermutigen, den Rat gerade der auf Wahrung der Interessen der inneren Sicherheit verpflichteten Behörden unbefangen zu gewichten ...

**Geis (CDU/CSU):** Sie (die Gefangenen — Red.) wollen doch von der Revolution nicht ablassen. Das betonen sie doch in ihrer Erklärung zum Hungerstreik. Ich meine, wir sollten alles tun ..., den Weg zurück in die Gesellschaft zu ermöglichen. Das geht aber nicht durch Zusammenlegung. Es geht vielmehr nur ..., indem sich die Terroristen von ihren Straftaten abwenden, indem sie von ihren politischen Zielen — wie sie es nennen —, von ihren verbrecherischen Zielen — wie ich es nennen — ablassen und umkehren ...

**Eylmann (CDU/CSU):** ... Ich habe die Info-Blätter, die von den Angehörigen der RAF-Häftlinge veröffentlicht werden, mit einer Mischung aus Erschrecken und Ratlosigkeit gelesen. Natürlich ist man zunächst immer wieder erschrocken über das Maß an Fanatismus, an Menschenverachtung, das aus den Verlautbarungen der Häftlinge selbst spricht. Größer war allerdings noch das Erschrecken darüber, daß dieser Fanatismus in größerem Maße wieder auf die Angehörigen und Sympathisanten übergegriffen zu haben scheint. Wir Angehörigen — heißt es dort — sind mit dem Kampf unserer Kinder, Geschwister, Freunde fest und solidarisch verbunden. Dort wird also nicht ein mäßigender Einfluß ausgeübt. (Frau Dr. Vollmer (GRÜNE): Haben Sie leider recht! — Frau Nickels (GRÜNE): Haben Sie recht, Herr Eylmann, völlig recht!) Man versucht nicht, die Häftlinge von ihrem Tun abzuhalten. Nein, man stärkt ihnen den Rücken und versucht, ihnen den Eindruck zu vermitteln, daß sich überall in der Bundesrepublik und in der Welt Solidaritätskomitees bilden. Welch eine schreckliche Verirrung, Frau Nickels: Eltern halten ihr Kinder nicht von einem qualvollen Selbstmord ab, (Frau Nickels (GRÜNE): Das stimmt! Da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Eylmann!) sondern versuchen, ihn zu einem Instrument im politischen Kampf zu machen ...

**Veranstaltung zum Hungerstreik**

**Schweinfurt. 23.03.89** Mit einer gemeinsamen Erklärung ruft eine Aktionseinheit in Schweinfurt zu einer Veranstaltung „Die Justizminister müssen die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen sofort erfüllen!“ am Samstag, den 01. April auf. Die Erklärung wird unterstützt von Arbeitskreis Kommunalpolitik, Bunte Hilfe Nordbayern, DFG/VK, DGB-Kreisjugendausschuß, DKP, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband, Die GRÜNEN, Jugendclub Courage, Jungdemokraten Bayern, Kulturhaus „Die Schreinerei“, Kulturwerkstatt „Disharmonie“, Volksfront, VSP. In der Erklärung heißt es u.a.: „Wir erklären: Wer unmenschliche und menschenunwürdige Haftbedingungen wie Isolationshaft aufrechterhält, und wer für die Fortsetzung solcher Art von Folter den Tod von Gefangenen in Kauf nimmt, handelt menschen-

*rechtswidrig. Wir fordern die Abschaffung der unmenschlichen Haftbedingungen, die sofortige Erfüllung der Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen. Wir fordern insbesondere die bayerische Justizministerin Berghofer-Weichner dazu auf. Wir fordern die Beseitigung des § 129 a, mit dem jede Kritik an den Haftbedingungen unterdrückt werden soll. Wir erklären, daß wir die Öffentlichkeit über den Hungerstreik und seine berechtigten Forderungen informieren werden. Die Resolution geht zur Kenntnis an die Fraktion der GRÜNEN im bayerischen Landtag. Die Fraktion möge im Sinne dieser Erklärung im Landtag die Erfüllung der Forderungen der politischen Gefangenen durch das bayerische Justizministerium fordern.“*

### **Erklärung einer Veranstaltung der Grünen am 22.3.1989 in Heidelberg**

#### *Keinen Tag länger Isolationsfolter!*

Seit dem 1.2.1989 befinden sich etwa 50 Gefangene im Hungerstreik. Sie haben schriftlich erklärt, welche Verhältnisse sie zur Verweigerung der Nahrungsaufnahme gezwungen haben, nämlich die von den Justizbehörden gegen sie vollzogenen Haftbedingungen. Diese seit Jahren bestehenden Bedingungen der Isolationshaft sind menschenrechtswidrig. Sie verstoßen gegen internationale Abkommen, die die Bundesrepublik unterzeichnet hat und zu deren Einhaltung alle staatlichen Stellen verpflichtet sind. Isolationshaft ist unmenschlich und zielt auf die Persönlichkeitsvernichtung der in Isolationshaft gehaltenen Gefangenen.

Die Meinungsäußerungen der Gefangenen werden durch eine fast vollständige Nachrichtensperre, die von den Behörden ausdrücklich gewollt, angeordnet und verteidigt wird, unterdrückt. Nicht wenige Vertreter staatlicher Stellen behaupten, daß eine Unterstützung der Gefangenen illegal ist. Wer versucht, den Meinungsäußerungen der Gefangenen in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen, wird mit Ermittlungsverfahren nach § 129a bedroht oder überzogen. Dies ist vollständig ungerechtfertigt. In Artikel 17 des Grundgesetzes heißt es:

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Die im Hungerstreik stehenden Gefangenen haben von diesem Grundrecht Gebrauch gemacht. Sie haben eine massive und berechtigte Beschwerde gegen ihre unmenschlichen Haftbedingungen schriftlich vorgebracht und sie an die zuständigen Stellen gerichtet. Die Beantwortung der Beschwerde durch die zuständigen Stellen, nämlich die Justizministerien der Länder, steht seit fast zwei Monaten aus. Die Gefangenen haben auch erklärt, daß sie nur deswegen hungern, weil sie keine andere Möglichkeit sehen, die Behörden dazu zu bringen, ihrer gesetzlichen Pflicht auf Beantwortung und Abhilfe von Beschwerden nachzukommen.

Die Nichtbeantwortung der Beschwerde durch die Behörden ist grausam. Die zuständigen Beamten könnten und müßten den Gefangenen Gründe für die Aufrechterhaltung der Haftbedingungen mitteilen oder der Beschwerde sofort durch Änderung der Haftbedingungen abhelfen. Da es keine Rechtsgründe für die Beibehaltung der Isolationshaft gibt, können die Behörden auch keine vorbringen. Wir halten es daher für sicher, daß den zuständigen Stellen seit längerem Memoranden vorliegen, wie dem Protest und den Beschwerden der Gefangenen abgeholfen werden soll. Damit halten die Behörden aber hinter dem Berg. Wir können dies nur so interpretieren, daß die Verantwortlichen solange abwarten wollen, bis der erste Gefangene verhungert ist.

Wir schließen uns hiermit der Beschwerde der Gefangenen an und unterstützen die von den Gefangenen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Abhilfe. Wir verlangen von den Behörden, daß sie die Beschwerde der Gefangenen sofort, umfassend, in allen Einzelheiten und ausführlich begründet schriftlich beantworten, d.h. ihrer gesetzlichen Verpflichtung endlich nachkommen.

(Von ca. 45 Anwesenden ohne Gegenstimmen verabschiedet).

### **Leserbrief aus der „Frankfurter Rundschau“, 23.3.89**

Seit Februar sind Häftlinge, die der „Roten Armee Fraktion“ und ähnlichen politischen Gruppen angehören, neuerlich in einen Hungerstreik getreten. Daß Häftlinge zu dieser Form des Protests greifen, zeigt an, daß sie sich in einer verzweiferten Lage befinden. Sie appellieren unter Einsatz von Gesundheit und Leben an die für ihren Strafvollzug zuständigen Behörden und an die Öffentlichkeit, ihre Haftbedingungen zu normalisieren, das heißt, auf das über sie aus „Sicherheits“-Gründen verhängte besondere Regime zu verzichten. Die besonderen Haftbedingungen für nach § 129a verurteilte Gefängnisinsassen bestehen vor allem in einer weitgehenden Isolierung der „politischen“ von den normalen Häftlingen und des einzelnen politischen Häftlings von seinesgleichen. Was jedem, der sich in die Situation eines in Isolation gehaltenen Häftlings versetzt, deutlich wird, bestätigen inzwischen auch Sachverständige: Die Minimierung des für Menschen lebensnotwendigen Sozialkontaktes und die Reduktion ihrer Sinneserfahrung (durch schalldichte Zellen mit Sichtblenden) ist eine Quälerei, eine Art Folter.

Die Inhaftierung von Menschen, die glauben, sie könnten durch Attentate auf bestimmte Personen oder Institutionen Staat und Gesellschaft verändern, soll sie zunächst einmal an weiteren Attentaten hindern; darüber hinaus soll die Haftzeit ihnen — wie allen anderen Häftlingen — die Möglichkeit bieten, sich auf das Leben in Freiheit vorzubereiten. An den besonderen Strafvollzugsbedingungen, denen bestimmte politische Häftlinge unterliegen, läßt sich aber ablesen, daß im Umgang mit ihnen ausschließlich die vorgeblichen Sicherheitsinteressen der Strafvollzugsbehörden zur Geltung kommen. Wie sollen Menschen Sinn und Unsinn ihres Handelns reflektieren, deren Informationsmöglichkeiten man beschränkt, denen man Kontakte zu anderen erschwert und deren Gesundheit durch langdauernde Isolation unterminiert wird? Die Isolationshaft ist kein Mittel zur (wie immer verstandenen) „Resozialisierung“. Und sollte man nicht gerade am Strafvollzug Rechtsstaat und Unrechtsstaat unterscheiden können?

Die Folter ist, nachdem sie im Gefolge der Französischen Revolution in Europa weitgehend abgeschafft war, in den vergangenen Jahrzehnten in immer mehr Ländern zu einer staatlich organisierten oder tolerierten Repressionstechnik geworden. Ein Erbe der so gern vergessenen NS-Diktatur ist, daß in der Bundesrepublik die internationale Ausbreitung der Folter nicht wachsam verfolgt und politisch bekämpft, sondern gleichgültig hingenommen wird. Folter in fremden Ländern ist hier kein Thema. Und wenn die Folter in Gestalt der Isolationshaft, als sogenannte „weiße“ Folter, dem Kampf gegen den „Terrorismus“ gilt, gesellt sich zur Indolenz die Berührungsangst. Ist nicht der, der gegen die Isolationshaft spricht, Spießgeselle der „Terroristen“? Und verdiente er es nicht eigentlich, gerade dem unterworfen zu werden, für dessen Abschaffung er sich einsetzt?

Die Freudsche Psychoanalyse, die wir vertreten, richtet sich gegen das Vergessen, gegen private und öffentliche Denkbote. Darum halten wir uns nicht an die stille Übereinkunft, die Folter zu „beschweigen“. Darum respektieren wir die Spielregeln nicht, so zu tun, als sei die Isolationshaft nur eine böswillige Erfindung von „Staatsfeinden“. Das Schweigen ist aus Angst und verhohlenem Einverständnis geboren. Wir billigen den Kampf des Staates gegen „Terroristen“ in den Gefängnissen mittels der Isolationshaft nicht.

Es geht nicht um eine Privilegierung politischer Häftlinge, sondern um die Abschaffung ihres Sonderstatus in den Haftanstalten: um die Aufhebung der Isolationshaft und der Informationsbeschränkungen und um Haftverschonung für die Haftunfähigen.

Werner Bohieber, Dipl. Psych., Prof. Dr. Helmut Dahmer, Heidi Fehlhaber, Prof. Dr. Alfred Krowoza, Dr. Margarete Mitscherlich-Nielsen, Dr. Lutz Rosenkötter und Mechtild Zeul, Dipl. Psych. für die Redaktion PSYCHE, Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen.

Südafrika/Azania

## Kampagne der Gewerkschaften gegen Todesurteile

Der Dachverband schwarzer Gewerkschaften NACTU und die schwarze Gewerkschaft im Bereich Handel und Dienstleistungsgewerbe CCAWUSA (Commercial Catering and Allied Workers Union of South Africa) haben Kampagnen zur Rettung des Lebens von zum Tode Verurteilten aufgenommen. Die CCAWUSA ist Mitglied des Dachverbandes COSATU. Es geht konkret um 25 Menschen aus der Stadt Upington und den CCAWUSA-Vertrauensmann William Ntombela.

### Das Urteil gegen die „Upington 25“

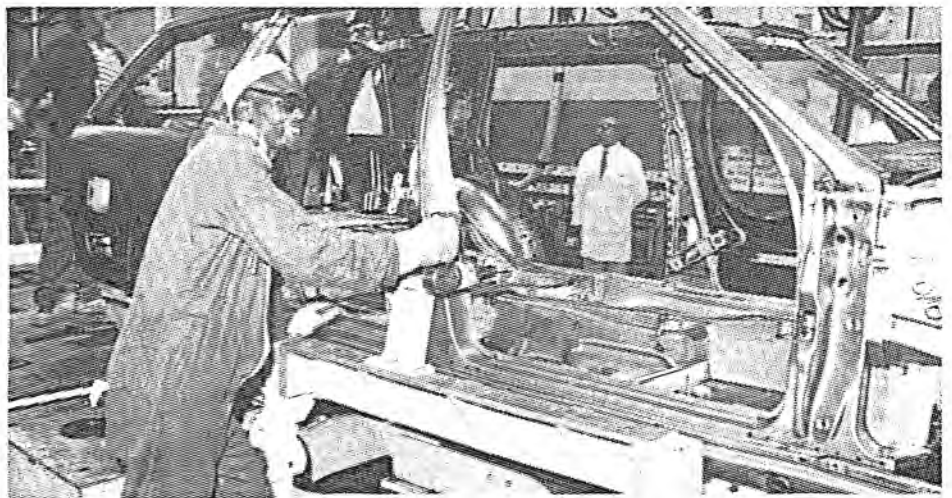
25 Menschen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren, darunter zwei Frauen, wurden im Mai 1988 wegen Mordes an einem Polizisten verurteilt. Der Prozeß dauerte 18 Monate. Von Beginn des Verfahrens 1986 bis zum Februar 1988 wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt, da einige Angeklagte noch minderjährig waren. Die heute 22-jährige Xoliswa Dube war bei der Verhaftung schwanger und gebar im Gefängnis eine Tochter. Das Kreisgericht Northern Cape Circuit Court befand die 25 wie im Falle der Sechs von Sharpeville wegen gemeinschaftlicher Absicht schuldig. Die 25 sind Einwohner des Townships Paballello in Upington in der nördlichen Kapprovinz. Der Vorfall, der zur Tötung des Polizisten führte, ereignete sich am 13. November 1985.

An diesem Tag fand eine Einwohner-Versammlung des Townships im Fußballstadion statt. Über 3000 Menschen hatten sich versammelt, um über die hohen Mieten und weitere Forderungen zu diskutieren. Zwei Tage zuvor waren vier Schwarze in Upington von der Polizei erschossen worden. Die Versammlung wurde von der Polizei mit Tränengas aufgelöst. Danach wurde das Haus des Polizisten Lucas Sethwala von einer Gruppe Menschen mit Steinen beworfen. Sethwala schoß mit seinem Gewehr in die Menge und verletzte jemanden. Danach floh er. Die Menge verfolgte ihn und faßte ihn auf einem naheliegenden Feld. Er wurde mit seinem Gewehr auf den Kopf geschlagen, was nach Aussagen eines Pathologen zum Tode führte. Danach wurde sein Körper mit Steinen beworfen und dann angezündet.

Die Angeklagten erklärten alle, nichts mit der Tötung zu tun zu haben. Nicht einmal ihre Anwesenheit beim Vorfall vor dem Haus des Polizisten konnte von der Staatsanwaltschaft eindeutig bewiesen werden. Zwei der Angeklagten widerriefen Aussagen, daß sie dabei gewesen waren. Sie erklärten vor Gericht,

daß diese von der Polizei erpreßt worden waren.

Das Gericht hielt es für erwiesen, daß die 25 Angeklagten sich in der Menschenmenge, die das Haus mit Steinen beworfen hatte, befunden haben. Das Gericht behauptete, die Menschenmenge wollte den Polizisten aus seinem Haus vertreiben, um ihn zu töten. Das Gericht befand, daß allein der gemeinsame Wille für die Verurteilung wesentlich sei. Darauf begründete das Gericht seinen Schuldspruch. Die Verteidigung hat bis Ende Februar 1989 schuld mindernde Umstände nachzuweisen. Dann befindet das Gericht darüber, ob die „Upington 25“ gehängt werden sollen.



Konzerne wie Daimler-Benz sind die Hauptstützen des Kolonialregimes. Bild: Im Daimler-Benz-Werk in Südafrika.

### Berufung von W. Ntombela abgelehnt

William Ntombela, Mitglied der Gewerkschaft CCAWUSA, hat das Berufungsverfahren gegen das gegen ihn verhängte Todesurteil verloren. Er sitzt in der Todeszelle des Zentralgefängnisses in Pretoria.

William Ntombela war Vertrauensmann der CCAWUSA bei der Firma Nels. Diese gehört zu der OK-Bazaars Ladenkette, dem größten Einzelhandelsunternehmen in Südafrika. Als Vertrauensmann der CCAWUSA hat William Ntombela im Sommer 1986 an einem Streik gegen Nels teilgenommen. Rund 1000 Arbeiterinnen streikten gegen Hungerlöhne, den von der südafrikanischen Regierung verhängten Ausnahmezustand und entwürdigende Arbeitsbedingungen.

Die Nels-Firmenleitung entließ die 1000 Streikenden. Polizei wurde einge-

setzt, die Arbeiterinnen wurden aus ihren Unterkünften vertrieben. Die Polizei verhaftete alle. Während des Streiks kamen am 18. Juni ein Fahrer von OK-Bazaars und ein weiterer Mensch ums Leben. Im ganzen Land organisierte die CCAWUSA die finanzielle Unterstützung der Arbeiterinnen und ihrer Familien.

Der Prozeß wegen des Todes der zwei Menschen wurde vor dem Rand Supreme Court, dem Obersten Gerichtshof, gegen William Ntombela geführt. Er wurde als einer der CCAWUSA-Verantwortlichen bei diesem Streik am 12. November 1987 des Mordes in zwei Fällen für schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Die CCAWUSA wertete die Verurteilung als „staatlichen Racheakt“ für ihre in den letzten zwei Jahren erfolgreiche Organisation der Arbeiter in der Kampagne für einen Lohn, der zum Leben reicht. Der Durchbruch in dieser Kampagne war gerade 1986 bei den OK-Ba-

zaars gefallen. Nach dem Streik bei Nels hatte die CCAWUSA nach Scheitern der Lohnverhandlungen bei OK-Bazaars dort in einem zehnwöchigen Streik erstmals einen Mindestlohn, einen sechswöchigen Mutterschaftsurlaub und Anerkennung der Jahrestage von Sharpeville und des Soweto-Aufstands sowie den 1. Mai als bezahlte Feiertage durchgesetzt. Das war nur durch die Unterstützung fast sämtlicher Gewerkschaften und politischer Organisationen möglich gewesen. Internationale Solidarität und Zahlung von rund 1 Mio. DM als Streikbeihilfe — die CCAWUSA verfügt über keine Streikkasse — durch die FIET (Internationaler Bund der Privatangestellten) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) war geleistet worden.

### Kampagne gegen die Todesurteile

Die CCAWUSA hat eine landesweite



Kampagne zur Rettung des Lebens von William Ntombela, für die Beseitigung des Todesurteils und seine Freilassung aufgenommen. Verschiedene geplante Massenversammlungen und ein Solidaritätskonzert waren Ende 1988 von der Rassisten-Regierung verboten worden. Die CCAWUSA hat im Januar Petition gegen die drohende Hinrichtung an die Regierung in Pretoria gerichtet. Diese Petition ist von vielen Menschen unterschrieben worden. Die CCAWUSA hat die Gewerkschaften im Dachverband COSATU und im Dachverband NACTU aufgerufen, gemeinsam für William Ntombela und die anderen vom Tode bedrohten Gefangenen zu kämpfen. Der Dachverband NACTU hat jetzt landesweit die Kampagne zur Rettung der „Uppington 25“ begonnen.

Die CCAWUSA ruft dringend die westdeutsche Öffentlichkeit und die Gewerkschaften zur Solidarität mit William Ntombela auf: „Zurückblickend waren die Ereignisse am 18. Juni 1986 so emotional, keiner konnte die Situation kon-

trollieren. Aber heute, alles hat sich geändert, alles, was wir brauchen, ist Gerechtigkeit, damit unsere Hoffnung in Erfüllung geht. Laßt nicht Eure Hände von der Sache, das gebietet auch der Glaube in den Kampf der Arbeiterklasse. Vergeßt nicht die anderen Genossen, die dem gleichen Problem ins Gesicht sehen.“

Die Gewerkschaft HBV hat schon im letzten Jahr ihre Solidarität im Kampf gegen das Todesurteil gegen William Ntombela bekundet und zu einer Spendensammlung für die Prozeßkosten aufgerufen. 15000 DM waren innerhalb von drei Monaten zusammen gekommen. Auch über die Verurteilung der „Uppington 25“ hat die HBV in ihrer Zeitung „ausblick“ berichtet.

Es sollten jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, diese Kampagne in den Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu unterstützen.

Die Forderung nach Beseitigung der Todesurteile und für die Freilassung der Gefangenen sind zu richten an:

President P.W. Botha, States President



Gerichtsverhandlung in Südafrika/Azania

Office, Private Bag, X 213, Pretoria 0001, RSA

Kanzler der südafrikanischen Botschaft, Auf dem Hostert 3, 5300 Bonn  
Bundesaußenministerium, Minister Genescher, Postfach, 5300 Bonn

Quellenhinweis: London Guardian 9.5.88, Weekly Mail 5.—12.5.88, Arise Vukani Aug. 88, AZAKO-Nachrichten 2/89, CCAWUSA-News Juni 87 und Aug. 88 — (rub, uld)

## Erneut Gefangene im Hungerstreik

Von Anfang Januar bis Ende Februar führten mehrere hundert Gefangene in südafrikanischen Gefängnissen einen Hungerstreik durch. Sie sind zum Teil seit mehr als drei Jahren ohne Angabe von Gründen und ohne Gerichtsurteil in Haft. Sie forderten die Freilassung oder endlich die Eröffnung eines Verfahrens. Adriaan Vlok, Minister für Sicherheit und Ordnung, sagte zunächst zu, daß die meisten freigelassen werden sollten. Daraufhin brachen die mehr als 170 Hungerstreikenden im Gefängnis von Johannesburg die Aktion ab, die Inhaftierten im Gefängnis von Port Elizabeth führten ihren Hungerstreik zunächst fort. Mehr als dreihundert Gefangene mußten in Krankenhäuser verlegt werden.

Kurz nach Beendigung des Hungerstreiks zeichnete sich jedoch ab, daß sich die Regierung nicht an ihr öffentlich gegebenes Versprechen halten würde. Bislang ist nur von 50 Gefangenen bekannt, daß sie freigelassen worden sind, die meisten von ihnen mit strengen Bannauflagen. Das heißt, sie dürfen sich nicht von dem ihnen zugewiesenen Wohnort entfernen, sie dürfen nicht mit mehr als zwei Personen gleichzeitig zusammen sein, sie dürfen keine politischen Veranstaltungen besuchen, müssen sich regelmäßig bei der Polizei melden.

Gegen dieses Vorgehen der Regierung protestierten erneut Gefangene. Im Diepkloof-Gefängnis sind erneut 70 Gefangene in den Hungerstreik getreten. Vier Häftlinge, die während ihres Hungerstreiks in ein Krankenhaus ver-

legt worden waren, flüchteten von dort in die Botschaft der BRD und konnten so ihre Freilassung erreichen, allerdings sind auch sie mit scharfen Restriktionen belegt. Zu Ostern sollen erneut Gefangene in die westdeutsche Botschaft geflüchtet sein.

Die südafrikanische Regierung versucht zu verhindern, daß durch den Hungerstreik Gefangene sterben. Die innere und die internationale Reaktion könnte sie unter erheblichen Druck bringen. Vlok erklärte, die Regierung wünsche nicht, daß die Befreiungsbewegung durch den Hungerstreik neue Märtyrer erhalte. Deshalb sei sie zu „Zugeständnissen“ bereit. Das hält die Regierung jedoch nicht davon ab, weitere Verhaftungen ohne Anklage und mit unbestimmter Dauer vornehmen zu lassen. Solange das Kriegsrecht gilt, will sie alle Möglichkeiten der Unterdrückung, die sie sich damit geschaffen hat, auch nutzen, teilte Vlok ausdrücklich während der Verhandlung mit Rechtsanwälten von hungerstreikenden Gefangenen mit.

Obwohl die Regierung den Forderungen der Gefangenen nicht nachgegeben hat und erneut Gefangene im Hungerstreik sind, bezeichneten die örtlichen und regionalen Organisationen, die sich um Gefangene und die Angehörigen kümmern, die Aktionen als Erfolg. „Vlok hat eine öffentliche Zusage gemacht. Wenn die Regierung diese Zusage nicht einhalten will, wird er überall darauf angesprochen werden“, kündigte eine Organisation von Angehörigen an. (1)

Quellen: (1) Independent v. 17.2.89; AZAKO-Nachrichten Nr. 2/89; Unsere Zeit v. 23.3.1989

## El Salvador

### Wahlsieg der Arena-Partei

Im Februar machte die FMLN mit einem Friedensangebot von sich reden: Verschiebung der Präsidentschaftswahlen auf September, um die Guerilla in eine Partei umwandeln zu können; Reduzierung der Armee auf ein Viertel; Organisation einer zivilen Polizei; Bestrafung der Verantwortlichen für Massaker an Zivilpersonen. Als Gegenleistung bot die FMLN einen Waffenstillstand an; sie wären bereit gewesen, „eine einzige Streitkraft anzuerkennen“. Die vier größten Gewerkschaften El Salvadors begrüßten die Vorschläge; ebenso die USA, was zur Einstellung von Anschlüssen der FMLN auf US-Einrichtungen führte.

Es kam zu Verhandlungen in Mexiko, die von der FMLN eine Woche vor der Wahl als Hinhaltetaktik entlarvt und deshalb abgebrochen wurden. Verteidigungsminister Casanova drohte bei Wahlverschiebung offen mit Putsch.

In sechs Gemeinden konnte aufgrund einer Offensive der FMLN nicht gewählt werden, weitere 22 Gemeinden sind eh in der Hand der Guerilla. Die Offensive legte 80% der Stromversorgung und das Transportwesen völlig lahm. Die FMLN forderte zum Wahlboykott auf.

Wahlsieger wurde der Kandidat der ARENA-Partei, der 42jährige Kaffeemillionär Christiani. Das Wesen der ARENA wird in ihrer Hymne deutlich:

„Freiheit wird mit Blut geschrieben“, heißt es da, oder: „El Salvador wird für die Roten zum Grab werden.“ Christiani erlangte 59%, der christdemokratische Kandidat Mena knapp 35%, das Bündnis einzelner FDR-Fraktionen „Convergencia Democrática“ lediglich 2,8%. Die Wahlbeteiligung wurde inoffiziell auf 50% geschätzt. 21 US-Politiker als Wahlbeobachter sprachen von einer „freien und fairen Wahl“. Anfangs wunderte sich nur die FMLN über Ergebnisse aus Bezirken, wo gar nicht gewählt wurde. Inzwischen sprechen auch die Christdemokraten von Wahlbetrug.

Natürlich ging auch die Repression weiter: z.B. drei tote Journalisten während des Wahlsonntags.

Der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Holtz forderte die Einstellung von Zahlungen für El Salvador. Die ARENA sei mit Teilen des Militärs hauptverantwortlich für bisher ca. 70000 Tote des Bürgerkriegs. Eine Sprecherin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) entgegnete lediglich, daß El Salvador im Juni 1988 67 Mio. DM erhielt. Man kann von einer weiteren „Entwicklungshilfe“ durch das BMZ ausgehen, werden doch durch ein kommunales Förderungsprojekt längst auch faschistische ARENA-Bürgermeister mitfinanziert.

Quellen: TAZ, FAZ, Süddeutsche, FR, alle 21.3.; El Salvador-Report Nr. 28; — (zwk)

## DDR

### SED-Positionen gegen Marktpreise

In Vorbereitung des XII. Parteitages der SED machen sich einflußreiche Kräfte innerhalb der Partei für die Beibehaltung der planwirtschaftlichen Preisstützungspolitik — gegen wahrscheinlich nicht unwesentliche Positionen der Intelligenz, die für marktwirtschaftliche Änderungen eintreten — stark.

Professor Dr. Otto Reinhold, Mitglied des ZK der SED, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Leiter des Lehrstuhls für Politökonomie, schreibt in einem Aufsatz der Zeitung „Neues Deutschland“ dazu: „Die 7. Tagung des ZK der SED ... hat in Vorbereitung auf den XII. Parteitag die Grundpositionen unserer Politik der neunziger Jahre beraten und Hauptrichtungen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft formuliert. Völlig klar ist dabei, daß wir in der DDR die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent fortsetzen werden. Dies steht nicht zur Diskussion ... In der intensiven und vielfältigen Diskussion über die weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande spielt in diesem Zusammenhang die Frage der Preispolitik eine große

Rolle.“

Es geht darum, ob es richtig und möglich ist, die Stabilität der Preise des Grundbedarfs, der Mieten und Tarife, über die achtziger Jahre hinaus durch umfangreiche Subventionen beizubehalten: „Von allen wird die Tatsache hochgeschätzt, daß in der DDR, im Unterschied zu fast allen unseren Nachbarn, heute ein Brötchen, ein Kilogramm Brot oder Fleisch, eine Kilowattstunde Elektroenergie ebensoviel kostet wie vor dreißig Jahren.“ Während in den kapitalistischen Ländern für die Wohnungsmiete bis zu 35% eines Monatseinkommens ausgegeben werden müssen, sind es in der DDR nur rund 3%. Schulbesuch, Studium und medizinische Betreuung sind völlig kostenlos.

Das Lager der „Erneuerer“ will statt Preisstützungen „marktgerechte“ Preise, die durch Anhebung der Einkünfte bezahlbar würden. Dagegen argumentiert Prof. Reinhold: „Aus dem Staatshaushalt der DDR werden für die Stabilität der Preise jährlich zwischen 50 und 60 Mrd. Mark aufgewendet. Würden sie gestrichen, (würde das) Preiserhöhungen zwischen 20 und 400 Prozent bedeuten.“ Er spricht gegen die Abschaffung der Preisstützungen, die durch Einkommensverbesserungen aufgefangen werden sollen: „Egal welche Prinzipien man für eine entsprechende Einkommenserhöhung auch ausklügeln wird, sie wirkt sich auf einzelne Bürger, Gruppen und Schichten immer ungleichmäßig aus. Wie alle Beispiele einzelner sozialistischer Länder zeigen, haben jene Gruppen und Schichten mit niedrigem Einkommen, insbesondere Rentner, die größten Nachteile zu tragen. Auf jeden Fall wäre damit eine Umverteilung des Nationaleinkommens verbunden, die mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun hat.“ Reinhold begründet die Stützung der Mieten: „... die Wohnung (ist) zu erschwinglichen Mieten ein Grundelement sozialer Sicherheit ... die Wohnung (darf) nicht als Ware gehandelt werden.“

Gegen die „Befürchtungen“ der werktätigen Intelligenz, anhaltende Preisstützung für solche Grundbedarfsmittel würde ihre Einkommen schmälern, führt er aus: „Das wesentliche ist die Tatsache, daß (der Staatshaushalt) zu fast 80 Prozent aus den Gewinnen der sozialistischen Betriebe finanziert wird. Nur etwa 20 Prozent der Einnahmen werden durch Steuern und andere Formen eingebracht.“

Die BRD-Imperialisten stärken demgegenüber die „marktinteressierten“ Kräfte innerhalb der SED: „Der Reformdruck wächst ... Auf Sicht wird die DDR um eine breite Belebung der Privatinitiative nicht herumkommen“, schreibt der vom BDI gesteuerte „Informationsdienst der deutschen Wirtschaft (iwd)“.

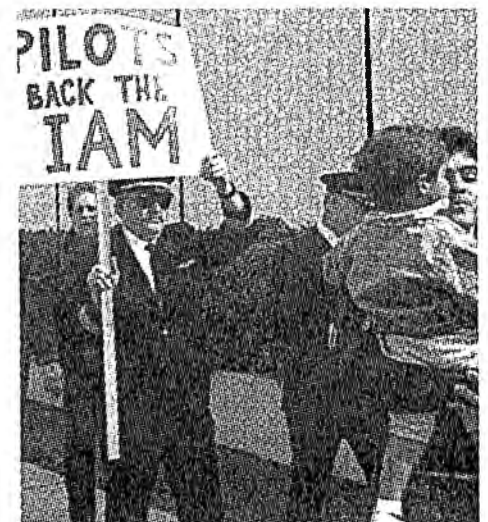
Quellenhinweis: Neues Deutschland, 13.2.89; iwd Nr. 11, 16.3.89 — (mal)

## USA

### Streik bei Eastern Airlines

Am 9. März, 5 Tage nach dem Beginn des Streiks des Bodenpersonals, hat Eastern Airlines Konkurs angemeldet. Seit mehr als zwei Jahren hat Frank Lorenzo, der Chef von Eastern's Konzernmutter Texas Air, auf diesen Punkt zugesteuert und ebenso lange haben die Gewerkschaften des Bodenpersonals, der Stewardessen und der Piloten das zu verhindern versucht. Denn das US-Konkursrecht erlaubt den Kapitalisten, nach Konkursanmeldung ihre Tarifverträge mit den Gewerkschaften zu beenden.

Frank Lorenzo ist berüchtigt als der Kapitalisten-Rambo gegen Gewerkschaften.



Unterstützungsaktion von Piloten für die Streikenden

ten in seinem Konzern. 1983, ein Jahr nachdem er Continental Airlines gekauft hatte, setzte er das Konkurs-Schwert schon einmal ein, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten bei Continental durch Unorganisierte zu wesentlich geringeren Löhnen ersetzen zu können. Jedoch, trotz 18% geringeren Lohnkosten als der Durchschnitt der US-Fluggesellschaften und trotz Rekordprofiten der meisten Fluglinien im letzten Jahr hat Continental ununterbrochen Verluste produziert.

Die Auseinandersetzungen zwischen Beschäftigten und Firmenleitung bei Eastern und deren Verluste dauern seit 14 Jahren an. Nach 100 Mio. \$ Verlust 1975 gehen die Gewerkschaften auf einen Lohnstopp ein. Drei Jahre macht Eastern Gewinn. 1980 ist Eastern wieder in den roten Zahlen. Inzwischen hat die 1978 verfügte Deregulierung der Luftfahrtindustrie den Konkurrenzkampf in das höhere Stadium der Schlacht um den Kunden auf den lukrativsten Routen gehoben, mit Dumpingpreisen und Aufstockung der Flugzeugflotte. Easterns

Schulden steigen. 1981, 1982, die Verluste steigen. 1983 nehmen die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine Lohnsenkung von mindestens 18% im Tausch gegen 25% der Aktien und vier Aufsichtsratssitze hin. Das angeordnete Konkursverfahren wird nicht eingesetzt. Eastern hat 180 Mio. \$ Verluste. 1984: 40 Mio. Verlust. 1985: Eastern versucht Lohnkürzungen noch ein Jahr zu verlängern, muß aber schließlich vollen Lohn zahlen. Gewinn: sechs Mio.

1986 wird Eastern von Frank Lorenzo's Texas Air gekauft. 1500 Beschäftigte werden entlassen und eine 20%ige Lohnsenkung für Stewardessen verfügt. Verlust: 130 Mio. Eastern muß 10 Mio. \$ Strafe wegen Verstoß gegen Sicherheitsbestimmungen bezahlen. 1987 lehnt die Gewerkschaft des Bodenpersonals Easterns Tarifvertragsangebot ab (Seitdem laufen die Verhandlungen, die jetzt zum Streik führten). Eastern entläßt 3500. Verlust: 180 Mio. \$. 1988: Die Vertragsverhandlungen kommen zum Stillstand; Verluste: 390 Mio. \$. Seit dem Kauf hat Lorenzo wertvolle und profitable Bestandteile von Eastern für einen Apfel und ein Ei an andere Töchter seines Konzerns „verkauft“ und sich von Eastern Geld geliehen.

Die Bourgeoisie steht keineswegs geschlossen hinter Lorenzo. Die Auseinandersetzung zwischen Lorenzo und den Gewerkschaften habe sich zu einem „heiligen Krieg“ entwickelt, beklagte ein Eastern-Rechtsanwalt. Der exemplarische Fall Eastern — weiter steigende Verluste nach Lohnkonzessionen; die planvolle Zerstörung einer Firma, nur um die Gewerkschaft zu zerschlagen — hat viel dazu beigetragen, den sich ausbreitenden Widerstand gegen die anhaltenden Forderungen der Kapitalisten nach Lohnkonzessionen in die Gewerkschaftsführungen hoch zu tragen. Der Streik bei Eastern hat breite Unterstützung. Gewinnen die Gewerkschaften gegen Lorenzo, dann wird das der Zurückschlagung von Lohnkonzessionen einen großen Auftrieb geben. — (ger, her)

## Kosovo

### Widerstand gegen Verfassungsreform

Am 24.3. hat das unter extremem serbischen Druck stehende Regionalparlament der südjugoslawischen Provinz Kosovo den von Serbien geforderten Verfassungsänderungen zugestimmt. Die noch unter Tito 1974 errungene weitgehende Autonomie des zu 90% von Albanern bewohnten Kosovo ist damit wieder beseitigt.

Schon vor der Entscheidung des Regionalparlaments hatten die serbische und die jugoslawische Regierung die Provinz Kosovo unter Ausnahmerecht gestellt. Jugoslawische Truppen wurden

ins Kosovo abkommandiert, zahlreiche Albaner, unter ihnen der frühere Parteichef des Kosovo, Vlasi, verhaftet, hunderte verhört. Schon Wochen vor der Entscheidung des Regionalparlaments hatten zahlreiche Arbeiter mit Streiks gegen die serbische Unterdrückungspolitik und die geplante Verfassungsänderung protestiert. So hatten die 1300 Beschäftigten des größten Bleibergwerks in Europa, „Trepca“, fast einen Monat lang gestreikt, ehe unter dem Druck des Militärs letzte Woche die ersten Arbeiter wieder einfuhren. In anderen Bergwerken und Industriebetrieben, so in der Schuhfabrik „Kommuna“ in Prizren, dauerten die Streiks auch letzte Woche noch an. Um die Streikfront zu brechen, hat die Regierung 50000 Albaner zwangsweise zur Arbeit verpflichtet.

Schon während der Beratung des Provinzparlaments letzten Freitag war es in Pristina zu erneuten Protestaktionen gekommen. Diese haben sich inzwischen stark ausgeweitet. In der Stadt Urosevac demonstrierten tausende von Albanern, vorwiegend Jugendliche, und lieferten der jugoslawischen Bundesmiliz schwere Straßenschlachten. Hunderte von Alba-

nern wurden nach dieser Demonstration festgenommen.

Auf jugoslawische Vorwürfe, die Unruhen seien von Albanien gesteuert und dienten der Zerstörung der Einheit Jugoslawiens, hatte die albanische Regierung schon Anfang März mit einer Erklärung geantwortet. Darin heißt es u.a.: „Wir weisen kategorisch die Anschuldigungen zurück, angeblich habe sich Albanien in Jugoslawiens innere Angelegenheiten eingemischt, angeblich wäre der albanische Geheimdienst in die Entwicklungen im Kosovo verwickelt, sowie die absurden Klagen, angeblich würde das albanische Fernsehen in seinen normalen Sendungen ‚Instruktionen‘ für Kosovo ausgeben ... Die Probleme Kosovos sind zahlreich. Ihre Lösung kann nicht erreicht werden durch Angriffe und Anklagen gegen andere, durch Anwendung von Gewalt gegen die Albaner, sondern nur durch Weisheit und durch kühlen Kopf. Das wäre zum Nutzen der Stabilität Jugoslawiens selbst, zum Nutzen des Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan.“

Quellenhinweis: Kölner Stadt-Anzeiger, 23. und 25.3., Roter Morgen 4/89 — (rül)

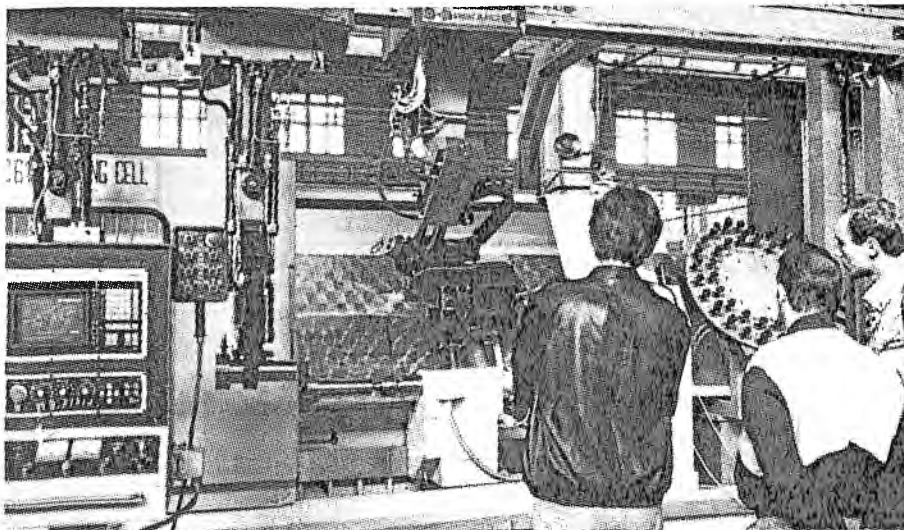
## Ungarn

### Ungarische Gewerkschaften gegen negative Reformfolgen

„Wenn wir behaupten, daß für die Gewerkschaften die Gestaltung des ‚klassischen‘ Interessenschutzes das Wichtigste ist, drücken wir zugleich auch aus, daß in Ungarn pluralistische Machtverhältnisse Gestalt annehmen“, schreibt die vom Zentralrat der Ungarischen Gewerkschaften (SZOT) herausgegebene „Rundschau“ (12/88) hinsichtlich ihres künftig anderen Verhältnisses zur Regierung in einem Ungarn, das auf dem Weg

zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ ist.

Im Dezember 1988 fand eine außerordentliche Landesberatung der Ungarischen Gewerkschaften mit mehr als 1000 Delegierten statt — eine solche Versammlung war zuletzt 1948 einberufen worden — um eine „Erneuerung“ der Gewerkschaften und der rechtlichen Grundlagen ihres Handelns zu überdenken angesichts der schweren Krise und



Die Werkzeugmaschinenfabrik ist mit CNC-Maschinen ausgestattet. Sie exportiert den Großteil seiner Produkte.



Den sofortige Abzug der südafrikanischen Okkupationsstruppen aus Namibia hat das SWAPO-Führungsmittglied Hipido Hamutenya gefordert. Noch immer werde die namibische Bevölkerung durch südafrikanische Truppen massiv eingeschüchtert, würden SWAPO-Anhänger durch Angehörige der südafrikanischen Armee ermordet. Auch die koloniale Territorialarmee und Territorialpolizei (Bild) müßten aufgelöst werden. Nur so seien freie Wahlen in Namibia möglich, erklärte Hamutenya. Der von Südafrika eingesetzte „Generaladministrator“ für Namibia hat in den letzten Wochen systematisch begonnen, südafrikanischen Soldaten und Zivilisten namibische Ausweise auszuhändigen, damit sie als „Namibier“ die Wahlen massiv beeinflussen können. — (rül)

### Türkei: Erneuter Hungerstreik von Gefangenen

Am 2. März haben politische Gefangene im Gefängnis von Amasya in der Türkei einen erneuten Hungerstreik begonnen. Die Gefangenen, unter ihnen Mitglieder von Dev Sol, PKK und anderen Organisationen, fordern die Angleichung ihrer Haftbedingungen an die im Gefängnis von Eskisehir, wo vor kurzem Gefangene nach einem Hungerstreik Hafterleichterungen durchgesetzt hatten, und die Aufhebung des 1.-August-Erlasses des Justizministers. Drei Gefangene haben Magenblutungen, der Zustand der gefangenen PKKlerin Sakine Cansiz ist sehr kritisch. Besuche der Angehörigen und der Anwälte sind untersagt, die Gefängnisleitung und die zuständige Staatsan-

waltschaft haben die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen abgelehnt. — (F.K.)

### Korsika: Streiks gegen Niedriglöhne

Seit Mitte Februar streiken korsische Lohnabhängige gegen die Niedriglöhne auf der von Frankreich annektierten Mittelmeerinsel. Seit dem 21. Februar streiken die Postbeschäftigten. Seit zwei Wochen streiken die Fluglotsen und Feuerwehrleute, seit einer Woche die Lehrer. Auch die Hafenarbeiter und Fischer haben sich den Streiks angeschlossen, so daß der gesamte Verkehr von und zur Insel blockiert ist. Die Streikenden fordern eine allgemeine Anhebung ihrer Löhne. — (rül)

### Türkei: Verluste für Özal bei Kommunalwahlen

Schwere Verluste mußte die Partei des türkischen Regierungschefs Özal, Anap, bei den Kommunalwahlen am vergangenen Wochenende hinnehmen. Nach den am Montag vorliegenden Hochrechnungen erreichte die ANAP, die bei den letzten Kommunalwahlen noch ca. 41% aller Stimmen erhalten hatte, nun landesweit nur noch ca. 22%. Die sozialdemokratische SHP wurde landesweit stärkste Partei. Sie stellt nun die Bürgermeister in den drei größten Städten des Landes, in dem bisher von einem ANAP-Bürgermeister regierten Istanbul, in Ankara und Izmir. Zweitstärkste Partei wurde die „Gerechtigkeitspartei“ Demirels, des rechten Regierungschefs vor dem Putsch der Militärs 1980. Das Wahlergebnis hat auch die Aussichten Özals, bei den Wahlen zum neuen Staatspräsidenten der Türkei im Herbst Nachfolger von Juntachef Evren zu werden, erheblich gedämpft. Unmittelbar vor den Kommunalwahlen hatte Özal noch die Vorlage einer neuen Verfassung nach den Wahlen angekündigt und angedeutet, er würde womöglich nach einem schlechten Wahlausgang für seine Partei zurücktreten. Nach den Wahlen erklärte er nun, er bleibe bis zur nächsten regulären Parlamentswahl im Jahr 1992 im Amt. Die SHP wird von İnönü, einem Sohn des früheren Staatspräsidenten İnönü, des Nachfolgers Atatürks, geführt. Schon bei den ersten Parlamentswahlen nach dem Putsch hatte die SHP klargestellt, daß sie nicht daran denkt, irgendeinen der am Putsch beteiligten Offiziere oder einen ihrer Richter, Staatsanwälte und Schergen für ihre Untaten an türkischen und kurdischen Arbeitern und Bauern zu verfolgen. — (rül)

der Tatsache, daß die Arbeiter die Lasten des Strukturwandels zu tragen haben.

„Die dreitägige Diskussion ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften inmitten der Spannungen und Konflikte unserer Tage ihre Berufung nur erfüllen können, wenn sie alle ihre Energie der Vertretung und dem Schutze der Interessen der Werktätigen zuwenden und dies zu einem ihre ganze Tätigkeit durchdringenden Hauptbestreben machen, daß heißt, daß unsere Gewerkschaften von der bisherigen zweifachen Funktion die Förderung von Wirtschaft und Produktion nicht mehr übernehmen.“ (Rundschau der Ungarischen Gewerkschaften 1/89).

Der Kongreß diskutierte über die geplanten Reallohnensenkungen (6%), die Höhe der Beträge, die für zentrale Lohnmaßnahmen verwendet werden sollen sowie über die Kompensation für die Rentner, um die Lasten der voraussicht-

lichen 12- bis 15prozentigen Preiserhöhungen zu lindern, und befand diese Beträge als zu niedrig. Die Gewerkschaften treten entschieden dafür ein, daß die „drückende Belastung durch die Inflation (nicht) ausschließlich auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird. Es ist notwendig, die Lasten auf die Arbeitnehmer, den Staatshaushalt und auf die Arbeitgeber zu verteilen.“ (RGU 12/88)

Der Kongreß sprach sich daher für den Erlass eines Gewerkschaftsgesetzes aus, das die gewerkschaftlichen Rechte regelt, zum Beispiel eine breitere Ausübung des Vetorechtes „und im äußersten Falle auch den Streik“, den Funktionären Schutz bietet und die Pflichten der „Partnerorgane“ (Staat, Arbeitgeber) definiert. Hier besteht dringend Regelungsbedarf.

Im Juni 1988 kam es zum Beispiel in Pecs zu einem Streik der Bergarbeiter, weil diese trotz des Versprechens der Regierung die Betriebstreueprämie nicht

in der Höhe des vergangenen Jahres erhalten hatten. Durch den Streik konnten sie eine Rücknahme der Kürzung erreichen. Im Januar 1989 führten zehntausende von Arbeiter in der östlichen Provinz Szabolcs-Szatmar einen zehnmütigen Warnstreik durch, weil die Regierung ihr Versprechen gebrochen hat, die Inflation auf 12% zu begrenzen.

Anfang 1989 wurden die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel um 150% erhöht, Medikamente um 80%. Diesen Monat sollen die Wasser- und Abwassergebühren um das Vierfache steigen. (Frankfurter Rundschau, 22.2.1989) Die Reallöhne sind inzwischen auf den Stand von 1973 gefallen. 1988 ist der Verkauf von Zucker um 40% gesunken, der der Kartoffeln um 27%, der Süßfrüchte um 18%, Gemüse und Obst um 12%. Die durch die Wirtschaftsreform hervorgerufene Verarmung auf der einen Seite und die Zunahme des Wohlstands bei Teilen der Bevölkerung aufgrund privater Ge-



## Spanien: Streik von Fährbeschäftigten

Seit mehreren Tagen streiken in Spanien die 1900 Seelute und Angestellten der spanischen Fährreederei „Transmediterranea“. Sie fordern eine Anhebung ihrer Löhne um 7 bis 8% und eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit auf 37,5 Stunden. Durch den Streik ist der Fährverkehr zu den spanischen Inseln (Balearen und Kanaren) schwer beeinträchtigt, teilweise verkehrt nur noch die Hälfte der Fähren. Auch die Fährverbindungen zu den spanischen Kolonialfestungen Ceuta und Mellila sind beeinträchtigt. — (rül)

## Erleichterte Betriebserlaubnis für Kernkraftwerke in den USA

Anlässlich des zehnten Jahrestags des Unfalls des Three-Miles-Island Kernkraftwerks machen sich die Kapitalisten Sorgen ums Kernkraftwerksgeschäft. Seit dem Unfall ist kein neues Kernkraftwerk in Auftrag gegeben worden. 57 Bauaufträge wurden seither zurückgezogen. Einsprüche, erhöhte Sicherheitsanforderungen, Erstellung und Genehmigung von Evakuierungsplänen usw. haben die Erteilung der Betriebserlaubnis um Jahre verzögert oder in einigen Fällen bis heute verhindert. Die Baukosten haben sich dadurch um Milliarden Dollar erhöht, teilweise verdoppelt. Einige Energieunternehmen sind dadurch in oder an den Rand des Ruins gekommen. Die Kosten von Kraftwerken können nicht ohne weiteres auf die Strompreise abgewälzt werden, bevor sie nicht in Betrieb genommen sind. Die Kapitalisten verlangen eine „Vereinfachung“ des Genehmigungsverfahrens, um die Zeit zwischen Baubeginn und Betrieb von z.Zt. zwölf Jahren auf sieben zu reduzieren. Die Kernkraftwerks-Aufsichtsbehörde NRC hat jetzt Pläne vorgelegt, mit der

Bauerlaubnis zugleich die Betriebserlaubnis zu erteilen. — (ger)

## Frankreich: Streiks in Krankenhäusern

Die Assistenzärzte an französischen Kliniken haben Anfang März für höhere Gehälter und bessere Bezahlung des Bereitschaftsdienstes gestreikt. Die meisten verdienen monatlich unter 1800 DM. Für einen 24-Stunden-Bereitschaftsdienst werden etwa 90 DM bezahlt. Das

sei weniger als vier DM die Stunde, weniger als die Bezahlung eines Babysitters, erklärte Dr. Alexandre Mebazza, Präsident des französischen Assistenzärzteverbandes. Sie fordern daher eine Lohnerhöhung sowie eine 25%ige Aufwertung der Bereitschaftsdienste. Zudem fürchten viele, daß sie nach der dreijährigen Assistenzzeit keine Arbeitsstelle finden werden. Seit dem 6. März streiken zudem die 3500 Krankenschwestern in den Anästhesieabteilungen. Sie fordern 200 DM Lohnerhöhung. — (sul. AGG)



In Südkorea führen US-Truppen und südkoreanische Truppen wieder gemeinsame Militärmanöver durch. Die Manöver laufen unter dem Titel „Team Spirit“ (deutsch: Teamgeist) und dienen der Übung für gemeinsame Angriffe auf Nordkorea. Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Koreas forderte den sofortigen Abbruch der Manöver. Sie verletzen das Waffenstillstandsabkommen für Korea und behinderten den Nord-Süd-Dialog auf der Halbinsel, erklärte die nordkoreanische Regierung. Am 19.3. demonstrierten 5000 Studenten in Südkorea gegen die Manöver. Sie forderten den sofortigen Abzug der in Südkorea stationierten US-Truppen. — (rül)

schäftstätigkeiten auf der anderen Seite zeigen sich deutlich an der Konsumnachfrage.

„Interessant ist, daß teure Markenkonfektionen, Sport- und Freizeitkleidung — wenn auch mäßiger — gefragt sind, während der Bedarf an ganz billigen Waren gestiegen ist. Produkte von mittlerer Qualität und in mittlerer Preislage sind nicht gesucht ... Als Folge davon hat es den Anschein, daß die Läden voll sind ... die Käufer aber haben unverändert das Gefühl, daß es gerade das nicht gibt, was sie suchen.“ (RUG 12/88)

Die Ungarische Gewerkschaft betont, daß sie künftig nicht mehr auf die Nutzung der Erfahrungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung verzichten könne. Sie sucht nach Kontakten. Ihr Hauptaugenmerk richtet sie auf die europäischen Gewerkschaftszentralen. „Was in den europäischen Gewerkschaftsbewegungen — aufgrund fast jahrhundertelanger Tradition — natürlich ist, das

nimmt bei uns jetzt Gestalt an. Nämlich: der prägnante Unterschied zwischen den Interessen der Arbeitgeber (des Staates) und den Interessen der Arbeitnehmer.“ (RUG 1/89) Heute sei es elementar, die Interessen der von Lohn Lebenden, gewerkschaftliche Ansprüche öffentlich darzustellen. Hintergrund dieser Forderung ist eine Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der SZOT im September 1988, weil die Gewerkschaft ihre Verhandlungsposition öffentlich propagierte. Sie konnte damals zumindest durchsetzen, daß in Bereichen mit dem höchsten Lohndruck, der Post, den Kommunalbetrieben, im Bäckereigewerbe und in den Steinbrüchen zentrale Lohnerhöhungen vorgenommen wurden. Bestimmte Zuschläge konnte sie nicht realisieren. Die Gewerkschaft erklärt, daß sie künftig keine Kompromisse mehr machen werde, wenn es um den Schutz der Interessen „der wirklich gefährdeten Schichten“ gehe.

Eine Lohnreform, die Tarifverträge und Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen und Regierung vorsehe, sei dringend nötig. Sie soll ein kontinuierliches Wachstum der Reallöhne und die Entwicklung „gerechterer Verdienstproportionen“ (RUG 11/88) gewährleisten, so den Zwang zu Zweit- und Drittbeschäftigungen abbauen und die Leistungsbereitschaft in der offiziellen Wirtschaft erhöhen.

Die Delegierten der Landeskongressen stellten ebenso klar, daß sie eine *einheitliche* Gewerkschaft wollen, in der unterschiedliche politische und ideologische Ansichten vertreten werden, „weil das größere Chancen für die Durchsetzung der Interessen bietet“. Dies ist eine Reaktion auf die Gründung von bisher zwei alternativen Gewerkschaften; eine für die Interessenvertretung von Intellektuellen und seit jüngster Zeit eine für Arbeiter nach dem Vorbild der polnischen Solidarnosc. — (frr)

## Veröffentlichungen

### Wirtschaftsinstitut gegen TV-Nachrichten

Das Blättchen des Instituts der deutschen Wirtschaft wirft den TV-Nachrichtensendungen vor, eine nicht hinreichende und zu negative Berichterstattung über die Arbeitsmarktentwicklung zu liefern: „Die grundlegend positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ... wurde in den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF zum jüngsten Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit am 3. März nicht hinreichend deutlich. Das Thema Arbeitslosigkeit ist weitgehend zum Medienritual verkommen.“

Der Informationsdienst führt verschiedene Vorwürfe gegen die TV-Leute ins Feld: Negativtrends erhielten eine vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit, gewählte Vergleichszeiträume hätten begrenzte Aussagekraft, Berichterstattung beschränke sich auf saisonal nicht bereinigte Arbeitslosenzahlen usw. „Die deutliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt hätte mit einem Blick auf die saisonbereinigte werbbspersonenzahl hervorgehoben werden können: Sie hat inzwischen mit 2,051 Millionen den niedrigsten Stand seit Oktober 1982 erreicht ... Bei einer steigenden Erwerbslosenquote — wie dies in der Bundesrepublik in den letzten Jahren der Fall war — bedeutet eine gleichbleibende Arbeitslosenquote, daß mehr Personen in Arbeit und Brot stehen.“

Die Kapitalisten wollen eine größere Einflußnahme auf die Ausrichtung der Nachrichten — nicht nur in bezug auf Arbeitsmarktanalysen — bekommen.

Ihre Verbindungen zu den Wirtschaftsredaktionen müssen glänzend sein, denn sie verweisen die Nachrichtenredakteure an eben jene Ressorts.

iwd, 16.3.89 — (mal)

### Geschichte der HBV und DAG

In ihrer Dissertation (Industriegewerkschaft oder Standesorganisation? Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Band 72, herausgegeben von Frank Deppe u. Georg Fülberth, 1988) beschäftigt sich Ingrid Wölk mit der Organisationsgeschichte der HBV nach 1945. Zwangsläufig ist damit die Auseinandersetzung mit der DAG verbunden, die sich schnell nach Kriegsende in den Westzonen konstituierte und damit noch vor Gründung des DGB Fakten für eine separate Angestellengewerkschaft geschaffen hatte. Angedeutet wird von der Autorin, daß die DAG nahtlos die Tradition der ehemaligen Angestelltenverbände von vor 1933 fortsetzen wollte, die damals allerdings weltanschaulich getrennt waren. Mitte 1946 bestand die DAG zu 51 % aus dem ehe-

mals freigewerkschaftlichen Lager, zu 10 % aus ehemals liberalen (Hirsch-Dunckerschen) Verbänden und zu etwa 6,5 % aus Mitgliedern des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV). Der DHV war unter Hitler nationalsozialistisch geworden, in der DAG wurden Funktionäre des DHV von Anfang an mit Führungsaufgaben betraut. Die Kräfte, die später im DGB organisiert waren, vertraten im Gegensatz zur DAG das Prinzip der Industriegewerkschaften — ein Betrieb, eine Gewerkschaft. Als deutlich wurde, daß die DAG nicht auf den Kompromißvorschlag, Verschmelzung der DAG im Industriegewerkschaftsverband als Angestellten-gewerkschaft für den Dienstleistungsbereich, einging, wurde in der britischen Zone, Rheinland-Pfalz und Hessen die HBV gegründet.

Erst Mitte der sechziger Jahre konnte



München 1954: „Ladenschlußkrieg“ — eine der ersten Aktionen der HBV.

die HBV sich organisatorisch konsolidieren, hatte jedoch schon vorher, z.B. im Kampf um das Ladenschlußgesetz, erfolgreiche Arbeitskämpfe führen können. In Tarifverhandlungen war die HBV lange Zeit gezwungen, überhaupt darum zu kämpfen, als Tarifpartner anerkannt zu werden. Mit Hinweis auf zum Teil niedrige Mitgliederzahlen, verwehrt Kapitalisten wie auch die DAG der HBV das Recht, an Tarifverhandlungen teilzunehmen. Ein gemeinsames Vorgehen von DAG und HBV gab es erstmals 1987, als beide Gewerkschaften mit einer gemeinsamen Erklärung in die Verhandlungen kamen und die DAG an Urabstimmung und Streik teilnahm. Ein Ausbau der Zusammenarbeit scheint möglich in der Abwehr des Dienstleistungsabends.

Die Autorin liefert mit ihrer Untersuchung nützliche historische Gesichtspunkte über die Angestelltenorganisationsfrage, die nach wie vor nicht gelöst ist. — (dar)

### „Zwei Seiten des Fortschritts“

Herrmann Lübke, Professor für Philosophie und politische Theorie, lehrt an der Universität in Zürich. In der „politischen Meinung“ Nr. 242 äußert er sich mit unverhohlener Sympathie für die kapitalistische Gesellschaftsordnung, ergreift in durchdringend verwissenschaftlichter Ausdrucksweise Partei für einen ungezügelter Fortschritt, der auf menschenbelastende Auswirkungen keinerlei Rücksicht nimmt. Die CDU-agitatorische Zeitschrift druckt von Lübke einen zehnzeiligen Aufsatz ab, dessen Zielsetzungen zweierlei Absichten verfolgen. Erstens werden alternativ-fortschrittliche Positionen als rückschrittlich-unzeitgemäß denunziert, zweitens erhebt der Autor den Anspruch, klassenlos-übergreifend in „wissenschaftlicher“ Aufarbeitung, zu technisch-revolutionierenden Vorgängen des 20. Jahrhunderts qualifiziert, und damit in seinen Augen „objektiv“, Stellung beziehen zu können.

Um die Anwürfe Lübkes „verständlich“ darstellen zu können, bedarf es einer relativ ausführlichen Dokumentation seiner Äußerungen. Im folgenden Text wird mit längeren Zitaten dem Rechnung getragen:

„Es gehört zu den weniger schönen Aspekten unseres Themas, daß die Menge der Zeitgenossen erheblich angewachsen ist, die sich zu unseren industriegesellschaftlichen Lebensvoraussetzungen in emotionale Distanz begeben. Im randkulturellen Extremfall bedeutet das Wissenschafts- und Technikfeindschaft. Deutsche neigen aus historischen Gründen zu ausgeprägten Formen der Selbstkritik, und entsprechend hat man Kommentare lesen können, die die neue industriegesellschaftskritische Gestimmtheit im Westen für eine spezifisch deutsche Erscheinung halten.“

Lübke zielt auf Aussagen der Grünen, die technisch-wissenschaftlichen Fortschritt als Mittel zur Zerstörung von ökologischen und natürlichen Ressourcen betrachten. Weniger geht es ihm um die Vernichtung von menschlicher Arbeitskraft und Schmälerung derer Reproduktion unter kapitalistischen Wirtschaftsgeboten:

„Auch die erfolgreichste Kontrast-Utopie einer besseren Welt stammt aus den USA, nämlich die Schilderung ökologisch heil gewordenen Lebens im Westen nach einer bürgerkriegsbewirkten Teilung des Landes — dieses Mal nicht nordsüdlich, sondern westöstlich, wobei der Osten den Part der lebensfeindlichen Wüste traditionell industriegesellschaftlicher Prägung zu übernehmen hätte ... Selbstverständlich ist ‚Wissenschafts- und Technikfeindschaft‘ eine extreme Kennzeichnung, die einzig auf randgruppenkulturelle Erscheinungen passen will. Indessen gehen davon Wirkungen aus, die längst für uns alle unübersehbar geworden sind.“

Lübbe bringt — bewußt abstrakt — die Entfremdung der Produzenten von den Produktionsmitteln ins Spiel, um seine Theorie „nachzuweisen“, daß der heutige, kritische Mensch überwiegend konsumiert und weniger produziert. Er geht ins 18. Jahrhundert zurück, um diese Thesen zu belegen:

„Zur Vorzugsseite des Lebens damals gehörte es freilich, daß die überwiegende Mehrzahl der Menschen eine höchst anschauungsgesättigte, lebenserfahrungsbewährte Beziehung zu den realen Bedingungen ihrer physischen und sozialen Existenz unterhielt ... Selbst die Wasser- und Energieversorgung ließ sich damals in den kleinen, zumeist an Familien gebundenen wirtschaftlichen Einheiten intern sicherstellen ... Noch nie hat eine Zivilisationsgemeinschaft lebenserfahrungsgemäß ihre Lebensbedingungen weniger verstanden als unsere eigene. Gewiß sind wir heute wie nie zuvor Eigner mannigfach differenzierter Fachkompetenzen, aber eben doch auf einem anderen Gebiet als unser Nachbar oder Kollege.“

Weiter versucht Lübbe, aus den Erfahrungen der gesellschaftlichen Produktion mit der kapitalistischen, differenzierten Arbeitsteilung, auf menschliche und individuelle Problematiken abzulenken:

„Subtiler als die genannten Gründe der unverändert überwiegenden Massenzustimmung, von der die moderne Industriegesellschaft getragen bleibt, ist in analoger Richtung der vielberedete Wertewandel wirksam ... Aus der Sozialstatistik ist ja bekannt: Nie haben sich die Lebenszeiträume weiter gedehnt, in denen wir heute unser Leben frei von zwingenden Notwendigkeiten der Lebensfristung verbringen können ... Die auch in diesen Zusammenhang gehörenden Phänomene der Schattenwirtschaft haben ja, in der Schwarzarbeit, auch ihre bedenkliche Seite ... Das ergibt, zumal in absoluten Zahlen ausgedrückt, exorbitante Summen, und kaum einer, der sich hier betätigt, hat Ursache, am Sinn seiner Betätigung zu zweifeln ... Wahr ist, daß die individuellen, auch familienspezifischen, gruppenspezifischen und sonstigen herkunftsprädispositionen (Empfänglichkeiten, d. Red.), von denen unsere heute wie nie zuvor benötigte Selbstbestimmungsfähigkeit abhängt, ungleich verteilt sind und auch durch sozial- und bildungspolitische Maßnahmen nur in sehr begrenztem Umfang gleichverteilt gemacht werden können.“

In sehr oberflächlicher Weise stellt Lübbe die Erscheinungen des Spätkapitalismus auf die von ihm definierten Individuen dar. Von wissenschaftlicher Kritik kann keine Rede sein. Der Aufsatz strotzt vor Polemik und verbrämender Leugnung einer Klassengesellschaft.

Herrmann Lübbe, Zwei Seiten des Fortschritts — Wirtschaft und Lebenskultur in der modernen Industriegesellschaft, in: Die politische Meinung, Nr. 242 — (mal)

## SPD-Programmwurf

# Viel Utopie über die Arbeit, nichts über das reale Kapital

Das neue SPD-Programm führt den Leser oder Anhänger in eine neue Welt, die sich aus den Wünschen und Bestrebungen politischer Bewegungen zusammensetzt. Es erinnert an die Deckenausmalung barocker Kirchen, die dem Betrachter die Fettleibe der Zukunft nach dem Tode anzeigt, wenn er nur den Kopf weit genug in den Nacken wirft. Nützlich ist dieses Programm als Liste umlaufender Bestrebungen, unnützlich, wo politische Bewegungen ihre Aussichten und Möglichkeiten bestimmen müssen. Man hat dem Programm die Gestalt der konkreten Utopie gegeben. Das Verfahren fesselt die Vorstellungskraft, so weit es um die Gestaltung der Zukunft geht. Es steht ja bürokratisch genau fest, was werden soll. Das Verfahren fesselt die Vernunft, sobald es um die Analyse gegenwärtiger Verhältnisse geht. Es ist ja nur noch nachzuweisen, daß diese Realität die Voraussetzungen für jene Utopie enthält. Entgegenwirkende Kräfte, Verhältnisse und Klassen werden für die Analyse unwichtig, obwohl sie im wirklichen Leben der Gesellschaft gewichtig und wirksam sind.

Die SPD hält sich für identisch mit der Arbeiterbewegung. Die Bedeutung der Arbeit nimmt folglich in ihrem Programm einen hohen Rang ein:

„Die Bedeutung der Arbeit

Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins. Durch Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die

Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind Quellen des Reichtums.“

Ist Arbeit Existenzbedingung menschlichen Daseins?

Wenn auch die Arbeit Existenzbedingung der entwickelten Gesellschaften ist, werden in diesen Gesellschaften genug Menschen angetroffen, die existieren, da sind, ohne zu arbeiten. Die Arbeit ist also nicht Existenzbedingung menschlichen Daseins. Die Beschreibung verbirgt die grundlegende Voraussetzung für die Bildung von Klassengesellschaften: die Trennung von Produktion und Aneignung der Arbeitsprodukte.

Ist Arbeit entscheidende Dimension menschlichen Daseins?

Unter Dimension verstehen wir den vermessenen Raum, innerhalb dessen etwas ist bzw. ortsbestimmt werden muß. Die Dimension des Mühle-Spieles ist das allseits bekannte Brett mit den Strichen, verbunden mit den Regeln, nach denen die Steine zu bewegen sind. Wenn die Arbeit die entscheidende Dimension menschlichen Daseins ist, sind Lebensäußerungen in dieser Hinsicht wichtig. Die Menschen lebten dann, um zu arbeiten — jedenfalls eher als umgekehrt. Sie gingen in ihrer Arbeit auf, und was sie sonst noch täten, wäre Beiwerk. Der Versuch, die Arbeit zum Maß aller Dinge zu erheben, hat geschichtliche



Im SPD-Programm fallen die Interessen der Lohnabhängigen unter den Tisch. Nachtarbeit und Flexibilisierung setzen die Sozialdemokraten keine Schranken.

Wurzeln: Er zielte darauf ab, die Überflüssigkeit der herrschenden Nicht-Arbeiter darzulegen. Dabei wird übersehen, daß die Herrschaft sich als Direktion, als Verfügung über die Arbeit, von der Arbeit selbst getrennt hat, so daß die Arbeit der einen das Mittel zum arbeitslosen Leben der anderen wird.

Produzieren die Menschen durch Arbeit Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen?

Heutzutage produzieren sie vor allem Mittel, die sie zum Leben nicht brauchen, die ihnen nicht gehören und die nur zum geringen Teil auf dem Umweg über den Markt und im Tausch gegen den Arbeitslohn in den Lebensprozeß der Arbeitenden zurückfließen. Die große Masse der Produkte wird von den Eigentümern exklusiv gebraucht, benützt, verbraucht. Die menschliche Arbeitskraft selbst wird von ihnen wie ein Produkt ge- und verbraucht. Weit davon entfernt, die Mittel und Dienste zu produzieren, die die Arbeitenden selbst zum Leben brauchen, werden sie darauf redu-

ziert, Auseinandersetzung mit Naturkräften, freier Kooperation von Individuen gemeint ist, übersehen wir nicht, daß sie im freien Zusammenspiel ganz gut verwirklicht werden kann. Die herrschende Klasse jedenfalls findet in der spielerischen Betätigung Befriedigung genug und steht nicht an den Werkbänken Schlange, um auch mal zu arbeiten.

Bestimmen die Menschen ihre Lebensumstände durch Arbeit?

Arbeiten zu müssen ist selbst ein Lebensumstand. In diesem Umstand befinden sich Menschen nicht, weil sie das wollten oder so bestimmt hätten, sondern — wie alle wissen — obwohl sie es nicht wollen und gerne anders bestimmen würden. Praktisch argumentiert, bestimmen die arbeitenden Menschen ihre Lebensumstände weit eher durch Bereitschaft und Praxis der Arbeitsverweigerung als durch Arbeitsleistung.

Bringt Arbeit neue Bedürfnisse hervor?

Welche denn? Es kann sich nur um Dinge handeln, die während der Arbeit

seiner heutigen Vielgestalt etwa aus einer Auseinandersetzung zwischen dem nackten Menschen und der unberührten Natur? Unübersehbar verdankt die Arbeit ihre Wirkung aufwendigen Produktionsmitteln, die selbst Arbeitsprodukte sind und jemandem gehören. Das Eigentum an den Produktionsmitteln vermittelt das Kommando über die sachlichen und persönlichen Faktoren des Produktionsprozesses. Bräuchten die arbeitenden Menschen nichts als sich selbst und die Natur, um den Reichtum quellen zu lassen, wäre ihr gegenwärtig übles Los freiweg selbstgewählt. Aber aus Luft und Liebe entsteht nun einmal der Reichtum nicht.

Wie sieht es nun in SPD-Utopia einmal aus?

„Der gesellschaftliche Reichtum, der das Ergebnis hochproduktiver menschlicher Arbeit ist, ermöglicht drastische Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeit und erweitert die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Damit können also sozialdemokratische Ziele Wirklichkeit werden:

- allgemeiner Wohlstand und soziale Sicherheit
- gerechte Verteilung der Arbeits- und Lebenschancen
- Umverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Mann und Frau
- Bildung und Weiterbildung für alle
- mehr Zeit für Familien- und Privatleben, für Muße und Gemeinschaftsarbeit
- Selbstverwirklichung in der Arbeit
- Verbesserung der Qualität der Arbeit
- Ausbau von alternativen Organisationsformen der Arbeit
- Ausbau der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft.“

Wieso diese oder ähnliche Entwicklungen mit der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums nicht schon längst eingetreten sind? Schweigen im Walde. Was wird empfohlen, um aus der prophetisch erkannten Möglichkeit eine politische Wirklichkeit zu machen? Sendepause. Wenn aber niemand bestreitet wird, daß die Produktion des Reichtums zugenommen hat, und wenn das Programm behauptet, daß darin die Möglichkeit für die oben genannten Besserungen wohnt, darf es dem Leser die Mitteilung nicht schuldig bleiben, welche gegenwirkende Kraft hinderlich ist. Für die Programmdiskussion in der SPD wäre zu wünschen, daß eine Analyse der Politik und Interessenlage der Kapitalistenklasse wenigstens in Brocken Eingang fände. Wenn nichts dergleichen geschieht, ergibt sich wenigstens aus dem Kapitel über die Arbeit als Strategie: Arbeite für den Chef, wähle Vogel und/oder Lafontaine und hoffe auf bessere Zeiten.

Quellenhinweis: Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD vom 9. März 1989 — (maf)



Auch einer Selbstbeteiligung an den Kosten im Gesundheitswesen hat das SPD-Programm nichts entgegenzusetzen.

ziert, sich selbst, ihr eigenes Leben zu reproduzieren, um ge- und verbraucht zu werden.

Bestimmen Menschen durch Arbeit ihre Lebensumstände?

Die Menschen, die arbeiten, bestimmen ihre Lebensumstände im wesentlichen nicht. Die Menschen, die nicht arbeiten, bestimmen die Lebensumstände der Menschen, die arbeiten, und ihre eigenen nicht durch Arbeit. Sie herrschen.

Befriedigt Arbeit menschliche Bedürfnisse?

Menschliche Bedürfnisse werden im wesentlichen nicht durch Arbeit befriedigt, sondern durch Arbeitsprodukte bzw. Arbeitsleistungen. Von der Arbeit wird niemand satt. Wenn aber ein unmittelbar menschliches Bedürfnis nach Tä-

benötigt werden. Die Arbeit bringt das Bedürfnis nach Produktionsmitteln hervor. Letztlich, weil die Arbeit schwer ist und lang dauert, bringt sie das Bedürfnis nach Mitteln hervor, die sie erleichtern und verkürzen. Wie jeder weiß, ist es möglich, Produktionsmittel einzusetzen, ohne die Arbeit zu erleichtern oder zu verkürzen. Der Vorteil der höheren Produktivkraft fällt den Eigentümern der Produktionsmittel zu.

Sind Arbeit und Natur Quellen des Reichtums?

Arbeit ist menschliche Arbeit, die Rede ist also von Mensch und Natur als Quelle des Reichtums. Als Reichtum bezeichnen wir die Dinge, die die Menschen zur Befriedigung von Bedürfnissen erreichen. Entsteht der Reichtum in



## Ostermarsch gegen das Rüstungszentrum München

München. Am Samstag, den 25.3.1989, fanden in München zahlreiche Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen zum Ostermarsch 1989 statt. Die zentrale Kundgebung auf dem Marienplatz war dieses Jahr von weniger Leuten besucht. Die Hauptlosung des Ostermarsches 1989 hieß „München darf nicht länger Rüstungsschmiede sein, aus München muß ein Friedenszentrum werden!“ Von der Stadt München sprach Bürgermeister Hahnzog (SPD). In seiner Rede setzte er sich mit den Schwierigkeiten auseinander, um den Beschluß des Stadtrates „München ist atomwaffenfreie Zone“ in die kommunale Praxis umzusetzen. Die Regierung von Oberbayern hatte der Stadt München das Recht abgesprochen, einen solchen Beschluß zu fassen.

Wie jedes Jahr konnten beim Münchner Friedensbündnis für den Marienplatz Informationszentren angemeldet werden. Die Volksfront nutzte diese Möglichkeit und führte zusammen mit dem AK Kurdistan und mit dem Infoladen einen Büchertisch durch. Ein Flugblatt zum Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes konnte verteilt werden. — (dil)

## CSU-Fraktion beschließt „Unterbindungsgewahrsam“

München. Kein Aprilscherz ist es, was jetzt mehrheitlich der bayerische Landtag und der bayerische Senat beschlossen haben: Ab dem 1. April können Demonstranten, von denen nach Ansicht der Polizei eine Gefährdung ausgeht, bis zu zwei Wochen in Vorbeugehaft genommen werden. Für die SPD ist dies „der atomare Zerfall der Grundrechte“. Innenminister Stoiber geht es um den „Schutz des öffentlichen Friedens und der Polizeibeamten vor Gewalttätigen“. Die Grünen sprechen von „Bayerns Gesinnungsgewahrsam“.

Dagegen sprachen sich die Vertreter der Gewerkschaften, aber auch z.B. der Landshuter CSU-Oberbürgermeister Josef Deimer aus. Für Josef Deimer geht mit dieser Maßnahme „wieder ein Stück Freiheit verloren“. Der frühere Landesvorsitzende der GdP, Joachim Weiß, war dafür, die präventiven Möglichkeiten der Polizei müßten verbessert werden. Nach dem neuen Gesetz kann jeder festgehalten werden, der, wie auch immer, zur Gewalt aufruft oder Gegenstände mit sich führt, die zu Gewalttaten benutzt werden könnten. Beschwerden sind möglich, wohl um die Gefahr der Verfassungsfeindlichkeit so gut wie möglich zu umschiffen. Zuständig sind die Vormundschaftsgerichte, d.h. mit Familienrecht befaßte Richter. Politisch Verdächtige stehen in Bayern faktisch unter potentieller staatlicher Vormundschaft. — (cht)



Kiel. Am 17.3.89 fand eine Kundgebung des Bauernverbandes mit 10000 Bauern statt. Kern der Kritik ist die gleiche wie in den letzten 20 Jahren. Zuwenig Einkommen der Bauern für zuviel Arbeit. Ständig sinkende Erzeugerpreise bei ständig ansteigenden Verbrauchspreisen. Wie schon so oft, wurden prominente Politiker in Pappform am Galgen mitgeführt. Die Faschisten der EAP verteilten zwei Flugblätter. — (ale)

## CDU-nahe Organisation wollten REP-Veranstaltung durchführen

Rendsburg. Eine für den 13.3.89 geplante Vortragsveranstaltung zum Thema: „Patenschaften und Partnerschaften mit Städten und Kreisen in Mittel- und Ostdeutschland“ mit dem Republikanerchef in Schleswig-Holstein, E. Schlee, wurde von ca. 150 Antifaschisten verhindert. Die Staats- und Wirtschaftspolitische Vereinigung, die Pan-Europa-Union, der Kreisverband der „Vertriebenen Deutschen“, die Gesellschaft für Wehrkunde, der Verband der Heimkehrer und die Landesarbeitsgemeinschaft „Ostkunde im Unterricht“ hatten zu der Veranstaltung eingeladen. Es ist nicht der erste Vortrag, den Schlee vor diesen Kreisen in Rendsburg hält. Diese Organisationen sind noch vor Jahren von ihm im Auftrag der CDU-Landesregierung (Barschel) bedient worden. Sie haben Übereinstimmung mit den Aussagen der Republikaner zum oben genannten Thema. — (lus, ale)

## Jungheinrich und Süd-Afrika

Hamburg/Norderstedt. Die Gremien des Vertrauenskörpers der IG-Metall bei Jungheinrich haben folgenden Antrag an den 16. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG-Metall beschlossen: „Der Vorstand der IGM wird aufgefordert, alles zu tun, um die Forderung der Opposition in Südafrika nach einem vollständigen Wirtschaftsboykott des weißen Rassenregimes bedingungslos zu unterstützen und entsprechende Maßnahmen von der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden zu verlangen.“

Jungheinrich Gabelstapler ist seit über 20 Jahren im Geschäft mit Süd-Afrika.

Seit 10 Jahren erfolgt der Vertrieb über den Händler Komatsu-Forklifts, der zur Anglo-American-Company gehört. 1973 lag das Geschäftsvolumen bei ca. 145 Geräten; im Jahr 1987 waren es noch 123 Fahrzeuge. Aber 1988 noch 34. — (hel)

## Pan-Europa-Union erhält kirchliche Unterstützung

Essen. In einem Saal des Ruhrbistums konnte die Paneuropa-Jugend am 7.3. eine Veranstaltung mit dem Präsidenten der Paneuropa-Union und CSU-Europaparlamentarier Otto von Habsburg durchführen. Die Paneuropa-Union ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Konservativen und Faschisten. Rund 50 Antifaschisten protestierten gegen die Veranstaltung. DKP, VVN/BdA und Volksfront verteilten Flugblätter, die sich in der Kritik an den „Großeuropa“-Konzepten der Paneuropa-Union trafen. Trotzdem ließ es sich der Ruhrbischof, Kardinal Hengsbach, nicht nehmen, persönlich an der Veranstaltung teilzunehmen. Anschließend posierte er zusammen mit Habsburg für ein Foto der Lokalpresse. Das Antifaschistische Forum schrieb dazu einen Leserbrief, der Jugendsekretär der Postgewerkschaft protestierte in einem Brief an den Kardinal gegen die Raumvergabe. Darin heißt es: „Gerade nach den historischen Erfahrungen der kath. Kirche um die Verbrechen an Priestern und Ordensleuten ... an Gemeindemitgliedern, an den Alten und Schwachen ... gerade die Scham über das Konkordat der damaligen Amtskirche mit dem Hitlerfaschismus sollten Anlaß genug sein, genau hinzusehen, wem die Kirche Räume zur Verfügung stellt.“ Eine Antwort steht bisher aus. — (wof)

## Frankfurt nach der Wahl

## Wird antifaschistische Politik Niederschlag finden?

**Frankfurt.** Nach den Kommunalwahlen mangelt es nicht an Stellungnahmen der Frankfurter Wirtschaft: Beruhigt ist man in „Frankfurter Finanzkreisen“ darüber, „daß die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt nur in einem begrenzten Umfang Entscheidungen treffen kann, die die Stellung des Finanzplatzes Frankfurt unmittelbar berühren ... Eingräumt wird allerdings, daß der Standort Frankfurt an Attraktivität verlieren könnte, wenn es eine Knappheit an Büro- und Verkehrsschwierigkeiten ... geben sollte ...“ (FAZ, 14.3.)

In Bezug auf Büroräume hat die CDU-Fraktion ihren Nachfolgern noch zwei Tage vor dem Wahlergebnis vollendete Tatsachen geschaffen; sie haben die Teilbaugenehmigung für drei umstrittene Hochhausprojekte erteilt. Daraus kommt ein neuer Magistrat nur mit einer Planungsentschädigung von etwa 1 Milliarde DM, wenn er es überhaupt will.

Schnell sollen jetzt die Koalitionsver-

bei der Ansiedlung und Erhaltung von gewerblichen Arbeitsplätzen, Förderung aller arbeitsplatzsichernder und -schaffender Betriebe, 1500 neue Sozialwohnungen jährlich in den nächsten fünf Jahren, Kommunalwahlrecht für Ausländer. Forderungen gegen das Wirken von Faschisten hat sie nicht aufgestellt, allerdings forderte der DGB-Landesvorsitzende das Verbot der NPD.

Aus dem antifaschistischen Bündnis heraus wurden Forderungsansätze formuliert: Ein noch weniger definiertes Arbeitsplatzprogramm als das der IG-Metall, Übernahme von privatem Hausbesitz in kommunales Eigentum, Verwendung des kommunalen Werbe-Etats für antirassistische, antisemitische Agitation, Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte des Faschismus in Frankfurt, keine städtischen Räume für rassistische und ausländerfeindliche Propaganda, Eintreten für das Kommunalwahlrecht für Ausländer, ein Dezernat

Berufsverbote. Unser berechtigter Verdacht, daß die Feinde der Toleranz unsere Toleranz für ihre Zwecke mißbrauchen werden, kann doch nicht uns legitimieren, es ihnen präventativ gleichzutun ... Was bedeutet das konkret für die Politik der GRÜNEN im Römer gegenüber der NPD? Die scharfe und kompromißlose Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie ... schließt ein: Der Gegner muß alle demokratischen Rechte und Möglichkeiten haben — und wo das bestritten oder auch nur erschwert wird, müssen die Grünen für demokratische Gleichbehandlung der NPD eintreten. Eintreten! Nicht einfach nur dulden. Denn hier gehts um unsere Sache, um die Ganze der Demokratie!“ (Pflasterstrand, 23.3.89) Die NPD läßt keinen Zweifel an ihrer faschistischen Vorstellungen, sie will Ausländerghettos wie „Chinatown“, um der „Überfremdung“ vorzubeugen, sowie Apartheid in den Schulen.

Aktionen sind geplant für das erste Zusammentreten der neuen Stadtverordnetenversammlung und gegen den Einmarsch der NPD am 13.4.89. Am 3. Juni findet ein „antifaschistischer Ratschlag“ statt zur Diskussion weiterer antifaschistischer Politik. — (udi)



Demonstration des DGB u.a. nach den Wahlen

handlungen zwischen SPD und GRÜNEN über die Bühne gehen. Die Hauptverhandlungskommission tagt geheim. Von verschiedenen Seiten werden Schwerpunkte gesetzt. Die FAZ lenkt die Diskussion auf Kapitalisteninteressen: Hochhäuser, U-Bahn-Bau, Olympische Spiele (also Stadtentwicklung mit Bundesgeldern), Europäische Zentralbank und ähnliche „Metropolprojekte“. Ausdrücklich definiert sie, was nicht geht: „eine Versorgungs- und Betreuungspolitik, die an Zukunftsvisionen spart und statt dessen die eigene Klientel mit öffentlichen Wohnungen und sonstigen Wohltaten versorgt“. (FAZ, 14.3.)

Die IG-Metall hatte Wahlprüfsteine aufgestellt und u.a. den Ausbau kommunaler Einrichtungen für ganztägige Kinderbetreuung gefordert, aktivere Politik

mit dem Aufgabengebiet „Frankfurt, eine multikulturelle Stadt“. Schritte für ein NPD-Verbot gehören direkt nicht dazu.

Die Lage ist schwierig: Das Antifa-Bündnis stellt soziale Forderungen auf, bezieht sich aber nicht auf bestehende. Forderungen der Kapitalisten werden nicht angegriffen. Die Forderung nach Verbot der NPD findet im Antifa-Bündnis keine Einheit, wird auch nicht mehr diskutiert. Dafür kommt jetzt der Pflasterstrand, das Magazin der Wähler der GRÜNEN, mit der Forderung nach „demokratischer Gleichbehandlung“ der NPD. „Unser ‚Kampf den Faschisten‘ darf nicht mit den Waffen der Unfreiheit geführt werden; die Feinde der Demokratie bekämpfen wir nicht durch Ausnahmeregelungen, Notstandsgesetze und

BEB

## ESSO und SHELL wollen mehr

**Hannover.** BEB Erdgas und Erdöl GmbH, zu je 50% eine SHELL- und ESSO-Tochter mit Sitz in Hannover, konnte während der Jahre der hohen Ölpreise bei sechs Mrd. DM jährlichem Umsatz bis zu drei Mrd. DM Gewinn erzielen, wovon eine Milliarde in den niedersächsischen Steuersäckel als Förderabgabe wanderte, eine Milliarde reinvestiert wurde und die dritte Milliarde als Reingewinn je zur Hälfte an SHELL und ESSO gingen.

In dem Jahr des Verfalls der Ölpreise wurde seitens der Konzerne energisch darauf geachtet, den Profit in einer angemessenen Höhe zu erhalten. Die BEB-Geschäftsführung reagierte prompt, setzte die Landesregierung unter Druck, die Förderzinsen wurden schließlich auf Null reduziert. So wurden 1988 noch ca. 900 Mio. Gewinn gemacht, wovon 400 Mio. an ESSO und SHELL gingen.

Schon in den „fetten“ Jahren betrieb BEB eine äußerst restriktive Personalpolitik. So stieg die Zahl der direkt Beschäftigten nie über 2300, während die Zahl der indirekt Beschäftigten bei über 4000 lag. Die Vergabe von möglichst vielen Aufträgen an Subunternehmer hat viele Vorteile:

— es sind meist kleine Unternehmen, die oft nicht einmal den Arbeitgeberverbänden angehören. Tariflich abgesicherte Arbeitsbedingungen sind daher eher

die Ausnahme. Entsprechend preisgünstig werden Arbeiten von diesen Firmen verrichtet.

— die Konkurrenz unter diesen Firmen verschlechtert die Arbeitsbedingungen nochmals: So ist die Anzahl der Arbeitsunfälle etwa fünf mal so hoch wie bei BEB-Personal, die Schwere der Unfälle wesentlich stärker.

BEB steht, so wie die Mutter-Konzerne, als Musterarbeitgeber mit für kapitalistische Bedingungen vorbildlichen Arbeitsbedingungen da, während das Personal der Subunternehmer die ganzen Risiken der Öl- und Gasproduktion zu tragen hat.

SHELL und ESSO haben dennoch nicht genug: Bis 1991 soll das BEB-Personal auf 1990 Personen abgebaut, die Förderung dagegen auf Rekordhöhen gehalten werden, um durch mehr Menge die Erlöse zu halten. Die Zahl der Arbeitsunfälle steigt, Überstunden werden zunehmend gemacht. Mit Frühverrentungsprogrammen sollen Kollegen schon ab 55 aus dem Dienst ausscheiden, was eine neue Marke setzt, wie lange das Kapital Beschäftigte in Brot halten will. Eine „Wirtschaftlichkeitsstudie“ im Auftrag von ESSO und SHELL hat weitere Personaleinsparungen zum Ziel: Die Konzerne agieren schrankenlos, wenn man ihnen keine Schranken setzt.

— (abc)

## Öffentlicher Dienst

### ÖTV will umfassende Reformen

*Hamburg.* Mit einer Sachverständigenanhörung startete die ÖTV bereits im Oktober 1987 die Kampagne „Zukunft des Öffentlichen Dienstes mitgestalten“. Erste Diskussionen der Hamburger ÖTV begannen jetzt auf einem Seminar in Hittfeld am 24. und 25. Februar. Insgesamt 200 Personen aus Gewerkschaften und Initiativen, Wissenschaftler, Verwaltungsleute und Politiker beschäftigten sich in fünf Arbeitsgruppen (regionale Beschäftigungspolitik, Umwelt-, Frauen-, Sozial- und Gesundheitspolitik, Verwaltungsreform) mit den Strukturen des Öffentlichen Dienstes, den Konzepten der Öffentlichen Arbeitgeber und den notwendigen Gegenstrategien.

Beispielhaft sei die Diskussion zweier Arbeitsgruppen dargestellt:

— Die ÖTV fordert ein aktives regionales Beschäftigungsprogramm. Kritisiert wurde einerseits die Bezuschußung der Hamburger Wirtschaft durch Förderung des privaten Kapitals (Gewerbeansiedlung etc.) und der Ausbau des 2. und 3. Arbeitsmarktes (ABM-Programme, Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfeeempfänger).

Seit 1980 spätestens konstatieren auch öffentliche Arbeitgeber eine offensive Flexibilisierungspolitik, die zu erhebli-

chen Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur geführt hat, z.B. rapider Ausbau von Teilzeitarbeitsstellen, Ausweitung befristeter Arbeitsverträge überwiegend im ABM- und Teilzeitbereich. Vor diesem Hintergrund wuchs der Anteil von im Öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen in den Jahren 1960 bis 1983 von 28% auf 40%. Ein Drittel der weiblichen Beschäftigten arbeitet heute im Teilzeitbereich. Nach Auffassung der ÖTV wird kommunale Arbeitsmarktpolitik immer mehr zur Sozialpolitik mit der Aufgabe, Auffanglösungen für die „Opfer“ von Strukturwandel und technologischer Modernisierung/Rationalisierung in Form von „beschützenden Werkstätten“ für Arbeitslose zu schaffen. Der Übergang in das reguläre Beschäftigungssystem wird nicht geschaffen. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sollen durch intensive Kooperation und Abstimmung verzahnt werden. So sollen regionale Beschäftigungseffekte für z.B. Wohnungsinstandsetzungen, Gewerbeflächenerschließung, Ausbau des Fernwärmenetzes etc. ausgebaut werden.

— Seit Ende der sechziger Jahre versucht die ÖTV, den kostenorientierten Rationalisierungsmodellen der Öffentlichen Dienstherrn ein Konzept zur „qualitätsorientierten Modernisierung des Öffentlichen Dienstes“ entgegenzustellen. Umstritten waren die Vorstellungen einiger Referenten, wonach Hamburg öffentliche Aufgaben aus der unmittelbaren Staatsverwaltung ausgliedern und mit einem Eigenbetriebsgesetz die Voraussetzungen schaffen soll, um Dienstleistungen effizienter zu erfüllen (eigener Wirtschaftsplan, betriebswirtschaftliche Führung). Umgesetzt wurden diese Vorstellungen bereits für die Kindertagesheime, und in der Umstrukturierung befinden sich die Krankenhäuser.

Grundtenor der Konferenz: Die bundesdeutsche Gesellschaft braucht nicht weniger, sondern mehr öffentliche Dienstleistungen. Die ÖTV will jetzt mit einer offensiven Kampagne politisches Gegengewicht herstellen. — (ena)

## Einzelhandel NRW

### Kapitalisten zum Manteltarif

*Köln.* In den Verhandlungen über den Manteltarif für den Einzelhandel NRW fordert die Gewerkschaft HBV 35 Stunden Wochenarbeitszeit, Arbeitszeitende im Verkauf um 18.30 Uhr, Erhöhung der Sonderzahlung auf 100%, besondere Förderung und Qualifizierung von Frauen im Einzelhandel und die Verbesserung der Situation der Auszubildenden. Die Einzelhandelskapitalisten verlangen Änderungen, durch die der Lohn gesenkt und Schutzbestimmungen für den Verkauf der Arbeitskraft junger und

älterer Menschen weggefeht werden sollen. Beim zweiten Verhandlungstermin am 5.3.1989 rückten die Kapitalisten keinen Schritt von ihrem Katalog ab. Der Nachtzuschlag soll fallen 1. beim Dienstleistungsabend, 2. in Verkaufsstellen auf Bahnhöfen und Flughäfen, also genau dort, wo die Einschränkungen des Ladenschlußgesetzes ohnehin durchbrochen sind und wo die Gewerbeordnung mit zahlreichen Arbeitsschutzbestimmungen nicht gilt. Überall soll die zuschlagsfreie Zeit für Vor- und Abschlußarbeiten von 10 auf 30 Minuten ausgedehnt werden. Der besondere Kündigungsschutz für Lohnabhängige, die älter als 53 Jahre alt sind, soll weg. Die Kapitalisten sind nicht scheu in der Begründung: „Der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer sollte ganz entfallen, da die Regelung dazu führt, daß Mitarbeiter kurz vor dem 53. Lebensjahre besonders ‚gefährdet‘ sind, vorsorglich entlassen zu werden.“ Die eigene üble Praxis der Kapitalisten soll als Argument für die Zertrümmerung von Schutzrechten gelten. Ebenso bei den Auszubildenden. Bisher muß ihnen vier Monate vor Ablauf des Ausbildungsverhältnisses mitgeteilt werden, ob sie übernommen werden. Auch dieses Recht soll gestrichen werden mit dem zynischen Hinweis, oft werde sonst allen vorsorglich gekündigt. Es gibt zuviel Sonderurlaub, finden die Kapitalisten. In vorhersehbaren Fällen, z.B. Heirat und Umzug, die nicht vom Kapitalisten veranlaßt wurden, sollen die Beschäftigten ihren regulären Urlaub tageweise verbrauchen. Dem Bestreben der HVB, die Teilzeitbeschäftigten mit denselben Rechten zu versehen wie die Vollzeitbeschäftigten, setzen die Kapitalisten ihren Willen entgegen, sich eine flexible, entrechtete Schar von Arbeitskräften zu sichern. Die Berufsjahre der Teilzeitbeschäftigten und damit ihre Bezahlung sollen geschmälert werden. Nicht mehr 10 Stunden wöchentliche Arbeitszeit sollen zur Anrechnung eines Berufsjahres reichen, sondern die „Hälfte der wöchentlichen Regelarbeitszeit“.

Nächster Verhandlungstermin ist am 5.4.1989. — (ant)



Gegenanhörung der HBV zum Ladenschluß am 8.3.1989

## Kommunales Ausländerwahlrecht

## Selektieren und abspalten Auseinandersetzung hält an

Kiel. Die am 8.11.88 im Kieler Landtag gestellten Anträge des SSW und der SPD zur Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechtes (s.a. PB 25/88) wurden damals in der Debatte von Innenminister Bull zurückgewiesen. Eine Kommission solle zunächst die „politischen Voraussetzungen für die Akzeptanz des kommunalen Wahlrechtes verbessern“. Zu den Kommunalwahlen 1990 würde es kaum zu schaffen sein, ein solches Gesetz in Kraft zu setzen. Ansonsten würde die Regierung hier ein „Gesetzgebungsverfahren in Gang bringen, bei dem es überwiegend wahrscheinlich ist, daß es einer Nachprüfung durch das Verfas-

und neofaschistischer Gruppen ein.

Die SPD verbreitet jetzt, daß für die Kommunalwahlen 1990 nicht mehr möglich gewesen wäre und hiermit eine Einigung mit dem SSW erzielt worden sei, da von diesem ein ausformulierter Gesetzesänderungsentwurf vorgelegt hätte. Das ist völlig haltlos. Bei dem Gesetzentwurf des SSW hätte bloß die vorgeschlagene Regelung des Absatzes (2) Kreis- und Gemeindewahlgesetz, „Ausländer sind wahlberechtigt, wenn sie . . . 3. Angehörige eines Staates sind, in dem deutsche Staatsangehörige bei den Wahlen zu den örtlichen Vertretungen wahlberechtigt sein können“, gestrichen wer-

derte schon im Jahre 1976 ein kommunales Ausländerwahlrecht nach 3-jähriger Aufenthaltsdauer, was von CDU und SPD abgelehnt wurde. Ebenso wurde der erneute Antrag des SSW 1985 von CDU und SPD abgelehnt und sich für eine Einführung eines EG-Wahlrechtes auf Gegenseitigkeit ausgesprochen.

Mit der Ankündigung eines umfassenden Kommunalwahlrechtes für alle Ausländer zu 1994 versucht die SPD die Kritik an dieser Regelung zu zerstreuen. Dazu schmeißt sie einen Aufruf „Gegen Fremdenfeindlichkeit — Menschen brauchen Arbeit und Wohnungen“ in die Öffentlichkeit, wo dieses angekündigte „umfassende Wahlrecht“ sofort wieder Einschränkungen erfährt: „Unser Ziel ist die Integration von Ausländern, die sich entschieden haben, hier auf Dauer zu leben . . . Ausländern, die seit mehreren Jahren in der Bundesrepublik leben, ist das Recht auf Mitwirkung bei der Gestaltung der örtlichen Angelegenheiten einzuräumen.“

Eine Front gegen die Angriffe der CDU und der Neofaschisten auf das Ausländerwahlrecht ist durch eine antifaschistische Bündnislinie möglich. Die Grünen haben auf Landesebene ein Kommunalwahlrecht ohne Einschränkungen und Fristen formuliert und begründen dies als „wichtigen Schritt, um der rassistischen Propaganda und Volksverhetzung faschistischer Parteien entgegenzutreten und zu verhindern, daß neofaschistische Kräfte weiter Fuß fassen können“. Zur weiteren Stützung dieser Forderung wurde von der Volksfront und den Grünen ein Materialblatt erarbeitet. Der Initiativenkreis gegen Ausländerfeindlichkeit hatte schon im Januar 1989 einen Fragenkatalog an die SPD-Landtagsfraktion gestellt, der der SPD eine „Absage an Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ durch ein uneingeschränktes kommunales Ausländerwahlrecht — „welches ein Schritt zur politischen und rechtlichen Gleichstellung wäre“ — nahelegt. Ebenfalls wurde der Zusammenhang der Programmatik der Faschisten zur staatlichen Ausländergesetzgebung verdeutlicht:

„Sind sie nicht der Meinung, daß gerade die aufenthaltsbestimmenden Maßnahmen . . . aus Ausländern ‚Objekte politischer Entscheidungen‘ machen. Hat nicht Innenminister Zimmermann in seinem neuesten Entwurf die Ausweisung befristeter Aufenthalte formuliert?

Haben dadurch nicht langjährige Forderungen neofaschistischer Parteien (gesetzliche Verankerung des Rotationsprinzips, befristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse von drei Jahren, weil es sonst zur Arten- und Kulturvermischung kommt“, Kieler Kreisv. der REP) bundesgesetzliche Gestalt angenommen?“

Diese Fragen wurden in der schriftlichen Antwort umgangen. Eine weitere Auseinandersetzung über den o.g. Aufruf bahnt sich an. — (arr)



Antifaschistische Positionen gegen befristete Aufenthalte von Ausländern sind im Kampf um uneingeschränkte politische Rechte unumgänglich.

sungsgericht nicht stand hält“.

Im Hinblick auf diesen reaktionären Standpunkt ist nun die am 14.2.89 mit den Stimmen von SSW und SPD beschlossene Gesetzesvorlage zu sehen. Diese Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes räumt Ausländern, nach 5-jähriger Aufenthaltsdauer, das Kommunalwahlrecht ein, wenn dieses auch für Deutsche in deren Herkunftsland gilt. Dies soll aber nur für Dänen, Schweden, Niederländer, Norweger, Irländer und Schweizer gelten. Das sind 9,9% der in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer. Dabei gibt es bekannter Weise mehr Staaten, die Wahlrechtsregelungen für Ausländer haben, z.B. Spanien, die Sowjetunion, Bolivien. Dazu kommt noch, daß die betreffenden Ausländer selber erst auf Antrag mit eidesstattlicher Erklärung in den Genuß dieser Selektion kommen können. Eine solche Regelung läßt sich auf die rassistisch und völkisch geführten Angriffe reaktionärer

den brauchen, denn der SSW nennt in seinem Gesetzentwurf als „C. Alternative — Das Wahlrecht für alle ausländischen Staatsbürger“.

Weiter wird von Landtagsabgeordneten der SPD behauptet, eine andere Lösung, als auf Antrag das Wahlrecht zu erhalten, wäre nicht möglich gewesen, da die Landesregierung nicht über die nötigen Unterlagen verfügen würde. Aus dem Melderegister ginge zwar der Wohnsitz, das Alter etc. hervor, aber nicht die Aufenthaltsdauer. Darüber würde nur das Ausländerzentralregister und die Ausländerbehörde verfügen und an die Daten käme man nicht ran. Solche Aussagen verdeutlichen allerdings, wie die beschlossene Selektion noch für die Wahlberechtigten selber zur Schikane wird. Sie müssen ihre 5-jährige Aufenthaltsdauer nachweisen.

Auch Erklärungen, daß Hamburg für seine Gesetzesänderung mehr Zeit hatte und noch hat, sind haltlos. Der SSW for-



## „Volkstrauertag“ „Feierstunde“ gerät unter Druck

Mannheim. „Der Gemeinderat möge beschließen: Die Verwaltung stellt Überlegungen an, wie künftig die massiven Störungen der alljährlichen Feierstunden zum Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt am Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof verhindert werden. Begründung: Nachdem die Totenfeier 1987 bereits durch eine Gruppe Jugendlicher gestört worden war, versuchten in diesem Jahr vorgebliche Mitglieder von Friedensgruppen (?), mit Gelächter und Zwischenrufen die Rede von Herrn Bürgermeister Pföhler zu unterbrechen. Während der Kranzniederlegung wurde die Internationale gegröhlt, und es wurden „Rot-Front“-Rufe laut. Die Würde der Veranstaltung, die ausdrücklich dem Gedenken *aller* Opfer von Krieg und Gewalt gewidmet war, wurde empfindlich verletzt.“ Diesen Antrag schrieb eine Gemeinderätin der „Mannheimer Liste“ unmittelbar nach der militaristischen Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK) am letztjährigen „Volkstrauertag“. Verhandelt wurde der Antrag im Hauptausschuß am 7.3.1989. OB Widder teilte dort mit, die Stadtverwaltung wolle „Form und Inhalt der traditionellen Totengedenkfeier zum Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof neu überdenken“. Eine Verhinderung der Störungen sei bloß durch ein massives Polizeiaufgebot zu bewerkstelligen; dies widerspreche aber dem Charakter des Tages.

Zur Zeit hat das Ordnungsamt der Stadt immer noch ca. 25 Anhörungsverfahren wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten der oppositionellen Teilnehmer an dieser „Feierstunde“ laufen. Polizei war damals präsent, zwei Zivile versuchten zu provozieren und stellten dann Personalien von Leuten fest, die an einer Kranzniederlegung für die „vergessenen deutschen Deserteure“ teilgenommen hatten. Aufgerufen hatte hierzu die DFG/VK.

Die von der Verfolgungsmaßnahme Betroffenen, darunter viele Jugendliche aus dem Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dür“ und die Ortsgruppe der DFG/VK, hatten sich sofort mit einer Presseerklärung zur Wehr gesetzt und den Charakter der VDK-Feierstunde samt Ehrenformation der Bundeswehr und zahlreichen Reservisten- und Veteranenverbänden gekennzeichnet: „Vergessen bzw. bewußt verschwiegen werden diejenigen, die sich verweigert haben, die desertiert sind, um sich der sinnlosen Metzelei zu entziehen...“

Sowohl hinter dem Polizeieinsatz als auch hinter dem Antrag ist unschwer der VDK selbst zu vermuten, der als halbstaatliche Organisation unter der Schirmherrschaft des jeweiligen Bundes-



Während der Kranzniederlegung für die Deserteure am Rande der VDK Helden-gedenk-Feier 1988 wurde vor den Augen von Vertretern der Bundeswehr einiger Traditionsverbände dieses Transparent entrollt.

präsidenten „Traditionspflege“ betreibt. Bekanntlich sorgt sich die Bundeswehrführung gegenwärtig um das Ansehen der Soldaten und des Militärs in der Bevölkerung. So ist es sicherlich kein Zufall, daß die Büros der DFG/VK in Mannheim und vielen anderen Städten in den letzten Wochen von der politischen Polizei aufgesucht wurden: Man ist hinter einem Plakat her, das auf eine Autorenenlesung von Gehard Zwerenz „Soldaten sind Mörder“ hinweist.

Die ausweichende Reaktion des OB auf den Antrag der „ML“ zeigt, daß der Druck gegen die VDK-Umtriebe verstärkt werden und der „Volkstrauertag“ 1989 entsprechend vorbereitet werden muß. — (tht)

### Kurdistan

## Veranstaltungen zur Solidaritätswoche

München. Vom 13.-17. März fand diese Solidaritätswoche — veranstaltet von der Kurdistankampagne — statt. Mit einem Vortrag des Schriftstellers und Historikers Dr. Ismet Sherif Vanly zur historischen und aktuellen politischen Lage Kurdistans begann die Veranstaltungsreihe. In einem an diesem Abend vorgeführten Video-Film wurde auch über die Befreiungskämpfer der PKK in einem Ausbildungslager informiert. Am zweiten Abend sprachen Rolf Schneider und Hans Rimscha, beides Journalisten aus Westberlin, zum Thema „Von Unterdrückung zum Widerstand — Perspektiven der Befreiungsbewegung“. Vertreter von amnesty international gingen am dritten Abend in ihren Vorträgen auf den Aspekt „Menschenrechte: aber nicht für Kurden“ ein. Am vierten Veranstaltungstag führte die Kurdistan-Kampagne auf dem Marienplatz eine Mahnwache

und Kundgebung durch. Das Hauptthema hier: der Giftgaskrieg in Kurdistan und die dicke Beteiligung westdeutscher Firmen. Das Kreisverwaltungsreferat schränkte mit einer Zensur der Einladungsbroschüre wieder einmal die Kritik am imperialistischen Treiben westdeutscher Kapitalisten ein. Folgender Text wurde geschwärzt: „*Laßt sie nicht in Ruhe!* Sie sind für die Verbrechen am kurdischen Volk verantwortlich ... *Bundesregierung, Darmstädter Staatsanwaltschaft und Bundesamt für Wirtschaft* haben dieses Geschäft erst möglich gemacht.“

Die Abendveranstaltung zum Thema „Kurdenverfolgung in der BRD“ konnte der AK Kurdistan, München, zusammen mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat gestalten. Die Vertreterin des Flüchtlingsrates sprach zur Novellierung der Ausländergesetze und welche weitere Verschärfung der Ausländerunterdrückung zu befürchten ist. Vom AK Kurdistan referierte eine Vertreterin zum Thema „BRD-Imperialismus und Türkei-Kolonialismus“. Ein geplanter Beitrag zu dem bevorstehenden Schauprozeß gegen 16 Kurdsinnen und Kurden wollte das Kreisverwaltungsreferat nicht dulden. Es bestand darauf, daß Feyka-Kurdistan oder Vertreter anderer kurdischer, mit den Angeklagten im Düsseldorfer Kurdenprozeß verbundener Organisationen weder auf der Kundgebung auf dem Marienplatz noch auf der Abendveranstaltung auftreten dürften. Dies wurde von drei anwesenden Polizeibeamten überwacht, die ein Tonbandgerät mit sich führten. Die Polizeiführung mußte allerdings dem Veranstalter zusichern, dieses Tonband nicht ohne besonderen Grund einzuschalten. Eine Kurdin, die auch schon vor der UNO zur Unterdrückung der Kurden gesprochen hatte, mußte die Polizeiführung dann sprechen lassen. Sie ging auf den nationalen Befreiungskampf und die Politik der PKK ein. Sie kritisierte die Verleumdungskampagne gegen die PKK hier in der BRD. Die Veranstaltung mit ca. 80 Leuten verabschiedete dann auch mit großer Mehrheit eine Resolution zur Freilassung der gefangenen Kurden in der BRD. — (dil)



## Schichtarbeit von Frauen

# Blüm will Drei-Schicht-Arbeit für Industriearbeiterinnen

Stuttgart. Die Firmenleitung in Stuttgart-Feuerbach drängt in dieser größten Werksanlage der Robert-Bosch-GmbH auf Ausweitung der Maschinenlaufzeit in das Wochenende hinein und in die Nacht. Sonst könnten die Kundenwünsche nicht erfüllt werden. Der Betriebsrat, mit umfassender Verlagerung der Produktion konfrontiert, stimmt zu unter der Bedingung, daß es Neueinstellungen gibt. Die Ausweitung der Maschinenlaufzeit bedeutet für über 100 Arbeiter im Drei-Schicht-Betrieb Arbeit bis samstags 14 Uhr und Beginn der Nachtschicht sonntags um 22 Uhr. Aber es gibt noch Schranken der Ausweitung der Maschinenlaufzeit: So dürfen laut geltender Arbeitszeitordnung § 19 Arbeiterinnen in der Industrie im Schichtbetrieb nur bis 23 Uhr beschäftigt werden. Und Bosch hat einen hohen Anteil von Frauen in der Produktion.

Bosch ist keine Ausnahme. Seit Jahren

tionen Diesel-Einspritzpumpen für Pkw montiert werden, arbeiten 16 Prozent von 2200 anwesenden Arbeitern im Dreischichtbetrieb, 66 Prozent in Zweier-Wechselschicht.

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU/FDP versucht seit längerem, diese Entwicklung zu beschleunigen. Bundesarbeitsminister Blüm hat angekündigt, das internationale Abkommen zum Verbot von Nachtarbeit bei Industriearbeiterinnen vom 26. September 1906 zu kündigen. Damit sollen die letzten Schranken des Arbeitsschutzes eingerissen werden entsprechend der Koalitionsvereinbarung. Der Entwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes, der schon am 15. Januar 1988 in erster Lesung im Bundestag behandelt worden war und dessen zweite Lesung nach der kommenden Sommerpause ansteht, sieht nur noch ein eingeschränktes Verbot von Nachtarbeit für Arbeiterinnen vor.

verpflichtet fühlen, hätte es nahegelegen, das Verbot der Nachtarbeit allgemein auszudehnen und allenfalls dort, wo es unumgänglich notwendig ist, Nachtarbeit zu gestatten. Dieser Weg steht für Blüm nicht zur Diskussion, wird aber vom DGB gefordert. (3)

Blüm stützt sich auf ein Gutachten des Arbeitsmediziners Rutenfranz (4). Entsprechend Rutenfranz hebt er auf parallel zur Schichtarbeit auftretende Faktoren gesundheitlicher Beschwerden und Erkrankungen ab. Nach diesem Konzept ist nicht die Schichtarbeit unmittelbar belastend. Sondern erst aufgrund zusätzlicher Faktoren (persönlicher, arbeitsbezogener, umweltbezogener und familiärer Art) kommt es zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

## Schon jetzt überbeansprucht

Die überwiegende Mehrheit von Industriearbeiterinnen, die jahrelang Schichtbetrieb und Akkordarbeit über sich ergehen lassen muß, lehnt die Nachtarbeit entschieden ab. Schichter, die bei Bosch im Werk Feuerbach arbeiten, haben wegen des neuen Arbeitszeitgesetzes sich wiederholt schriftlich an Blüm gewandt: „Fast alle von uns, die jahrelang Schicht arbeiten, haben gesundheitliche Schäden. Nervöse Beschwerden und Schlafstörungen sind keine Seltenheit, dazu kommen oft Magen- und Darmbeschwerden. Die Anforderungen, die sich uns durch die Erziehung der Kinder und die Versorgung der Familie stellen, sind schon jetzt kaum erfüllbar. Herr Minister, die Bundesrepublik hält heute schon die Spitze bei der Ausweitung der Nachtarbeit ... Wir wollen keine Nachtschichten für Frauen in der Industrie! Wir wollen keine Ausweitung der Nachtarbeit, auch nicht bei den Männern!“

Die persönlichen Erfahrungen der Arbeiter und Arbeiterinnen werden durch neuere wissenschaftliche Untersuchungen untermauert: Nicht nur der Dreischichtbetrieb macht krank, sondern schon die Wechselschichtarbeit im Zwei-Schicht-Betrieb. Deshalb wird in solchen Untersuchungen gefordert, Schichtarbeit generell zu begrenzen: „Zunächst ist aber festzustellen, daß aufgrund der vorliegenden Resultate Wechselschichtarbeit im Zwei-Schicht-Betrieb wegen ihrer sozialen und gesundheitlichen Folgeprobleme als betriebliche Arbeitszeitorganisation möglichst begrenzt werden sollte.“ (5)

## Arbeitszeit im Pflegebereich

Für das Pflegepersonal im öffentlichen



Bosch-Beschäftigte bei der Demonstration am 17.3.1989 vor den Toren der SEL gegen die Sonntagsarbeit.

wird in der Metallindustrie die Schichtarbeit ausgeweitet. Eine „bedenkliche“ Zunahme hat der Vorstand der IG Metall festgestellt. Eine statistische Erhebung über die betrieblichen Arbeitszeiten aus dem Jahr 1988 kommt zum Ergebnis, daß in der Metallindustrie vor allem der Zwei-Schichtbetrieb auffällig zugenommen hat, von 18% im Jahr 1985 auf 22% der Beschäftigten. Der Anteil der Dreischichter sei von 3,5% auf fast 4,2% gestiegen. (1)

Bei einem Konzern wie Bosch sieht diese Entwicklung noch um einiges dramatischer aus. So stieg in der Feuerbacher Werksanlage die Anzahl der Dreischichter auf das Doppelte. Allein im Pumpenwerk, wo jährlich circa 1,2 Mil-

Blüm: „Worin besteht denn der Unterschied zwischen Arbeiterin, Beamtin und Angestellter? Wenn Nachtarbeit mit besonderen gesundheitlichen Belastungen verbunden ist, gilt das für die Arbeiterin, für die Angestellte, für die Beamtin und übrigens auch für die Männer. Laßt uns über den Gesundheitsschutz für die Nachtarbeiter nachdenken. Das ist aus meiner Sicht kein geschlechtsspezifisches Thema.“ (2)

## Blüms Pferdefüße

Blüms Argumentation hat mehrere Pferdefüße. Er fordert, der Frauenausschutz müsse am Grundsatz der Gleichbehandlung ausgerichtet werden. Würde er sich wirklich dem Gesundheitsschutz

Dienst hat nicht die Arbeitszeitordnung Gültigkeit, sondern die „Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten“ von 1924. Nachtarbeit für das weibliche Pflegepersonal ist hier erlaubt. Es kann in der Woche — einschließlich der Sonn- und Feiertage — bis zu 60 Stunden (ohne Pausenzeit) gearbeitet werden, in der Regel täglich nicht mehr als 10 Stunden.

Die derzeitige Arbeitszeit im Pflegebereich ist sehr belastend und gering entlohnt. Das Pflegepersonal erhält weder einen nennenswerten finanziellen Ausgleich noch einen zeitlichen Ausgleich, um die beträchtlichen zusätzlichen Belastungen der Schicht- und Nachtarbeit durch längere Erholzeiten ausgleichen zu können. Der Zuschlag für die Nachtarbeit beträgt 1,50 DM pro Stunde (!), für Samstagsarbeit (von 13 bis 21 Uhr) 0,75 DM pro Stunde und für die Arbeit an Sonntagen 25%. Der Bereitschaftsdienst, bei dem Anwesenheitspflicht besteht, um im Bedarfsfall die Arbeit aufzunehmen, wird nur zum Teil als Arbeitszeit gewertet, je nach den während des Bereitschaftsdienstes erfahrungsgemäß durchschnittlich anfallenden Ar-

beitsleistungen.

In der Krankenpflege lassen sich verschiedene Schichtformen antreffen: Dauerfrühschicht und Dauerspätschicht — Wechselschicht ohne Nachtarbeit — Wechselschicht mit Nachtarbeit — Dauernachtschicht durch Nachtwachen — geteilter Dienst (Dienst von z.B. 6 Uhr bis 19 Uhr mit einer dreistündigen Pause in der weniger arbeitsintensiven Mittagszeit) — Bereitschaftsdienst.

Die vorliegenden Einzel-Untersuchungen aus den Pflegebereichen lassen den Schluß zu, daß die überwiegende Mehrzahl des Krankenpflegepersonals Wechselschichtarbeit versieht und ein großer Teil zur Nachtarbeit gezwungen ist. Der geteilte Dienst, der in der Vergangenheit üblich war, ist nur noch selten anzutreffen. Allerdings mehren sich die Berichte, daß im Zuge von Rationalisierungsprozessen auch der geteilte Dienst wieder eingeführt wird. Er muß als unzumutbar angesehen werden, weil die durch Arbeit gebundene Zeit bis über 12 Stunden beträgt, doppelte tägliche Fahrwege zeit- und kostenintensiv sind und die mehrstündige Pause keinen oder einen nur sehr begrenzten Freizeitwert

darstellt. (6)

Kann der Vorstoß Blüms zur Ausweitung der Nachtarbeit noch gebremst werden? Nötig wäre schon, daß entsprechend der Auseinandersetzung um den freien Sonntag ein Kampf um einen freien Kernbereich der Nacht geführt wird. Falls die Bundesregierung trotzdem die Nachtarbeit frei gibt, wird es darum gehen, tarifvertragliche Regelungen zu vereinbaren.

Quellenhinweis: (1) Gewerkschafter, Funktionszeitschrift der IG Metall, 11/88. (2) Plenarprotokoll Deutscher Bundestag vom 15.1.1988, 11/53. (3) Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, BR-Drucks. 11/360 vom 25.5.1987. (4) Rutenfranz, Knauth, Schicht- und Nachtarbeit, München 1987. (5) Gesundheitliche Beschwerden durch soziale Beanspruchung bei Wechselschichtarbeit? in: Zentralblatt für Arbeitsmedizin 37/1987. (6) Pröll/Streich, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus, Dortmund 1984. Albrecht, Brückner, Engelke: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in Berliner Krankenhäusern, Berlin 1982. WSI-Studie, Arbeitspapier Nr. 12: Arbeitsbedingungen in der Krankenpflege, Düsseldorf 1987. — (evo, rub, ros)

## ILO-Konventionen zum Nachtarbeitsverbot für Frauen

Es gibt drei ILO-Konventionen zum Nachtarbeitsverbot für Frauen: Konvention Nr. 4 von 1919, Nr. 41 von 1934, Nr. 89 von 1948. Die Konventionen Nr. 41 und Nr. 89 sind revidierte Dokumente der Nr. 4. Sie legen das Nachtarbeitsverbot für Frauen in öffentlichen und industriellen Unternehmen fest. Die ILO-Empfehlung Nr. 13 von 1921 legt das Nachtarbeitsverbot für Frauen in der Landwirtschaft fest.

### Konvention Nr. 4, 1919

Konvention betreffend der Beschäftigung von Frauen während der Nacht. (Inkraftgetreten am 12. Juni 1921, angepaßt/revidiert durch die Konventionen Nr. 41 im Jahre 1934 und die Nr. 89 im Jahre 1948)

Der Artikel 1 legt die Begriffsdefinition „industrielle Unternehmen“ fest:

„a) Minen, Steinbrüche . . .  
b) Industrien, in der Artikel hergestellt, verändert, gereinigt, repariert, veredelt, vollendet, zum Verkauf bearbeitet, abgebrochen oder zerstört, oder in denen Materialien umgeformt werden; inklusive Schiffsbau, und die Erzeugung, Umformung und Übertragung von Elektrizität oder anderer beweglicher Energie jeglicher Art;  
c) Errichtung, Wiederherstellung, Instandhaltung, Reparatur, Veränderung oder Zerstörung jeglicher Art von Bauwerken, Eisenbahnen, Straßenbahnen, Häfen, . . .“

Der Artikel 2 definiert:

„1. Für den Zweck dieser Konvention

wird die Bezeichnung „Nacht“ definiert als eine Periode von wenigstens elf aufeinanderfolgenden Stunden, einschließlich des Zeitintervalls zwischen zehn Uhr abends und fünf Uhr morgens.“

Als Übergangsbestimmung wird für die Länder, in denen noch kein Gesetz besteht, festgelegt, daß die Regierungen eine Verordnung mit maximal drei Jahren Übergangszeit erlassen, in denen „Nacht“ als eine Periode von zehn Stunden definiert wird einschließlich des Zeitintervalls von zehn Uhr abends bis fünf Uhr morgens.

Der Artikel 3 legt fest für die Frauenarbeit:

„Frauen, ohne Unterscheidung nach Lebensalter, sollen nicht während der Nacht in jeglichen öffentlichen oder privaten industriellen Unternehmen beschäftigt werden, oder in irgendwelchen

Zweigen derselben, oder in Unternehmen, in denen nur Mitglieder einer Familie beschäftigt sind.“

Als Ausnahmen werden im Artikel 4 festgehalten: Kriegsfall und Fälle, in denen die Verwandlung von Rohmaterialien keine Arbeitsunterbrechung erlauben.

Der Artikel 6 legt für Saisonarbeiten fest, daß die Nachtperiode an sechs Tagen im Jahr auf zehn Stunden eingeschränkt werden kann.

### Änderungen der Konvention

Die Konvention Nr. 41 (1934) enthält folgenden Zusatz bezüglich der Definition der Nachtperiode:

Das Zeitintervall zwischen zehn Uhr nachts und fünf Uhr morgens kann ersetzt werden durch das Zeitintervall elf Uhr abends und sechs Uhr morgens in den Ländern, wo entsprechende Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen bestehen.

Die Konvention kann nicht angewandt werden auf Frauen im Management.

Die Konvention Nr. 89 (1948) legt fest, daß das Verbot der Nachtarbeit für Frauen von einer Regierung nach Beratung mit Unternehmens- und Arbeiterorganisationen aufgehoben werden kann, wenn nationale Interessen gefährdet sind. Diese Aufhebung wird gültig, wenn ein Abkommen darüber zwischen der ILO und der Regierung unterzeichnet worden ist.

Weiterhin wird die Nichtanwendung der Konvention ausgedehnt auf Frauen, die im Gesundheitswesen und Sozialbereich arbeiten, wo nicht die manuelle Arbeit vorherrscht.



Demonstration von Krankenpflegern gegen die Arbeitsbedingungen.

## GEW bereitet Arbeitsniederlegung vor

**Hildesheim.** Der Entwurf für eine neue Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte in Niedersachsen liegt jetzt vor: Kürzung der Pflichtstunden um eine halbe, an Hauptschulen und im Fachpraxisbereich um eine Stunde. Die Forderung, zusätzliche Planstellen für arbeitslose Lehrkräfte zu schaffen, wird nicht erfüllt. Jede zweite frei werdende Stelle bleibt unbesetzt. Mit den Forderungen „Für alle mindestens eine Stunde, 2000 zusätzliche Neueinstellungen“ bereitet die GEW jetzt Urabstimmung und Arbeitsniederlegung vor. — (anp)

## SKF-Streikbilanz Ein Jahr danach

**Schweinfurt.** Unter der Überschrift „Ein Jahr danach — Der Kontoauszug“ bilanziert der IG Metall-VK von SKF die Ergebnisse des Streiks vom März 1988: Soll A — ca. 200/300 Personen pro Jahr sollten abgebaut werden. Haben A — Einstellungen in dreistelliger Höhe müssen vorgenommen werden. B — Zulagen für Einsteller und Meisterstellvertreter von 0,65 DM sollten zum Wegfall kommen (ca. 0,6 Mio. DM).

**Stuttgart.** 10000 Metaller aus vielen Betrieben Stuttgarts demonstrierten am 17. März vor den Toren der SEL. Damit wurde der SEL-Betriebsrat unterstützt, der regelmäßiger Sonntagsarbeit seine Zustimmung verweigert. Am gleichen Tag traf sich die von den Kapitalisten geforderte Einigungsstelle. Sie wird von der IG Metall als Bruch des Tarifvertrags abgelehnt. Der Bezirksleiter der IG Metall, Walter Riester, forderte alle Betriebsräte in Baden-Württemberg auf, keiner weiteren Einführung von Schichtarbeit zuzustimmen. — (ros)

Zulagen wurden nicht abgezogen. C — AT-Zulagen für Akkord- und Zeitlöhner sollten entfallen (ca. 10 Mio. DM). Weiterhin vorhanden — werden im neuen Entlohnungssystem eingearbeitet. D — Kündigung der Sozialordnung „Leistungsbereich B“. Fest vereinbart auf sieben Jahre bis 1995. E — Überprüfung von zwei bis drei Dutzend bestehenden Akkordvorgabezeiten. Wurden durch die GF abgebrochen. G — Anrechnung der AT-Zulage auf die tarifliche Leistungszulage. Anrechnung wurde per Februar 1989 aufgehoben. Bemerkung: Es hat sich gelohnt! — (cls)



## Protest gegen Privatisierung

**Hannover.** Das niedersächsische Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr hat die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) aufgefordert, die Bedingungen für eine Privatisierung der Küche zu untersuchen. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Albrecht, den bisher ca. 2000 Beschäftigte unterschrieben haben, heißt es: „Die Erfahrung zeigt, daß Privatisierung immer zu erheblichen Lohneinbußen, zu erhöhtem Arbeitsdruck, zu schlechteren Sozialleistungen, zum Arbeitsplatzwechsel oder sogar zum Verlust des Arbeitsplatzes führt.“ — (mpu)

## ÖTV-Demonstration gegen Pflegenotstand

**Karlsruhe.** Ca. 8000 Menschen, darunter viele Auszubildende in der Kranken- und Altenpflege, nahmen am 18.3. an einer Protestdemonstration teil. ÖTV-Sprecherin U. Penderetzki-Leid: Die Pflegekräfte „wehren sich dagegen, moralisch erpreßt und ausgebeutet zu werden“. Jetzt gehe es darum, an der tariflichen Front für bessere Bezahlung, an der politischen Front für bessere Rahmenbedingungen zu kämpfen: Wegfall der Niedriglohngruppe KR I; Höhergruppierung der examinierten Krankenpflegekräfte um mindestens zwei Vergütungsgruppen; angemessene Bezahlung der Erschwernisse wie Schicht- und Nachtarbeit. Eine Altenpflegerin brandmarkte die Zu-

stände in den Altenheimen mit den Worten: Wenn hier nicht bald Verbesserungen eintreten, dann steuert diese Gesellschaft auf eine „stille Euthanasie“ in den Altenpflegeheimen zu. — (iro, tht)

## Personalpolitik gegen KDVler

**München.** Jetzt erst öffentlich wurden illegale Praktiken der MBB-Geschäftsleitung bei der Nichteinstellung von Kriegsdienstverweigerern. „Abzulehnen sind Bewerber, ... die einen Antrag auf Anerkennung als Zivildienstleistender gestellt haben oder anerkannte Wehrdienstverweigerer sind“, heißt es in einer internen MBB-Mitteilung vom 1. April 1987. Den Abgewiesenen durften die wirklichen Gründe nicht mitgeteilt werden. Begründet wird dies mit dem Rüstungsgeschäft. Militärischer und ziviler Bereich seien eng verzahnt und die Mitarbeiter müßten versetzungsfähig sein. — (dil)

## Bayer AG: Rekord-Profit

Die Bayer-Kapitalisten jubeln über die Rekordausbeutung der Bayer-Arbeiter: Diese erarbeiteten die bisher höchsten Profite in der 125jährigen Geschichte des Konzerns. 3,8 Mrd. DM. Das sind 23,2% mehr als im letzten Jahr. Bei einem Jahresumsatz von 40,5 Mrd. DM sind das 9,4% „Rendite vor Steuern“. Die Konzern-Herren fordern für weitere Rekordprofite die Ausweitung der Schichtarbeit am Wochenende. — (gba)



**Rio de Janeiro.** Mit einem landesweiten 48stündigen Generalstreik haben circa zehn Millionen brasilianische Beschäftigte gegen den von der Regierung verordneten Lohnstopp protestiert. Nach Berechnung der Gewerkschaftsverbände CUT und CGT verloren die Löhne und Gehälter seit Mitte Januar, als die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Inflation in Kraft traten, zwischen 50 und 60% an Kaufkraft. Der Streik legte weite Bereiche der Wirtschaft lahm. In den Zentren verkehrten so gut wie keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr. Autolatina (gemeinsame Holding VW/Ford) und Mercedes-Benz hatten Zwangsurlaub angeordnet ohne Vereinbarung mit den Betriebsräten, um die Wirkung des Streiks regional abzuschwächen. — (ros)



## Antifaschismus

# Antifaschistische Aktionskonferenz

München. Am 22./23.4.1989 findet in Nürnberg, KOMM, Königstr. 93 die bayernweite antifaschistische Aktionskonferenz statt. Ein Aufruf und die inhaltliche Gestaltung dieser Konferenz wurden auf mehreren Vorbereitungstreffen festgelegt. Interessant wird sein, ob es auf dieser Konferenz gelingt, sich auf die Forderung nach Verbot rechtsextremer, neofaschistischer Organisationen nach dem Artikel 139 GG zu verständigen. Bei den Grünen in Bayern ist ein Verbot überhaupt umstritten. In einer Pro- und Kontra-Serie in den „Grüne Zeiten 3/89“ nimmt M. Löwenberg vom LAK Rechtsentwicklung und Neofaschismus für ein Verbot Stellung: „Denjenigen, die Verbote und andere Maßnahmen strikt ablehnen, auf die Stärke der Demokratie und auf die ‚Tradition der Toleranz gegenüber Andersdenkender‘ hinweisen, möchte ich die historische Erfahrungen der Weimarer Republik in Erinnerung rufen. Weimar lehrt uns: Eine demokratische Gesellschaft darf nicht tolerant sein gegenüber ihren Totengräbern. Sie darf nicht jenen, die für die Abschaffung demokratischer Rechte sind, diese Rechte gewähren! . . . Und der Artikel 139 des Grundgesetzes hat alle Varianten des Faschismus geächtet. Dies bestätigte die Bundesregierung bereits am 31.7.1970 in einer Erklärung gegenüber der UNO.“ — (dil)

## Aufruf zur Aktionskonferenz

Bei den Berliner Wahlen konnten die „Republikaner“ für ihre ausländerfeindlichen und rechtsextremen Parolen 7,5 Prozent der Stimmen verbuchen.

Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und eine sozialreaktionäre Gesetzgebung sind der soziale Nährboden für faschistische Demagogie. Zweistellige Millionenbeträge investiert der Verleger der neofaschistischen „Nationalzeitung“, Gerhard Frey, in den Europawahlkampf seiner „DVU-Liste D“, dem braunen Wahlbündnis von „Deutscher Volksunion“ und NPD. Republikaner und DVU-Liste D greifen vorhandene Probleme auf und bieten Scheinlösungen an: Mit „Ausländer raus“ könnten angeblich Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden. Damit wird von den wahren Schuldigen abgelenkt. Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden gestrichen, gleichzeitig sind 100 Milliarden für das Kriegsflugzeug „Jäger 90“ eingeplant, der Bau der Atombombenfabrik WAA soll mit allen Mitteln durchgesetzt werden.

Am 18. Juni 1989 finden die Europawahlen statt. Sie sind der Auftakt zu einer Serie weiterer Wahlkämpfe 1990: Kommunalwahlen, Landtag und Bundestag. „Republikaner“, DVU und NPD rechnen sich besonders in Bayern Chancen aus. Das kommt nicht von ungefähr. Ist es doch die Politik besonders der CSU, die hier ein Klima geschaffen hat, in dem Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rassismus und reaktionäre Politik gegen Frauen gedeihen: mit Diskriminierung von Ausländern und gesellschaftlichen Minderheiten, mit Revanchismus und Demokratieabbau. In der Bonner Regierungskoalition sind es ebenfalls die Repräsentanten der bayerischen Regierungspartei, die den reaktionären Kurs vorantreiben: Die Anti-Ausländergesetzgebung, das Bestreben, das Asylrecht abzuschaffen, den Ausbau staatlicher Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen. Das wird sich noch verschärfen — sofort nach der Berlinwahl hat CSU-Chef Theo Waigel einen weiteren Rechtsruck seiner Partei angekündigt. Insgesamt besteht die Gefahr, daß sich das politische Klima in unserem Land noch weiter nach rechts verschiebt.

Es nimmt nicht wunder, daß die Zentralen von „DVU-Liste D“ und „Republikanern“ in der bayerischen Landeshauptstadt angesiedelt sind. Auch der neue „Führer“ der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), des Partei-Ablegers der neofaschistischen Terrorszene, Friedhelm Busse, hat wieder Mün-

chen als Domizil gewählt. Dazu kommt, daß es in keinem anderen Bundesland eine vergleichbare Konzentration und Vernetzung neofaschistischer und rechtsextremer Ideologie-, Verlags- und Publikationszentren gibt: unter anderem den Münchner Frey-Medienkonzern mit seinen wöchentlich in einer Auflage von über 130000 Exemplaren erscheinenden Zeitungen oder die Publikationsunternehmen der rechtsradikalen Aktivisten Dehoust in Coburg und Sudholt am Starnberger See.

Die blutigen Spuren des Neofaschismus in Bayern sind unübersehbar. Über 20 Menschen sind ihm in den letzten Jahren zum Opfer gefallen — vom Oktoberfestattentat bis zum Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Schwandorf.

Nach wie vor gebieten die zuständigen politischen Gremien und Behörden in Bayern, Polizei und Justiz, dem zunehmenden Neofaschismus nicht Einhalt. Im Gegenteil: Immer wieder werden faschistische Organisationen und ihre Propaganda geduldet, wenn nicht gar gefördert und geschützt.

Zugenommen aber hat die Gegenwehr von Parteien und Gewerkschaften, kirchlichen Kreisen, Jugendorganisationen, Bündnissen, Initiativen, unabhängiger Gruppen, engagierter Einzelpersonen — auch von Stadt- und Gemeindeverwaltungen gegen neofaschistische und rechtsextreme Provokationen. Viele Menschen in Bayern wehren sich, leisten Widerstand.

Diesen Widerstand zu verbreitern und zu intensivieren, ist das Ziel einer landesweiten antifaschistischen Aktionskonferenz. Nachdem in Bremen Ende Januar eine bundesweite antifaschistische Aktionskonferenz (mit insgesamt 800 Teilnehmern und Teilnehmerinnen, getragen von 76 Initiativen und 196 Organisationen) stattfand, geht es für uns in Bayern nun darum, eigenständige Strukturen und Perspektiven für den antifaschistischen Kampf zu entwickeln. Dazu will die bayerische Aktionskonferenz, zu der eine ähnliche politische Breite wie in Bremen angestrebt wird, weiterführende Beiträge leisten.

## Bisherige Aufrufer:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) — Bund der Antifaschisten, Landesverband Bayern; Hans-Günther Schramm, MdL; Die Grünen, Landesarbeitskreis Rechtsentwicklung und Neofaschismus Bayern; DKP Nord- und Südbayern; SDAJ Franken/Oberpfalz und Südbayern; Bezirksarbeitskreis Grüne Frauen Schwaben; Initiative Kirche von Unten, München und Oberbayern; Jugendgruppe der IG Druck und Papier München; Redaktion „Radi-aktiv“; Antifaschistische Jugendfront München; Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg; Anti-Strauß-Komitee, München; Info-Büro Coburg; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg LV Bayern; Antifa-Plenum Weißenburg; Billige Begegnungsstätte, Passau; Info-Büro Freies Wackerland, Bodenwöhr; KB Nürnberg; Die Grünen, Kreisverband Passau; Verein zur Förderung des kulturellen Bewußtseins junger Menschen e.V., Passau

## Geplanter Ablauf der Konferenz:

**Samstag, 22. April** Einführungsplenum: Aktuelle Situation; Ergebnisse der bundesweiten antifaschistischen Konferenz vom 28./29. Januar 1989 in Bremen. Anschließend Arbeit in Arbeitsgruppen: Neofaschismus und Jugend; Rassismus; Neofaschismus in Bayern; Kommunal- und Landtagswahlen 1990; „Neue Rechte“; Früher „Rassenhygiene“, heute „Humangenetik“; Repression und Widerstandsbekämpfung; Die „Republikaner“; Konzerne und Neofaschismus; Allgemeine Rechtsentwicklung und soziale Frage; Antifaschistischer Widerstand (Geschichte, Formen, Bündnispolitik). **Samstagabend** Öffentliche Veranstaltung zum Thema: „Rechtsentwicklung und Neofaschismus in den europäischen Ländern und Möglichkeiten des Widerstands“. **Sonntag, 23. April** Fortsetzung der Arbeitsgruppen; Berichte aus den Arbeitsgruppen; Abschlußplenum

## Spendenaufwurf:

Die Vorbereitung der bayernweiten antifaschistischen Aktionskonferenz kostet Geld! Deshalb bitten wir dringend um Spenden auf das Sonderkonto Konferenz 22./23. April 1989, Martin Löwenberg. Postgiroamt München, Konto-Nummer 488648-800. BLZ 700 10080

Kontaktadresse für Anfragen, Anregungen etc.:

Vorbereitungskreis „Antifaschistische Aktionskonferenz“, c/o Martin Löwenberg, Blodigstraße 14, 8000 München 45, Telefon 089/313 35 27



Geisel Fuchs in Müllers Eigenheim

Film: Geld

## Geld braucht der Mensch

Bei dem Film „Geld“ handelt es sich um eine westdeutsche Komödie. Indiz dafür: Der Schauspieler Uwe Ochsenknecht macht mit. Er war einer von Doris Dörries Hauptdarstellern in ihrem Film „Männer“, mit dem sie Maßstäbe geschaffen hat, was systemunschädlich lustig ist. Diesmal stellt sie die ganze Gesellschaft anhand einer Münchner Vorortssiedlung dar. Die tatsächlichen Bewohner durften auch mitmischen. Das macht es so echt. Bei dieser Gesellschaft fehlt oben und unten etwas, nämlich Arbeiter und Kapitalisten. Diese benötigt Doris Dörrie nicht, um zu zeigen, daß es Arme und Reiche gibt. Die Einkommensspreizung zwischen einem angestellten Werkmeister, der arbeitslos geworden ist, und einem Sparkassenfilialdirektor genügt ihr zum Beweis ihrer These, daß es allen nur ums Geld geht und daß alles schon viel besser ist, wenn alle etwas haben. Unentbehrliches Hilfsmittel zur Beschaffung von Geld ist ein Computer, mit dem man sich das Fehlende von irgendwelchen Konten, auf denen es genug Geld einfach so gibt, an Land ziehen kann. Irrig ist der Weg, den die Hausfrau Carmen Müller, Ehefrau des arbeitslosen Werner Müller, zunächst spontan einschlägt. Kaum hat sie erfahren, daß

ihr Mann ihr seit drei Monaten verheimlicht, daß er arbeitslos ist, über 80000 DM Schulden hat und keinen weiteren Kredit bekommt, macht sie sich auf und überfällt die Bank um die Ecke, wie sich das jeder, der kein Geld hat, manchmal als praktisch vorstellt. Unterstützt durch einen Knaben, der aus „Bild“ und Fernsehen weiß, was ein Bankräuber in solchen Situationen sagen muß, nimmt sie den Bankfilialleiter Fuchs als Geisel und entkommt unerkannt. Das erbeutete Geld reicht gerade, um die Schulden zu bezahlen, um damit das Eigenheim zu retten, den gierigen Kindern etwas Geld zuzustecken und mit der Geisel im Schrankkoffer ins Luxushotel zu flüchten. Hier muß Frau Müller die ernüchternde Erfahrung machen, daß dieser hübsche Aufsteiger, aus der Nähe genossen, auch nicht das ist, was sie sich erträumte, außerdem in der Liebe viel einfallsloser als ihr Mann. Da ist es bloß gut, daß Herr Müller mit Fuchssens Geliebter auf der Bildfläche erscheint. Da beide Müllers ihren Seitensprung hinter sich haben, rechnet sich die Sache für Doris Dörrie ganz einfach. Beide haben sich nichts vorzuwerfen und können zum alten persönlichen Status zurückkehren. Da mit den zwei Paaren jetzt praktisches Handeln und Knowhow

in Gelddingen zusammenkommen, kann der wirklich die Umstände verändernde Coup gestartet werden, indem per Computer verschiedene Konten abgeräumt werden. Damit alle nach Hause zurückkehren können und in Frieden in Garching leben können, bekommen die Mit-

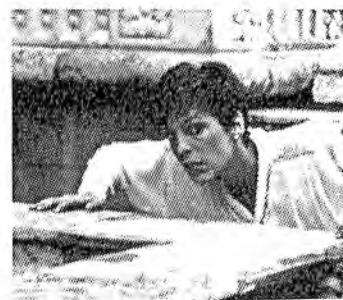
menschen, die es nötig haben, auch etwas von dem Geldsegen ab. Sie finden morgens die passenden Umschläge unter der Fußmatte. Aber wie die Menschen nun mal sind, erhebt sich sofort in allen beglückten Haushaltungen der Streit, wer das Geld ausgeben darf. — (anl)

Ein Fisch namens Wanda

## Schlau sein führt zu reich sein

Die Handlung hat man auch schon mal so oder ähnlich gesehen: Juwelenräuber versuchen sich gegenseitig die Beute zu entziehen. Vorgestellt wird ein Ausschnitt aus der Mittelklasse, und weil's durch die Werbewirtschaft bei visuellen Medien inzwischen allgemein üblich geworden ist, nicht so sehr durch das Handeln einzelner Personen, sondern mehr durch ihre jeweiligen „Lebensstile“ und ihr „Outfit“. Und damit keiner die Botschaft mißversteht, gibt's zwei Dämliche und zwei Schlaue (dämlich sein ist im übrigen in dem ganzen Film das schlimmste Schimpfwort und übernimmt in etwa die Rolle, die früher der Zweifel an männlicher Potenz hatte). Dämlich ist zum einen der zum Faschismus neigende Revolvermann (Stichwort: Leder, Nietzsche), zum anderen der stotternde Ökologist (Stichwort: Turnschuhe, Fischliebhaber), dem die Tränen kommen, wenn er bei wiederholten Mordversuchen an einer Tatzugin statt dieser immer wieder deren Schoß-

hunde erwischt. Schlaue dagegen ist „die Mitte“, deren Ideologie das Ranschaffen von Geld und dessen luxuriöses Ausgeben ist (typisch, was ihnen zu Gorbatschow einfällt: Rubel, Wodka). Sie kriegen die Juwelen, die karriereschmiegsame Frau (Stichwort: Köpfchen mit tiefem Ausschnitt) sowie der Mann aus altem Mittelstand, Rechtsanwalt mit Vermögenshintergrund (Stichwort: Köpfchen mit Anzug und Liebe zu Stilmöbeln), der schon immer wußte, wie man zu Geld kommt und vor allem wie man's dann behält. Und da's lustig enden soll, kriegen die Dämlichen aber auch was: nämlich Posten als Aquariumsdirektor bzw. Justizminister von Südafrika. — (alk)



Die Waffen der Frauen

## Laufbahn für Frauen mit Hilfe netter Chefs?

Was macht eine junge Frau, die in einer Börsenfirma nicht weiter gekommen ist als bis zu einer schlecht bezahlten Börsenberaterin? Sie beschimpft ihren Vorgesetzten, der ihre Aufstiegswünsche wiederholt zum Anlaß ge-

nommen hat, um sie Bekannten als Bettgespielin anzubieten, vor versammeltem Büro als notorischen Zuhälter. Prompt versetzt, wird sie Sekretärin einer Anlageberaterin in der gleichen Firma. Der macht sie eines Tages einen

Vorschlag, wie man mit einem großen Trust, der ins Mediengeschäft einsteigen will, durch Vermittlung einer Radiokette ins Geschäft kommen könne. Die Anlageberaterin gaukelt ihr vor, dieses Geschäft mache man gemeinsam. In Wirklichkeit aber will sie das Geschäft allein machen. Sie verunglückt aber beim Skiurlaub, so daß die (Noch)-Sekretärin sich als angebliche Anlageberaterin nun selbst daran macht, das Geschäft zu vermitteln. Bei der Hochzeitsfeier seiner Tochter macht sie sich an den Chef des Trusts heran, das Geschäft kommt zustande,

und die ehemalige Börsenberaterin steigt am Ende als Führungskraft beim „Trust“ ein. Der Film benutzt den Gegensatz zwischen der (hinterhältigen) weiblichen Anlageberaterin und ihrer (ehrlichen und zu Untergebenen freundlichen) Sekretärin, um zahlreiche reaktionäre Klischees zu verbreiten: Daß Konzerneigner nett sind und nur ihre Vorzimmerherren scharfe Hunde, daß der Erfolg des Konzerns auch der wahre Weg zum Glück seiner Angestellten ist usw. Kein Wunder, daß der Film für mehrere Oscars nominiert wurde. — (rül)

## Spanischer Film

# Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs

Der Film des spanischen Regisseurs Pedro Almodovar wird all diejenigen enttäuschen, die sich eine Reflexion oder Parodie hiesiger Auseinandersetzungen um die Emanzipation der Frau erwarten. Die Komödie spielt im heutigen Madrid, dreht sich um eine Synchronsprecherin, die in ihren um einiges älteren Kollegen verschossen ist, der sie allerdings versetzt, während sie erfährt, daß sie von ihm schwanger ist. Pepa, verzweifelt, pfeift sich dutzendweise Tabletten ein und sucht ihren Ivan. Der ist unauffindbar. Zeitgleich sucht eine junge Freundin bei Pepa Unterschlupf, die aus lauter Amore einen Schiiten bei sich beherbergt hat, der wegen eines geplanten Terroranschlages festgenommen wurde. Pepas Weg kreuzt sich derweilen mit der dem Wahnsinn verfallenen Exfrau von Ivan, und sie erfährt en passant, daß Ivan einen zwanzigjährigen Sohn hat, der wie aus Zufall mit seiner grotesk aussehenden Freundin Pepas Wohnung übernehmen will.

Im Grunde genommen ist die Handlung sekundär. Entscheidend ist die oft witzige Szenerie und das üppige Sammelsurium des alltäglichen Wahnsinns. Es wimmelt nur so von Beziehungskisten mit den dazugehörigen Eifersüch-

teleien, Suiziddrohungen, Tablettenmißbrauch, Psychoterror und Idiotie. Dazu kommen einige irre Typen, wobei ein sentimentaler Softpunker, seinerseits Taxifahrer und total meschugge, besonders heraussticht.

Insgesamt erinnert das Ganze sehr an die hiesige Szene der siebziger Jahre und zeigt, daß in den Städten des heutigen Spanien nach der langen Epoche des Franquismus neue Lebensformen gesucht werden. Die Schwierigkeiten, sich der eigenen tradierten Gewohnheiten zu entledigen, macht der Film mit gehöriger Selbstironie deutlich. Nur schade, daß fast ausschließlich im Studio gearbeitet wurde. Madrid, die zur Zeit wohl impulsivste europäische Metropole, hätte da einiges zu bieten gehabt. — (Gem)



Verlassene Ehefrau

## Dev Sol-Prozeß in der Türkei

# Erklärung der Dev-Sol-Gefangenen

Im Juni wird in der Türkei ein Prozeß gegen fast 1300 gefangene türkische Revolutionäre, Mitglieder von Dev Sol, zu Ende gehen. Etwa 180 sind von der Todesstrafe bedroht. Der Prozeß ist einer der größten politischen Prozesse, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Türkei stattfinden. Vertreter der türkischen Organisation TAYAD, die sich um die Verteidigung und den Schutz der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen bemüht, haben uns aus diesem Anlaß die Prozeßerklärung der Gefangenen von Dev Sol zugesandt, die wir im folgenden in Auszügen veröffentlichen. Nähere Auskünfte über den Prozeß sind zu bekommen über das „TAYAD-Solidaritätskomitee, c/o G. Cinar, Postfach 301046, 2000 Hamburg 36“. — (rül)

## Erklärung der gefangenen Revolutionäre von Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) im Prozeß von Metri-Barabass vom 27.10.88

**Unser Kampf ist gerecht! Wir werden siegen!**

Wir grüßen alle Völker der Erde!

Wir grüßen alle, die auf dem Land, in den Bergen, in den Städten, auf den Straßen, in den Fabriken, in den Schulen nach der Sonne der Freiheit streben.

Wir schwören allen Genossen und Revolutionären, die in den Folterkellern, in den Sammellagern, unterm Galgen, an den Gefängnismauern ihre Ketten zerrissen und Heldentaten vollbrachten,

- daß die Toten nicht vergessen werden!
- daß das vergossene Blut nicht ungesühnt bleibt!
- daß die Fahne in unseren Händen nicht sinken wird!

Wir gestehen!

Ihr Richter und Staatsanwälte, Ihr Angehörigen der herrschenden Klassen, die Ihr uns verurteilen wollt, beruhigt Euch!

Ja, wir haben die allerschwersten Verbrechen begangen!

Man hat unser Land besetzt, überall Stützpunkte errichtet und überall Panzer, Kanonen, Atombomben und Raketen stationiert. Aber wir haben niemanden gerufen!

Wir sind schuldig, Unabhängigkeit gefordert zu haben, damit die Imperialisten aus unserem Land verschwinden.

Unserem Volk hat man mit den Worten „den Gürtel enger schnallen“ die Daumenschrauben des IWF angelegt. Aber wir haben nicht mit dem IWF verhandelt. Wir haben die Kreditverträge nicht unterschrieben!

Wir gestehen!

Wir sind schuldig, der Alptraum derjenigen geworden zu sein, die unser Volk, vom Baby in der Wiege bis hin zum Großvater, bis aufs Blut ausgesogen haben.

Mit Schlagstöcken, Bajonetten, Gefängnissen und Gesetzen fegte der faschistische Terror über unser Volk hinweg. Aber wir haben diesen faschistischen Staat nicht gegründet!

Wir gestehen!

Wir sind schuldig, für die Vernichtung des faschistischen Staates und für die Errichtung einer Volksherrschaft gekämpft zu haben. Aber wir waren es nicht, die die Straßen, Fabriken, Dörfer und Schulen unseres Landes besetzten, die in Kahramanmaras schwangere Frauen an Bäume nagelten und Kinder ermordeten.

Wir gestehen!

Bis jetzt haben die anderen geredet und wir haben zugehört. Aber jetzt sind wir an der Reihe!

Ja, bis jetzt hat jeder, ob befugt oder nicht, zum Devrimci-Sol-Prozeß gesprochen. Auch die Generäle des 12. September fanden kein Ende damit ... Und Ihr, die Staatsanwälte des 12. September. Auch Ihr stimmtet in den Chor mit ein. Vielleicht habt Ihr wegen Eurer Stellung nicht so offen gesprochen. Aber Ihr habt alles getan, um die Demagogie der Generäle, der Folterknechte und der Militärstaatsanwälte zu rechtfertigen ... Aber jetzt sind wir an der Reihe. Jetzt werden wir reden! Wir werden uns verteidigen!

...  
Bevor wir mit der Verteidigung beginnen, möchten wir Euch folgendes sagen: Wenn Ihr Achtung vor Recht und Gesetz habt, und sei es nur im bürgerlichen Sinne, dann ist es nicht Eure Aufgabe, eine „bedingungslose Kapitulation“ der Angeklagten zu erreichen. Dieses Verständnis, das nur reaktionäre und primitive Gesinnung widerspiegelt, solltet Ihr aufgeben. Wenn Ihr unsere Verteidigung unter diesem rückschrittlichen Aspekt seht, dann gibt es hier weder ein Gerichtsverfahren noch eine Verteidigung. Das bedeutet, Ihr wollt nicht, daß wir uns verteidigen. Das heißt, es ist nicht Eure Absicht, unsere Verteidigung zu hören, sondern nur und ausschließlich unser Geständnis ... Verteidigung bedeutet ... eine Erklärung und Rechtfertigung, warum was wie gemacht wurde. Daß wir dabei unsere Ansichten verteidigen, hat Euch nichts anzugehen. Denn unsere Ansichten haben wir gestern verteidigt und tun es heute genauso ... Zu erklären, warum und wie wir diese Ansichten vertreten haben und wie wir als Ergebnis daraus was getan haben, das ist die Grundlage unserer Verteidigung.

...  
Schaut Euch diejenigen an, die am 12. September 1980 den Befehl zur Machtergreifung gaben, die Herren Evren, Sahinkaya, Tümer, Ersin, Celasun, Ürug ... Was fällt einem dabei ein? Folter, Tod, Blut und Tränen. Und was noch? Firmen, Häuser, Wohnungen, Autos, Yachten, Frauen ...

Was sagte Evren in den ersten Tagen der Junta? „Wir haben uns geopfert.“ Wie haben sie sich geopfert? Sie schwimmen in Luxus und in Privilegien. Wer wurde denn geopfert, das Volk, das Land, oder sie?

Und man verkaufte dieses durch Folter, Tod und Schmerz gequälte Land auch noch Stück für Stück an Araber, Amerikaner, Deutsche, Japaner, Engländer und multinationale Konzerne. Und das zu Dumpingpreisen, für einen Apfel und ein Ei.

Ja, dafür wurde unser Land besetzt. Dafür rief man 45 Millionen Menschen zu: „Ergebt Euch“. Dafür standen an jeder Ecke schußbereite Soldaten und Panzer. Dafür wurden Tau-



Angeklagte im Dev-Sol-Prozeß in einer Verhandlungspause



Richter im Dev-Sol-Prozeß

sende in Kasernen und Polizeiwachen abgeführt und gefoltert. Dafür wurden Todesurteile unterschrieben. Und dafür wurden diese Gerichte installiert.

... Ihr könnt Euch doch noch erinnern. Ihr saßet da oben, wir wurden hierher gebracht, mal mit geschwellenen Augen, mal mit geplatzten Ohren, mal mit geschundenem Körper und in Unterwäsche. Damals waren die Gefängnisdirektoren da, über die wir uns beschwerten. Und Ihr habt sie beschützt, indem Ihr unsere Beschwerden und Anträge zurückgewiesen habt mit dem Argument, das sei „Verfügungsgewalt der Gefängnisleitung“. Einer von ihnen hat zu reden begonnen. In Zeitungsartikeln verheimlicht er nicht, daß gefoltert wird, und berichtet sogar darüber. Stellt Euch vor, mit solchen Leuten arbeitet Ihr zusammen. Und das macht den 12. September und seine Gerichte aus! ...

Aber Euer 12. September beginnt, sich in einen Schlupfwinkel zu verkriechen, noch bevor diese Prozesse beendet sind. Denn eine Enthüllung folgt auf die andere. Die Agenten des 12. September speien ihren Unrat aus. Aus ihrem Mund fließt das Blut des Volkes und der Revolutionäre. Ist das etwa Ruhe und Ordnung? ...

... Ihr wollt von Anarchie und Terror sprechen. Nun denkt mal nach.

Denkt an die Massaker in Maras, Sivas, Corum, Elazig, Malatya, an die Mordanschläge in Kaffeehäusern, Universitäten, Gymnasien, auf offenen Plätzen, an den 1. Mai 1977, den 16. März 1978, an den 24. Dezember 1978. Wer wurde ermordet und wer hat morden lassen?

Denkt an die Fabriken, an die Arbeiter, die um ihre Rechte kämpften, und an jene, die sie angriffen. Wer ging auf sie los, wer verübte Anschläge auf Gewerkschaftsgebäude, wer mordete hinterrücks, wer folterte? Waren das nicht Eure Sicherheitskräfte und ihre Brotgeber?

Denkt an die Bauern, ohne ein Stückchen Land, den Kredit-haien, Großgrundbesitzern und Gendarmen ausgeliefert. Ist es nicht dieser Staat, der die Gehälter jener Gendarmerieoffiziere zahlt, die den Befehl dazu geben, den Kampf der Bauern um ein bißchen Land mit brutaler Gewalt zu unterdrücken?

Oder denkt an die Schulen und die Schüler, die man faschistisch indoktrinieren wollte. Wer besetzte diese Schulen, wer eröffnete das Feuer auf die Schüler? Wer beschützte die faschistischen Besetzer und Mörder? Wer stand hinter ihnen? Welche Farbe hatten ihre Uniformen, von wem wurden sie bezahlt?

Und vergeßt nicht die Slumviertel, in denen die verarmte werktätige Bevölkerung lebte! Sie wurden beschossen und





Die Bewacher

nachts durchsucht. Wer nahm die Kaffeehäuser, in denen diese Menschen saßen, unter Beschuß? Wer plünderte die Häuser unter dem Vorwand einer Durchsuchung und führte die Bewohner in die Folterkammer?

Und da gibt es noch die Kurden, deren Sprache und Kultur verboten ist und die Ihr „Bergtürken“ nennt. Wer verhaftete und folterte sie, nur weil sie kurdisch sprachen? Wer befahl ihnen, den Namen zu ändern und sich in einer anderen Gegend anzusiedeln?

Gegen diesen zivilen und staatlichen Terror haben die Revolutionäre gekämpft. Sie haben Vereine gegründet, sich organisiert, sich in „illegalen Vereinigungen“ zusammengeschlossen und Widerstand geleistet. Sie warfen die Faschisten aus den von ihnen besetzten Gebieten hinaus, versuchten, die Sicherheit des Lebens zu gewährleisten, bestraften die Folterer und faschistischen Mörder und forderten gemeinsam mit dem werktätigen Volk demokratische Rechte.

Von welchem Terror spricht Ihr? Dieser Prozeß wurde eröffnet, um welchen Terror zu verhindern?

Der Terror dauert an. In acht Jahren hat er ungeahnte Ausmaße angenommen. Seit dem 12. September 1980 sind Arbeiter, Bauern, Studenten, Beamte, Lehrer, d.h. das werktätige Volk, barbarischer Unterdrückung und Ausbeutung ausgesetzt.

Von welchem Terror spricht Ihr? Der Terror geht weiter. Wie ein tollwütiger Hund fällt er über das verarmte türkische und kurdische Volk her. Sagt offen, wen bzw. was Ihr anklagt. Ist es nicht der Kampf des werktätigen Volkes gegen Unterdrückung und Ausbeutung? Was Ihr seit sieben Jahren in diesem Saal als Terror und Anarchie angreift, ist nichts anderes als dieser Kampf. Deshalb wurde auch dieser Prozeß eröffnet.

Wir fragen die Staatsanwälte des 12. September, was wollt Ihr eigentlich? Wen beschuldigt Ihr mit welcher Begründung? Woher nehmt Ihr den Mut, eine solche Sache in Angriff zu nehmen, wo Ihr doch das Urteil der Geschichte über jene Folterer und Mörder kennt, die Euch beim Schreiben der Anklage inspiriert haben? Oder vertraut Ihr etwa den Generälen des 12. September? Aber das ist verlorene Liebesmüh, meine Herren Staatsanwälte, die werfen alles in die Ecke und versuchen, ihre

gefüllten Töpfe und ihr Leben zu retten. Sie sind nicht in der Lage, an Euch zu denken ... Die Oligarchie muß sich erneuern und die Wunde, die ihr der 12. September gerissen hat, verheilen lassen. Sie wird keinesfalls davor zurückschrecken, den 12. September, seine Gesetze und deren Anhänger dem stetig anwachsenden Widerstand des werktätigen Volkes zu opfern. Auch Ihr seid darin eingeschlossen ...

Das Urteil in diesem Prozeß kann nicht durch Gesetze gefällt werden. Das Urteil spricht die Geschichte.

Diesen Prozeß durch die Brille der Geschichte zu betrachten, ist einfach. Das entspricht der Logik einfacher Menschen. Diese Logik ist gekennzeichnet durch Grenzen, die ihnen Regeln und Druck der Umgebung setzen.

Aber dieser Prozeß kann nicht durch die Gesetze und die Köpfe, die der 12. September mittels Druck, Gewalt, Demagogie und Lüge geformt hat, erklärt werden. Kein einziges historisches Ereignis ist in die Geschichte eingegangen, weil es den Gesetzen entsprach. Jedes große Ereignis findet seinen Platz in der Geschichte, weil es um Recht oder Unrecht geht.

Wir sagen nicht, fällt kein Urteil. Im Gegenteil, *sprecht Euer Urteil!*

Fällt Eure Todesurteile und Freiheitsstrafen und schreibt darunter: „Sie waren Vaterlandsverräter!“ Ja, schreibt es, ohne zu zögern!

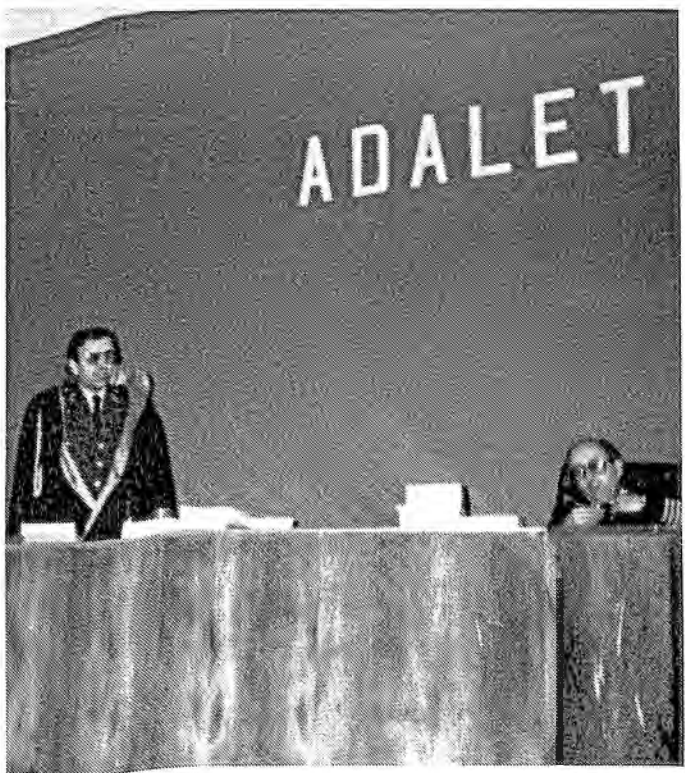
Denn wir haben gegen Imperialismus und Faschismus gekämpft. Denn wir waren auf der Seite des werktätigen Volkes. Wir sind mit ihm untergegangen und wieder auferstanden.

Denn wir waren bei den Streiks, den Fabrikbesetzungen, den Landbesetzungen, dem Bau von Slumwohnungen, den Demonstrationen dabei.

Denn wir standen gegen Folter, Gewalt und Mord und haben die Todesurteile für die Folterer, Mörder, Blutsauger und Ausbeuter mit unserem eigenen Blut unterschrieben.

Also fällt Euer Urteil, schreibt, sie seien „Vaterlandsverräter“ gewesen, und geht in die Geschichte ein.

Aber bevor Ihr das tut, hört einmal zu. Wir haben Eurem Gerede von Terroristen, Anarchisten, Separatisten und Vaterlandsverrättern, das Ihr jahrelang bei jeder Gelegenheit vorgebracht habt, geduldig zugehört. Nun seid Ihr dran zuzuhören ...



Der Staatsanwalt

Herri Batasuna

## Politisch erfolgreiche Veranstaltungen fördern antiimperialistisches Bündnis

Vom 13. bis 18. März reisten Jose Antonio Egido, verantwortlich für internationale Verbindungen, und Mikel Aricaleta, Stadtrat in Bilbao, als Vertreter von Herri Batasuna durch die BRD. In Hamburg, Westberlin, Köln, Karlsruhe, Freiburg und München wurden, zumeist im Rahmen von örtlichen Aktionseinheiten,

Veranstaltungen durchgeführt. Annähernd 600 Teilnehmer nahmen insgesamt an den sechs Abenden teil. Wir berichten im folgenden von drei der Veranstaltungen, um einen Eindruck über den Ablauf der Rundreise zu vermitteln und die Inhalte der Diskussionen darzustellen. — (brr, chl, mal, rub, wig)

*Westberlin.* Aufgerufen hatten: Arbeitskreis Kurdistan, BWK, Feyka Kurdistan, KB, „Stoned“ (Schülerzeitung), Teil des 1. Mai-Plenums, Volksfront.

Zur Veranstaltung waren ca. 100 Leute gekommen. Nach einem kurzen Einleitungsbeitrag referierten die Vertreter von Herri Batasuna (HB) über Geschichte, Entwicklung und Ziele von Herri Batasuna und ETA, zur Rolle der EG für den baskischen Befreiungskampf und zur konkreten Politik auch auf kommunaler Ebene in Euskadi.

Es gab viel Raum für Fragen und Diskussion. Hauptthemen in der Diskussion waren die Haltung von HB zur EG, die Haltung und Politik von HB zu anderen Volksgruppen und der Linken in Spanien, u.a. das Verhältnis zu den Katalanen und deren Widerstand gegen die spanische Regierung. In diesem Zusammenhang wurden von HB die Unterstützung der Zielsetzung der ETA genauso erläutert wie die Haltung zu Fehlern der ETA. Ausführlich stellten die Vertreter von HB die Haltung zum Parlamentaris-

mus dar, d.h. die ablehnende Haltung gegenüber den spanischen Provinz- und Staatsparlament einerseits und die erfolgreiche Beteiligung an den kommunalen Wahlen andererseits sowie die Nutzung des EG-Parlaments für die Propaganda des Kampfes der unterdrückten Basken. Auf der Veranstaltung wurde eine Grußadresse von Feyka überbracht. Sowohl im Einleitungsbeitrag als auch in der Diskussion wurde der Bezug zu den hungerstreikenden Gefangenen aus RAF und Widerstand hergestellt.

*Karlsruhe.* Aufgerufen zur Veranstaltung hatten: Arbeitskreis Internationalismus, BWK, Feyka Kurdistan, Karlsruher Initiative für Zusammenlegung, Sozialistische Gruppe Karlsruhe, Volksfront, VSP.

Auf der Veranstaltung waren 60 Leute. Die autonome Szene war nicht da (gleichzeitig Hausbesetzer-Versammlung). Die politischen Strömungen der Aktionseinheit waren vertreten.

Als erster Beitrag kam auf Wunsch der HB-Vertreter eine Schilderung des Hun-

gerstreiks der politischen Gefangenen. Eine Resolution mit Unterstützung der Forderungen wurde verabschiedet.

Mikel Aricaleta gab in seinem Vortrag einen Überblick über die Arbeit von HB und der HB-Organisationen. Schwerpunkt war die Arbeit in den kommunalen Parlamenten sowie die Wahlbeteiligung von HB auf der Grundlage des Programms „Alternative KAS“ (s.a. Politische Berichte 4/89, Spezialbericht). Anhand der Programmpunkte erläuterte er die bestehende koloniale Unterdrückung durch spanischen Staat und EG sowie den Kampf der baskischen Bevölkerung für Autonomie und Unabhängigkeit. Für diese Ziele wollte er auch die Kommunalarbeit von den Vertretern von HB verstanden sehen. Viel Gewicht legte er auf die Einheit der verschiedenen durch HB-Organisationen vertretenen Schichten und Klassen im nationalen Befreiungskampf.

Jose Antonio Egido entwickelte den Kampf der Basken und der ETA aus der Geschichte des Kampfes gegen den Fa-



Am 21. Januar 1989 demonstrierten in Bilbao 50000 Menschen für Verhandlungen auf der Basis der Alternative KAS. Sie unterstützen das Communiqué von E.T.A. vom 23. Januar 1989, in dem der spanischen Regierung ein Waffenstillstand und Verhandlungen angeboten wurden.

schismus (den spanischen wie den deutschen). Die baskischen Parteien, die im jetzigen Parlament sind, haben alle eine antifaschistische Tradition. Die existierenden faschistischen Organisationen werden von allen Parteien bekämpft. Die große Koalition von christlichen und sozialdemokratischen Parteien gegen HB ist nach Franco entstanden. Im Gegensatz zu HB, die die stärkste Partei in den Wahlen ist, vertreten diese Parteien spanische Interessen, die Interessen der Großgrundbesitzer, den „Standort Spanien“ und des Baskenlandes in der EG, die Sozialpartnerschaft. Sie vertreten nicht die Interessen der Arbeiter und der anderen Schichten des baskischen Volkes und auch nicht die nationalen unabhängigen baskischen Interessen. Beispiele sind in der Befürwortung des spanischen EG-Beitritts und gegen den NATO-Austritt zu finden. Die Folgen des EG-Beitritts Spaniens sind für die Arbeiter und die anderen unterdrückten Schichten die Beseitigung der wirtschaftlichen Einkommensgrundlagen in der Fischerei, der Werftindustrie, das Bauernlegen usw. Ergebnis ist die hohe Arbeitslosigkeit von 24 bis 26 Prozent und eine der höchsten Armutsstufen in Europa. Gegen den Kampf von ETA und vom baskischen Volk wird mit faschistischen Gesetzen und Methoden (alles noch Gesetze aus der Zeit Francos) vorgegangen, die Polizei- und Militärführer Francos sind amnestiert. Im Europaparlament fand HB bei keiner Partei und keiner Fraktion Unterstützung, nur bei Brigitte Heinrich. Zu den Feiern zu Guernica kam nur sie, die Grünen nicht. HB wird in den EG-Wahlen das Europa der Konzerne ablehnen.

Der letzte Beitrag wurde von Feyka Kurdistan gehalten. Es wurde ein Bericht über den Stand des Kampfes in Kurdistan gegen die türkischen Besatzer abgegeben und auf die direkte Beteiligung der BRD als Wirtschafts- und Militärmacht hingewiesen. Die Unterdrückung der Kurden in der BRD, der anstehende Prozeß sowie die Geheimdienstzusammenarbeit BRD/Türkei wurden geschildert.

In der Diskussion wurden Argumente wie „der baskische Kampf ist nationalistisch und von Faschisierung könne bei sozialistischen Regierungen in Spanien und Frankreich nicht die Rede sein“ widerlegt. Andere Punkte waren die Bedeutung der westdeutschen Konzerne (VW, Siemens) in Spanien, die Rolle der BRD bei der Aufstandsbekämpfung in der EG (TREVI, Exportschlager GSG 9 und Isolationsknäste).

Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe haben mit Herri Batasuna einen regelmäßigen Zeitungsaustausch mit der Gewerkschaft LAB vereinbart. Sie diskutierten über die Fragen Arbeitslosigkeit,

Auch in Hamburg, Köln und Freiburg solidarisierten sich die Teilnehmer der Veranstaltungen mit den Forderungen der politischen Gefangenen in der BRD. Wir dokumentieren die Erklärung der Veranstaltung in Köln:

## Teilnehmer der Veranstaltung in Köln

Im Namen von 100 Teilnehmern der Veranstaltung mit Vertretern von Herri Batasuna in Köln am 17.3. wurde folgende Erklärung an Bundesjustizminister Engelhard und an den Vorsitzenden der Justizministerkonferenz, NRW-Justizminister Krumsiek, gesandt:

„... Sie, Herr Bundesjustizminister Engelhard, haben Anweisung gegeben, daß die Ihnen unterstellten Beamten möglichst gar nichts über den Hungerstreik verlauten lassen. Zu der Isolation der Gefangenen fügen Sie so den Versuch einer Informationssperre gegen ihren Widerstand und ihre Forderungen hinzu.

Sie, Herr Krumsiek, haben bis vor wenigen Tagen ebenfalls sich überhaupt nicht zu den Forderungen der Gefangenen geäußert. Jetzt behaupten Sie im WDR zynisch, eine Zusammen-

legung käme nicht infrage, dann müßten Sie ja andere Gefangene gleich behandeln usw.

Dazu stellen wir fest:

1. Es gibt kein einziges Gesetz, keine Verordnung, die der Erfüllung der Forderungen der Gefangenen im Wege steht. Nur weil einige Justizminister, die Bundesanwaltschaft und andere Staatsbehörden nicht nachgeben wollen, sollen Gefangene sterben.

2. Isolationshaft ist Folter. Mit Ihrem Versuch, die Isolationshaft für die politischen Gefangenen aufrechtzuerhalten, verstoßen Sie gegen internationales Recht und selbst gegen Abkommen, die die BRD unterzeichnet hat, wie das KSZE-Nachfolgeabkommen, die Konvention des Europarats gegen Folter und unmenschliche Haft usw.

3. Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen und fordern Sie auf, diese sofort zu erfüllen.“

Gestaltung des Arbeitsmarktes nach den Interessen der Konzerne, „Arbeit für alle“ und „soziale Dimension“ des EG-Binnenmarktes. Über die Frage EG-Binnenmarkt und der von den Konzernen beabsichtigten Gestaltung des EG-Binnenmarktes als Arbeitszuchthaus soll ein Meinungsaustausch über die Zeitungen stattfinden. Gewünscht werden Informationen über die Stellung der Gewerkschaften zu diesem Themenkomplex.

*München.* Etwa 90 Leute kamen ins „Volxkino“. Im folgenden werden die wichtigsten Stichpunkte aus den Vorträgen von Jose und Mikel und aus der daran anschließenden Diskussion aufgeführt.

Herri Batasuna (HB) ist der baskische Name für „Volkseinheit“. HB stellt im Baskenland etwa 600 Stadträte und 30 Bürgermeister, im Europaparlament ist ein Abgeordneter. HB stellt auch fünf Abgeordnete für das spanische Parlament sowie einen Senator, diese Gremien werden jedoch boykottiert, weil HB die spanische Verfassung ablehnt. HB ist der parlamentarisch-legale Arm des nationalen baskischen Befreiungskampfes mit seinen drei Ebenen: dem Kampf der Massen, dem institutionellen Kampf und dem bewaffneten Kampf, dessen organisierte Kraft die ETAm (militär) ist.

Zum Thema Nationalismus kam in München und auch in anderen Städten eine heftige Diskussion in Gang, nicht ohne Grund, denn von „Nationalismus“ reden hier ja nur die Reaktionäre und Fa-

schisten. Für HB sind nationale Befreiung und Sozialismus eine Einheit und kein Widerspruch. Das liegt auch daran, daß die Bedingungen hier in Westdeutschland und im Baskenland ja nicht zu vergleichen sind. Das Baskenland ist mehr oder weniger spanisches (bzw. französisches) Kolonialgebiet. Auch Nationalismus und Internationalismus müssen nicht unbedingt ein Widerspruch sein, dazu ein Zitat der ETA: „Wir verstehen unseren Kampf für die Unabhängigkeit im Rahmen der Einheit der Arbeiter der ganzen Welt und im Zusammenhang mit den Interessen der sozialistischen Revolution.“

Und so gab es z.B. 1987 für die Europawahlen ein Bündnis mit anderen revolutionären Kräften in Spanien. Internationale Solidarität muß auch nicht heißen, das Fallen der Grenzen zu unterstützen, geht es den Kapitalisten doch um ihre Märkte und ihren Profit. Es ist das unterstützenswerte Recht eines jeden Volkes, sich gegen Fremdbestimmung und ausländische Konzerne zu wehren. Das baskische Volk wehrt sich auch gegen die verstärkte Integration in die EG und in die NATO, 800000 Basken stimmten bei einer Volksabstimmung gegen die NATO, nur 400000 waren dafür.

In spanischen Gefängnissen befinden sich etwa 500 bis 600 baskische Gefangene, und das bei einem Volk von zwei Millionen. Knastarchitekturen wie Stammheim wurden bereits nach Spanien exportiert. Und hier wie dort ähnelt

sich der Unterdrückungsapparat: Abschwören und Verrat, das ist das Ziel des „Vollzugs“. Die Gefangenen werden auch so weit wie möglich in verschiedene Knäste in die entlegensten Gebiete Spaniens verstreut. „Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen“, diese Parole kommt aus dem Baskenland, und dem bayerischen Staat beispielsweise fällt nichts besseres ein, als in der Tradition

des Franco-Faschismus diesen Satz zu kriminalisieren und zu verfolgen.

„Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen. Die Teilnehmer der Veranstaltung mit Herri Batasuna erklären sich mit allen Forderungen der hungerstreikenden politischen Gefangenen solidarisch.“ Diese Resolution wurde einstimmig gegen Ende der Veranstaltung verabschiedet.

## Communiqué von E.T.A. vom 23. Januar 1989

E.T.A., sozialistische revolutionäre baskische Organisation zur nationalen Befreiung, möchte dem baskischen Volk und den übrigen Nationalitäten, Bürgerinnen und Bürgern des spanischen Staates, wie auch der internationalen Öffentlichkeit ihren Beschluß bekanntgeben, welchen die Organisation auf Grund kürzlicher Ereignisse, die aus der Entwicklung ihrer politischen Aktivitäten hervorgegangen sind, gefaßt hat.

Seit dem Jahre 1976 haben unsere Organisation und die verschiedenen Organisationen, welche nach und nach die baskische nationale Befreiungsbewegung (MLNV) geformt haben, die Fundamente des politischen und militärischen Kampfes errichtet, welche die nicht wieder rückgängig zu machenden Fortschritte auf dem Gebiet des Kräfteverhältnisses begünstigt haben, das durch die krieglerischen Aggressionen von Seiten des spanischen Staates als Antwort auf die nationalen und sozialen Forderungen des baskischen Volkes charakterisiert wird. Diese Fundamente, die wir geschaffen haben und die sich, allgemein gesagt, durch unsere konsequente Verteidigung der Alternative KAS auszeichnen, haben konstant unser Ziel aufgezeigt, den Zusammenhang von offensiver und defensiver Gewalt mit politischen Verhandlungen zu lösen.

Dem entgegengesetzt haben die ver-

schlossenen Ohren und die vom Staat praktizierte Vogelstraußpolitik die eigentlichen Streitfragen umgangen und erfolglos versucht, diese in ein rein polizeiliches Problem zu verwandeln. Dennoch haben die Existenz des MNLV, die von der Organisation verteidigten Ansprüche und die Verankerung dieser Ansprüche in der gesamten baskischen Gesellschaft, den Staat dazu gezwungen, nach Mitteln und Wegen mit klaren politischen Inhalt zu suchen, um den von E.T.A. und dem gesamten MNLV verfochtenen Zielen zuvorzukommen. So bedeuten die vom Staat so sehr gehegten „Reformpakete“, welche oberflächlich gesehen dazu dienen, den repressiven polizeilichen Strategien einen gewissen Deckmantel zu verschaffen, im Grunde nichts anderes als die Anerkennung des politischen Charakters, welcher der militärischen Auseinandersetzung unterliegt. Zu dieser Taktik von repressiv-politi-

scher Manipulation gehört ebenfalls die Reihe von Kontakten, die Ende 1987 zwischen polizeilichen und pseudo-politischen Vertretern und unserem offiziellen Verhandlungspartner Eugenio Etxebarri „Antxon“ in Algier stattgefunden haben, und zu denen unsere Organisation bereits in mehreren öffentlichen Communiqués Stellung bezogen hat.

Das alles hat schließlich zu nichts anderem geführt als zur Bekräftigung der immer stärker werdenden Forderungen, die von Euskadi wie auch vom übrigen spanischen Staat aus nach Lösungen verlangen, die sowohl die in der Alternative KAS vertretenen nationalen und progressistischen Ziele, wie auch das Ziel einer politischen Normalisation und Demokratisierung von Euskal Herria beinhalten. Ebenso soll dem menschlichen und materiellen Verschleiß ein Ende gesetzt werden, welcher eine offene Kriegsfront für den Staat und seine Regierung konkret darstellt.

Unter diesem Gesichtspunkt hat E.T.A. einseitig entschieden, ihre gewohnte Praxis des bewaffneten Kampfes mit öffentlichen Vorschlägen an die Regierung zu vervollständigen. In diesem Zusammenhang ist unser Waffenstillstandsangebot vom 27. Januar 1988 zu sehen, wie auch die Wiederholung dieses Angebotes nach der Freilassung von Emiliano Revilla.

Die Anstrengungen unserer Organisation haben soweit gereicht, daß wir am vergangenen 8. Januar einen einseitigen 15tägigen Waffenstillstand deklariert haben, um so der Regierung eine Möglichkeit zu geben, ein Zustandekommen in Algerien zu vereinbaren, und um ebenfalls die Position der Regierung gegenüber unserer klaren Absicht zu einem politischen Dialog aufzuzeigen.

Mit dieser Haltung hat E.T.A. einmal mehr den Willen gezeigt, nach einer politischen Lösung zu suchen, die dazu beitragen wird, den Konflikt, den das baskische Volk und der spanische Staat führen, beizulegen. Ein Wille zum Dialog, manche bezeichnen ihn schändlich als „List“, der unseren der Sache der nationalen Befreiung treuen Gedanken entwichen ist, unserer kompromißlosen Festigkeit diese zu verteidigen, wie auch besonders unserem Interesse, dem baskischen Volk einen neuen politischen Rahmen zu geben, der einen Zugang zu dessen legitimen Recht auf Selbstbestimmung und Frieden voraussetzt.

Die Demonstration der reformistischen Kräfte und der espanolistas (prospanischen, d. Red.) gegenüber unserer politischen Geste möchten wir hier nur als Verantwortungslosigkeit und politische Senilitäten bezeichnen, da sie nicht dazu fähig sind, sich auf die politischen Niveaus zu begeben, die die aktuelle sozio-politische Entwicklung verlangt. Ihre Schwächen zeigen sie damit

## Der Marsch nach Herrera

Am 17.12.88 fand — wie jedes Jahr in der Weihnachtszeit — der Marsch nach Herrera de la Mancha statt, zum Hochsicherheitstrakt, in dem bis zu den Verhandlungen die Mehrheit der baskischen Gefangenen festgehalten wurden und der gewissermaßen Symbolcharakter für alle derartigen Knäste im spanischen Staat hat.

Obwohl aus den Erfahrungen der letzten Jahre klar war, daß die Teilnehmer an diesem Marsch mit scharfen Kontrollen, Registrierung, Belästigung und Prügel durch die verschiedenen Polizeikräfte zu rechnen hatten, machten sich 10000 Menschen in über 160 Bussen und zahlreichen PKWs auf den teilweise über zwölfstündigen Weg,

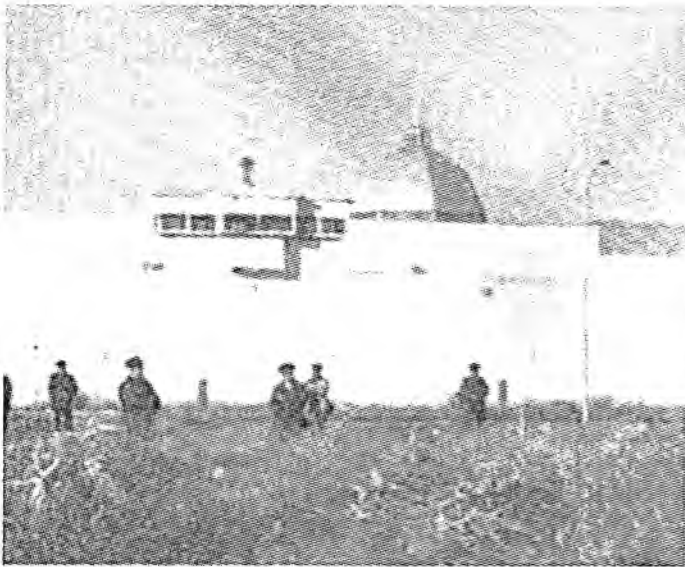
um den Gefangenen ihre Solidarität zu beweisen. Die Mehrheit der Teilnehmer und Teilnehmerinnen kamen aus Euskadi, andere aus Katalonien, Madrid, Valencia usw.

Auch dieses Jahr wurden die Busse auf der Anfahrt bis zu achtmal gestoppt und kontrolliert, obwohl die Kontrollen diesmal nicht das Ausmaß wie im Vorjahr hatten.

Die Hochebene der Mancha war besetzt: Guardia Civil, Policía Nacional zu Pferd, Hubschrauber etc. ... und eine Absperrung acht Kilometer vor dem eigentlichen Ziel.

Quellenhinweis: Euskadie-Info, Nr. 3/89, Frankfurt





In Herrera de la Mancha sitzen über 200 baskische politische Gefangene. Ihre ständigen Verlegungen haben das Ziel, die empfindlichsten Teile der MLNV anzugreifen.

auf, daß die es nicht fertigbringen, eigene Standpunkte zu entwickeln oder aufzuzeigen und sich stattdessen dazu verpflichtet fühlen, billige und desinformierende Imitationen oder längst überholte Ausdrücke vom Stapel zu lassen, um so ihre eigenen politischen Widersprüche zu verdecken.

Auf jeden Fall sind wir uns des Klimas der Manipulation und der verschiedenen Reaktionen, die unser Schritt in dieses für Spekulationen und Verzerrungen geeignete Gebiet nach sich gezogen hat, bewußt und auch dazu bereit, allen desinformierenden Zielen entgegenzuwirken.

Hier möchte E.T.A. erwähnen, daß während des Prozesses unseres Waffenstillstandes ein offizielles Treffen zwischen einer Delegation qualifizierter Vertreter der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) und einer Delegation unserer Organisation E.T.A., in Vertretung des ganzen MNLV, angeführt von unserem offiziellen Verhandlungspartner Eugenio Etxebeste „Antxon“ stattgefunden hat.

Im besagten Treffen, welches mehrere Stunden dauerte, wurden verschiedene Aspekte von methodischem und praktisch-politischem Charakter behandelt, um die Positionen auf den Gebieten Tragweite, Bedingungen und Themen einer Plattform politischer Gespräche abzugrenzen. Für E.T.A. bedeutet das Resultat dieses Treffens einen Fortschritt in Bezug auf die Behandlung gewisser Themen, die bis dahin praktisch undiskutabel gewesen waren. Ebenso war ein gewisses „Auftauen“ der Positionen der spanischen Regierung zu beobachten gewesen, was sicher nicht deren Verzicht auf ihre traditionellen Positionen bedeuten dürfte, aber doch ein Interesse beweist, Wege des Dialoges zu suchen, um die Fragen zu lösen.

Wir vergessen aber auch nicht, daß

während dieser 15 Tage des Waffenstillstandes von verschiedenen Instanzen aus, und die spanische Regierung ist dazuzuzählen, konkret versucht worden ist, das Treffen, seinen Verlauf und sein hypothetisches Resultat zu sabotieren. Wir hoffen aber, daß in Zukunft die Wahrheit und die allgemeinen Interessen an einer Lösung des Konflikts dazu beitragen, alle manipulatorischen Praktiken zu überwinden. Folgend formuliert nun E.T.A. über die von beiden Seiten während des Treffens in Algier getroffenen politischen Entscheidungen und Übereinkünften:

1. Bildung einer Kommission für politische Gespräche, um eine Debatte und später eventuell Verhandlungen über die verschiedenen Fragen, die die existierende Konfrontation aufgerufen hat, zu führen.

2. Ausarbeitung eines gemeinsamen Arbeitskalenders.

3. Ausarbeitung eines Arbeitstextes, der dem Arbeitskalender entspricht und die jeweiligen Diskussionsthemen vorsieht.

4. Die Gesprächspartner werden entsprechend der jeweiligen Diskussionsthemen gewählt, wobei das Beibehalten von nur zwei Themen bei der ersten Diskussionsrunde festgelegt worden ist.

5. Algerien ist der Ort, wo die Gespräche stattfinden werden.

6. Die Beteiligung der algerischen Regierung ist entscheidend. Sie wird die Funktion eines Vermittlers übernehmen.

7. Öffentliche und periodische Information über den Verlauf der Diskussionen, deren Wichtigkeit, Interesse und/oder deren Fortschritte.

8. Eine Befriedungsphase in der militärischen Konfrontation soll eingeleitet werden, die den Dialog begünstigt und die von beiden Seiten getragen wird. In diesem Sinne wird E.T.A. einen Waffenstillstand im ganzen spanischen Staat

deklariieren, der während der Periode vom 23.1.1989 bis zum Tag des Aberri Eguna, 26.3.1989, historisches Gedenkdatum des Kampfes und der Forderungen des baskischen Volkes, dauern wird. Dieser Waffenstillstand beinhaltet allerdings unsere bewaffneten Antworten auf provozierte militärische Konfrontationen nicht. Ebenfalls ist dieser Waffenstillstand an das beidseitige Einhalten aller übrigen Punkte gebunden.

9. Bekanntgabe des stattgefundenen Treffens und dessen Resultate nach Ablauf der 15tägigen Waffenstillstandes.

Wir glauben, daß niemanden die Tragweite dieser politischen Entscheidung entgehen wird. Wir haben sie getroffen, weil wir der Meinung sind, daß sich dazu ein Minimum an Voraussetzungen erfüllt hat. Auf keinen Fall aber wollen wir, daß sich dadurch jemand täuschen läßt. Wir dürfen und wir wollen keine falschen Hoffnungen und keine magischen Lösungen hervorzaubern. Wir sind dank unseres Willens, Wege des Dialoges im Sinne einer politischen Verhandlungslösung zu finden, einen Schritt vorangegangen; dies aber bedeutet auf keinen Fall, daß sich ab heute ein linearer Prozeß mit greifbaren und spektakulären Ergebnissen eröffnen wird. Das einzige, was wir hier beweisen, ist unser Verantwortungsbewußtsein und unser Wille zum bewaffneten Dialog, wenn unsere Waffen auch im Moment schweigen. Wir hoffen, daß ab heute und zumindest für die Dauer des beschlossenen Waffenstillstandes andere und gerechtere Antworten als bisher auf die Forderungen des baskischen Volkes nach Demokratie und Selbstbestimmung gegeben werden können. Es ist Zeit, daß jede und jeder seine Verantwortungen in diesem Prozeß wahrnimmt, insbesondere der monarchistische spanische Staat.

Quellenhinweis: Euskadi Information, April Mai 1989, Zürich

## Verhandlungen ETA — spanischer Staat

# Der Inhalt der Alternative KAS ist nicht verhandelbar

Im August 1987 bestätigte die Regierung offiziell Kontakte mit ETA in Algerien.

Seit 1976 liegt von Seiten der nationalen baskischen Befreiungsbewegung (MNLV) und ETA mit der *Alternativa Táctica KAS* klar auf dem Tisch, welcher Rahmen für die Lösung des „Baskenproblems“ gegeben sein muß.

Nachdem sich die Regierungen des spanischen Staates während Jahren gehörlos stellten für jede politische Lösungsmöglichkeit und nur auf die Pferde *Represión y Reinserción* (Unterdrückung und Abschwörung/Wiedereingliederung) setzten, scheint die Lage in jüngerer Zeit wieder etwas verändert: Obwohl die sozialdemokratische Regierung während Monaten bestritt, direkte Verhandlungen mit ETA geführt zu haben, mußte sie nach und nach zurückbuchstabieren.

Erst behauptete Gonzalez oder sein Regierungssprecher via Medien: „Es gibt keine, es gibt und wird keine Gespräche geben.“ Als sich dann aber die „Gerüchte“ um die direkten Kontakte zwischen ETA und der Zentralregierung immer klarer als belegbare Tatsachen herausstellten, bestätigte die Regierung in Madrid im August 1987 die Kontakte und erklärte mit großer Selbstverständlichkeit: „Es gab, es gibt und es wird Gespräche geben.“ Auf die widersprüchliche Verlautbarung, die ein halbes Jahr vorher gemacht wurde, angesprochen, folgte die Schutzbehauptung, daß diese Gespräche nicht politische Gespräche gewesen seien.

*ETA vertritt die baskische Befreiungsbewegung*

Auf Seiten der baskischen Befreiungsbewegung war bis zu seinem tödlichen Verkehrsunfall im Frühjahr 87 Txomin Iturbe, auf Regierungsseite Sancristóbal, der ehemalige Direktor für Staatssicherheit, beteiligt. Verhandlungsort war Algerien, denn dorthin wurde Txomin von Gabun aus verlegt. Algerien beherbergt seit Jahren exilierte Basken und Baskinnen. Txomin wurde nach seinem Tod in der regierungsfreundlichen Presse als ein einsichtiger Verhandlungspartner gelobt, gleichzeitig wurden Mutmaßungen angestellt, wer wohl als „neuer“ Verhandlungspartner in Frage komme. Das posthume Lob für Txomin als einsichtigem Verhandlungspartner stellt nur einen von vielen Versuchen dar, ETA in einen „harten“ und einen „weichen“ Kern zu spalten. Zwei Monate bevor offiziell bestätigt wurde, daß es in Algerien Gespräche zwischen ETA und der Zentralregierung gab — also im Juni 87 —, wird Antxon Etxebeste als neuer Gesprächspartner nach Algerien verlegt. Die bürgerlichen baskischen aber auch die linken reformistischen Parteien nehmen überrascht und mit Ablehnung von diesen ersten Gesprächen Kenntnis. Sie, die sich mit Madrid arrangiert und auf Kosten eines wässerigen Scheinautonomiestatus ihre politische Identität über Bord geworfen haben, fühlen sich von der Regierung in Madrid hintergangen — wahrlich eine scharfsinnige, wenn auch späte Erkenntnis. Vehement wird bestritten, daß ETA die legitime Vertreterin für Verhandlungen sei. Wenn man davon ausgeht, daß die große Mehrheit des baskischen Volkes die spanische

Verfassung ablehnt, kommen auf alle Fälle weder die bürgerlichen Nationalisten, noch die linken Reformisten, die als Parlamentarier auf die spanische Verfassung geschwört haben, als Volksvertreter in Frage.

## Waffenstillstandsangebot von ETA

Im Oktober 87 veröffentlicht *El Pais* die Resultate einer Umfrage über die Verhandlungen. Laut dieser Umfrage ist die Knappe Mehrheit (51%) der Bevölkerung des spanischen Staates der Meinung, es sei gut, daß es Kontakte gebe zwischen ETA und der Regierung, um Lösungen zu finden. Im November 87 vereinen sich sämtliche baskischen Parteien außer Herri Batasuna (HB) zu einem Anti-Terrorismus-Pakt. In Wirklichkeit handelt es sich dabei natürlich um einen Anti-ETA-Pakt. Die linken Reformisten Euskadio Ezkerra (Baskische Linke) paktieren also nicht etwa nur mit der PSOE (Sozialdemokraten), sondern sogar mit der franquistischen AP (Volksallianz). Im Dezember 87 verkündet die Regierung Gonzalez nach einem ETA-Anschlag auf eine Kaserne der Guardia Civil in Zaragoza den sofortigen Abbruch der Kontakte und macht einen Waffenstillstand für eine Wiederaufnahme der Gespräche zur Bedingung. Ende Januar 88 bietet ETA einen zweimonatigen Waffenstillstand an, wenn „der Weg der Verhandlungen beschritten werde“. Die Regierung in Madrid gibt eine erste zwiespältige Antwort. Einerseits wird Kontaktbereitschaft signalisiert, aber andererseits klargestellt, daß die Sicherheitskräfte weiterfahren werden, die „terroristischen Delinquenten“ zu ver-

## Die taktische Alternative von KAS im Wortlaut

1. Totale Amnestie für alle baskischen politischen Gefangenen und Flüchtlinge, taktisch realisiert als Freilassung der Gefangenen und Möglichkeit zur Rückkehr für die politischen Flüchtlinge.
2. Demokratische Freiheiten; Legalisierung aller patriotischen und für die Unabhängigkeit eintretenden Organisationen, ohne ihre Statuten anpassen zu müssen. Recht auf freie Meinungsäußerung, freies Recht und Versammlung, Organisation und Demonstration.
3. Zeitlich festgelegter stufenweiser Rückzug der Guardia Civil und der sogenannten Policia Nacional aus Süd-Euskadi.
4. Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und Volksschichten. Antioligarchistisches sozialwirtschaftliches Programm.
5. Nationales Autonomie-Statut, das wenigstens folgende Punkte umfaßt:

Gleichzeitige Inkraftsetzung in allen vier historischen Regionen Süd-Euskadis: Nafarroa, Gipuzkoa, Bizkaia und Araba.

- \* Anerkennung des unveräußerlichen Rechtes des baskischen Volkes auf Selbstbestimmung, inklusive der Anerkennung, daß aus der Ausübung dieses Rechtes ein eigener, unabhängiger Staat entstehen kann.
- \* Anerkennung der existierenden nationalen Bindungen zwischen Nord-Euskadi und Süd-Euskadi.
- \* Die zu ersetzenden heutigen repressiven Sicherheitskräfte werden durch die zukünftige baskische Regierung aufzustellen sein und nur von ihr abhängen.
- \* Die in Euskadi stationierten spanischen Armee-Einheiten werden unter direkter Kontrolle der zukünftigen baskischen Regierung stehen.
- \* Das baskische Volk wird über die nötige Macht verfügen, um sich zu jedem Zeitpunkt diejenigen wirtschaftlichen Strukturen zu geben, die es sozial und politisch am besten für seinen materiellen und geistigen Fortschritt und Wohlstand erachtet.
- \* Das Euskara wird als offizielle und prioritäre Sprache in Euskadi anerkannt.

folgen. Die baskischen Parteien zeigen, mit Ausnahme der EE, die das Waffenstillstandsangebot als „lächerlich und unakzeptabel“ bezeichnet, vorsichtig positive Reaktionen. Zu den Presse-Reaktionen ein Zitat aus EGIN (der Befreiungsbewegung nahestehende baskische Tageszeitung): „... es wurde viel geschrieben, sehr viel und an den verschiedenen Orten, mit dem Beigeschmack von politischer Vergiftung, kommentiert im Interesse von Regierungsinstanzen.“ Anfang Februar 88 fordert HB die Freilassung von sechzig Gefangenen, als Zeichen des guten Willens oder als klare Antwort auf das Waffenstillstandsangebot.

#### 247 Tage lange Entführung Revillas

Fast genau einen Monat nach dem Waffenstillstandsangebot und ohne von Regierungsseite anderes als unverbindliche Antworten oder Versprechungen erhalten zu haben, entführt ETA den schwerreichen Immobilienhändler und Wurstfabrikanten Antonio Revilla. Jetzt erklärt die Regierung unmißverständlich, daß jeder Kontakt zu ETA abgebrochen werde. Mitte April 88 kehren algerische Abgeordnete von einem Regierungsbesuch in Madrid mit einer Nachricht für die Direktion von ETA zurück. Darin wird ETA ultimativ aufgefordert, den Waffenstillstand endlich Tatsache werden zu lassen, ansonsten sei an Verhandlungen nicht zu denken. Die Sommermonate Mai, Juni und Juli verstreichen und Revilla bleibt entführt. Anfang Juli wiederholt ETA, daß die fünf Punkte KAS ein Minimalprogramm darstellen, dessen Inhalt nicht verhandelt werde. Mitte August 88 stellt der Justizminister einen neuen Dialog mit ETA in Aussicht, falls diese den Industriellen Revilla freilasse. Im Oktober 88 fordert HB die Regierung einmal mehr auf, das Gespräch mit ETA wieder aufzunehmen. HB verurteilt die Regierung in Madrid, weil immer wieder versucht wird, heimlich Kontakt aufzunehmen und so Konfusion zu säen.

In einer Umfrage in den drei autonomen Provinzen Euskadis (ohne Navarra), kommt deutlich zu Tage, daß die baskische Bevölkerung nach wie vor Verhandlungen zwischen dem spanischen Staat und ETA will. Nicht weniger als 80% sind für Verhandlungen, das heißt, noch mehr als ein Jahr zuvor (Dezember 87: 75%).

#### Spaltungversuche

Anfang November 88 erscheint ein neues Communiqué von ETA, worin die Regierung aufgefordert wird, wieder zu verhandeln. Revilla ist inzwischen nach Bezahlung eines happigen Lösegeldes freigelassen worden. Im weiteren wird klargestellt, daß der einzige kompetente Gesprächspartner seitens der baskischen Befreiungsbewegung Antxon Etxebeste in Algerien ist. Diese Klarstellung wurde notwendig, nachdem heimliche Kontaktnahmen mit baskischen Gefangenen in französischen Knästen stattgefunden hat-

ten, und zwar sowohl von Seiten der spanischen wie der französischen Regierung als auch der PNV (bürgerliche baskische Nationalisten).

Diese heimlichen Kontaktaufnahmen werden in dem ETA-Communiqué als Spaltungsversuche denunziert. ETA kündigt an, daß sie im Falle einer positiven Antwort der Regierung keine Erschießungen vornehmen werden, schließt aber nicht aus, daß bei unvorhergesehenen Gefechten mit „Sicherheitskräften“ in Notwehr geschossen werde. ETA erwartet, daß im Falle einer positiven Antwort die Feindseligkeiten der Bullen auf baskischem Boden eingestellt werden: Bilateraler Waffenstillstand. Regierungschef Gonzalez bezeichnet diese neuerliche Offerte als „makabres Spiel“ — eine zynische Sicht der Dinge.

#### 15 Tage Waffenstillstand



Die baskische Nationale Befreiungsbewegung (MNLV) ist ein Dachverband des baskischen Freiheitskampfes.

Am 8. Januar 1989 erklärt ETA eine einseitige Waffenruhe von 15 Tagen „als Zeichen des guten Willens und der Ernsthaftigkeit unserer wiederholten Verhandlungs-Offerte“ (ETA-Communiqué). Drei Tage nach dieser historischen Initiative von ETA holt die französische Polizei zu einem massiven Repressionsschlag gegen die baskischen Flüchtlinge in Iparralde (französisches Baskenland) aus und präsentiert den festgenommenen José Antonio Urrutikoetxea alias Josu Ternera als „ETA-Anführer“. ETA erhält nach dieser offensichtlichen Provokation ihre Waffenruhe aufrecht und verlängert sie schließlich nach der Vereinbarung über Mesa de Conversaciones Politicas bis zum 26. März, dem historischen Kampftag der baskischen Nation, dem Aberri Eguna. Am 21. Januar demonstrieren in Bilbao mehr als 50000 Menschen für politische Verhandlungen aufgrund der Alternative KAS.

So liegen die Fakten — vor jeglicher Interpretation; und ihre Interpretation

wird um eine Einsicht nicht herumkommen: daß der spanische Staat sich gezwungen sieht, die bewaffnete Organisation ETA de facto als Protagonistin des baskischen Befreiungskampfes anzuerkennen, und somit als politisch-militärische Kraft. Dies ist ein Resultat des Kampfs, dies ist zugleich der Ausgangspunkt für jede Auseinandersetzung mit dem politischen Konzept Negociación.

#### Historischer und gesellschaftlicher Konflikt

Erfordert auch die aktuelle Situation vorrangig eine politische Aufklärung über das Konzept Negociación, so kann doch auch nie vom gesellschaftlich/historischen Kontext abgesehen werden, innerhalb dessen eine Verhandlungs-Initiative erst möglich wurde: dies ist der Kampfzusammenhang aller Organisationen der baskischen nationalen Befreiungsbewegung MNLV. Die Definition

des Verhandlungsprozesses als weitere Front neben dem bewaffneten, dem politisch-institutionellen und dem Massenkampf hat den doppelten Vorteil, erstens klarzustellen, daß keine Kampfform eine andere substituiert, und zweitens falsche Erwartungen zu zerstören: Auch Verhandlungen wird der spanische Staat gegen die baskische Befreiungsbewegung umzumünzen versuchen. Was ihn einzig daran hindern kann, sind die Mobilisierung des baskischen Volkes und die bewaffnete Macht von ETA.

Die Realisierung der taktischen Alternative KAS wird nicht nur den nationalen und sozialen Befreiungskampf in einen neuen politisch-rechtlichen Zusammenhang stellen, sie wird sich vielmehr auch in dieser Epoche seiner Geschichte jene Instrumente, Organismen und Kampfformen zu schaffen verstehen, die die Erringung seiner strategischen historischen Ziele ermöglichen: Unabhängigkeit und Sozialismus.

aus: EUSKADI INFORMATION, April/Mai 1989, Zürich



## Linkes Wahlbündnis in Stuttgart

Seit Ende der 70er Jahre ist in Stuttgart keine Kraft mehr, die sich auf Arbeiterinteressen bezieht, im Gemeinderat vertreten. Nachdem verschiedene linke Gruppen seit längerer Zeit Möglichkeiten von Bündniskandidaturen zu den Stuttgarter Kommunalwahlen im Herbst diskutiert und gefördert hatten, hat sich inzwischen eine Alternative Linke Liste gebildet, an der sich BWK, DKP, VSP, Volksfront sowie verschiedene Initiativen beteiligen; Arbeitsgruppen, die zu Schwerpunktthemen Positionen erarbeiten, sind tätig. In der Absichtserklärung der Alternativen Linken Liste werden die großen Konzerne als Gegner benannt. Die Bekämpfung faschistischer Kandidaturen soll eine wichtige Tätigkeit sein.

## Jugoslawien: Vor einem Bürgerkrieg im Kosovo?

Die Auseinandersetzungen im Jugoslawien, vor allem in der zu 90% von Albanern bewohnten Provinz Kosovo, spitzen sich weiter zu. Am 24.3. nahm das Regionalparlament von Kosovo unter starkem serbischen Druck die von Serbien gewünschten Verfassungsänderungen an. Große Teile der öffentlichen Verwaltung im Kosovo unterstehen damit wieder der serbischen Regierung, das Einspruchsrecht des Parlaments Kosovos gegen Änderungen der serbischen Verfassung ist aufgehoben. Am 27.3. meldete das Fernsehen den ersten Toten im Kosovo. Im nächsten Heft berichten in der BRD lebende Kosovo-Albaner über die aktuelle Entwicklung und die Hintergründe des Kosovo-Konflikts.



## Ergebnisse des Druckerstreiks

Die Beschäftigten der Druckindustrie haben mit ihrem Streik dem Heißhunger der Medienkonzerne nach unbeschränkter Wochenendarbeit Schranken gezogen. Offensichtlich waren die Kapitalisten von der Wucht der Streikbewegung überrascht. Es hat sich gezeigt, daß für Forderungen, die unter dem Motto „Arbeiten um zu leben“ zusammengefaßt waren, eine weit größere Einheit herzustellen war als 1984 mit der Parole „Arbeit für alle“. München war ein Schwerpunkt der Streikbewegung. Welche Erfahrungen wurden im Verlauf des Arbeitskampfes gemacht? Hat sich die neue Streiktaktik bewährt? Wie war die öffentliche Reaktion in der „Medienhauptstadt München“? Wie verläuft die Diskussion in den Belegschaften nach dem Abschluß?

## Interview mit Vertretern der SWANU

Die SWANU beteiligt sich seit 1959 am Kampf gegen die Kolonisierung Namibias durch Südafrika. Sie hat seitdem im Innern des Landes Widerstand gegen die Besatzungsmacht geleistet und für ein nichtrassistisches, sozialistisches Namibia gekämpft. Nach Bekanntwerden des Unabhängigkeitsprozesses setzte sich die SWANU für die Bildung einer Nationalen Front ein, in der alle Kräfte des Befreiungskampfes vertreten sein sollten. Eine solche Frontorganisation, die Namibian National Front (NNF), der die SWANU angehört, ist inzwischen aus verschiedenen kleineren Organisationen entstanden. Die SWAPO lehnte die Bildung einer Front des Befreiungskampfes für kommenden Wahlen ab.



### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten  
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

### Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

**Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie**

— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront**. 0,50 DM

**Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie**

— Nachrichten Chemische Industrie. 0,50 DM

**Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe** — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

**Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik** — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse** — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

**AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik** — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik** —

Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement

Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement

Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM

Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waltparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 443 393600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.